

WILLS WOCHE

Wahlkampfgetöse: Wer hat eigentlich Deutschland regiert, fragt Alexander Will

Seite 5

INTERVIEW

Kann man mit Kinofilmen über die NS-Zeit für Demokratie begeistern?

Seite 11

POLITIK

Brüssel oder Trump: EU-Regierungschefin Giorgia Meloni muss sich entscheiden

Seite 12

IM ARCHIV GEBLÄTTERT

Was vor 75, 50 und 25 Jahren für Schlagzeilen gesorgt hat

Seiten 28 bis 30



Existiert bislang nur als Computergrafik: Die geplante Anlage zur Produktion von grünem Wasserstoff in Sande, die ab 2030 produzieren soll.

BILD: FRIESEN ELEKTRA

Dänen steigen bei Wasserstoffpark ein

ENERGIEWENDE Erster strategischer Partner für geplantes Megaprojekt von Friesen Elektra in Sande

VON OLIVER BRAUN

SANDE – Die Dänen sind die ersten, die im geplanten „Wasserstoffpark Friesland“ in Sande Anker werfen wollen: Die Friesen Elektra Green Energy AG (Friesen Elektra) um ihren Vorstandsvorsitzenden Maximilian Graf von Wedel und Finanzvorstand Christian Gätje haben mit Copenhagen Infrastructure Partner (CIP) den ersten Projektpartner für ihr Mega-Projekt offiziell bekannt gegeben.

Projektname „Anker“

Unter dem Projektamen „Anker“ wollen Friesen Elektra und CIP die industrielle Produktion von grünem Wasserstoff in Sande vorantreiben.

Die Dänen planen eine Beteiligung an der Elektrolysekapazität von 400 MW in der ersten Phase mit Produktionsstart im Jahr 2030, teilte von Wedel mit. In einer zweiten Phase wollen die Dänen weitere 400 MW ausbauen. Innerhalb des vor rund zwei Jahren erstmaligen noch als Vision vorgestellten „Wasserstoffparks Friesland“, der bis vor Kurzem noch unter dem Projektnamen „Elektrolysepark Sande“ firmierte, wollen die Dänen 21 Hektar innerhalb des aktuell auf rund 60 Hektar ausgelegten geplanten Wasserstoffparks belegen.

Weitere namhafte Projektpartner wolle Friesen Elektra nach und nach bekannt ge-

ben. „Wir sind mit weiteren Partnern in Verhandlungen“, so Unternehmenssprecher Karsten Gleich.

CIP ist ein führender globaler Investor im Bereich der erneuerbaren Energien und verwaltet über 30 Milliarden Euro in mehreren Fonds. Mit dem Fokus auf die Dekarbonisierung energieintensiver Branchen wie der Schiffahrt, der Stahlproduktion und der chemischen Industrie setzt CIP „auf innovative Lösungen für eine nachhaltige Energiezukunft“, heißt es in dem Statement. Das Unternehmen entwickelt in Deutschland über verschiedene Fonds finanzierte Großprojekte in den Bereichen grüner Wasserstoff, Windenergie

sowie dem Ausbau des Stromnetzes.

„Wir freuen uns, CIP als strategischen Investor und Entwicklungspartner in unserem Wasserstoffpark Friesland dabei zu haben. Diese Partnerschaft ist ein bedeutender Schritt zur Verwirklichung der

Vision, hier in Sande einen der führenden Wasserstoffproduktionsstandorte Deutschlands zu etablieren“, so von Wedel. Gemeinsam wollen CIP und Friesen Elektra die Energiewende beschleunigen und die Dekarbonisierung vorantreiben, indem die Partner ihre Stärken und ihr Know-how

„Diese Partnerschaft ist ein bedeutender Schritt zur Verwirklichung der Vision, hier in Sande einen der führenden Wasserstoffproduktionsstandorte Deutschlands zu etablieren.“

Maximilian Graf von Wedel
Vorstandsvorsitzender

bündeln.

„Das Projekt ‚Anker‘ hat das Potenzial, einen wichtigen



Sandes Bürgermeister Stephan Eiklenborg (links) und Maximilian Graf von Wedel veranschaulichen die geplante Elektrolyse-Anlage mit einem Modell.

ARCHIVBILD: RECK

Beitrag zu Deutschlands Weg in eine kohlenstoffneutrale Zukunft zu leisten“ heißt es auch auf Seiten der Dänen. CIP-Partner Geschäftsführer Felix Pahl erklärt, dass der Fonds energieintensive Industrien dekarbonisieren wolle. Dazu investiere CIP in großflächige erneuerbare Infrastrukturen.

Das ist geplant

Die Friesen Elektra plant auf der bislang landwirtschaftlich genutzten Fläche südlich des Ems-Jade-Kanals zwischen der B436 (Neustadt/Gödens, Gödens und Dykhausen) sowie westlich der Autobahn 29 bei Sande eine große Elektrolyse-Anlage zur Produktion von grünem Wasserstoff. Die Anlage soll im Endausbau eine Leistung von 2,4 Gigawatt haben. Laut Friesen Elektra entspricht das etwa einem Vier-

tel der aktuell für ganz Deutschland bis 2030 geplanten Elektrolyse-Leistung von 10 GW.

Das gesamte Investitionsvolumen bewegt sich laut von Wedel zwischen vier und sechs Milliarden Euro. Angaben zum Investment der Dänen gibt es nicht.

Durch den Einsatz von grünem Wasserstoff als Ersatz für fossile Brennstoffe kann Projekt „Anker“ als Teil des Wasserstoffparks Friesland jährlich bis zu 2,4 Millionen Tonnen CO₂ einsparen – das entspricht den Emissionen von etwa 340.000 Haushalten, so von Wedel. Der produzierte Wasserstoff werde Schlüsselindustrien wie der Stahl- und Chemiebranche sowie dem Transportsektor zugutekommen und damit an entscheidender Stelle beim Erreichen der nationalen Klima- und Energieziele unterstützen.

EDITORIAL

Torsten Wewer
Redakteur



Spannende Geschichten

Normalerweise machen Tiere Schlagzeilen, wenn sie von ihren Besitzern irgendwo ausgesetzt werden. Im Fall von Aramis, einem selbstbewussten Kater mit tiefschwarzem Fell, ist es genau umgekehrt: Seine Geschichte wurde bekannt, weil er von der Straße weg geholt wurde und weit weg von seiner Lieblingsinsel ein neues Zuhause finden sollte. Dass die neuen Besitzer aber wohl doch nicht so tierlieb waren, wie man meinen könnte, stellte sich heraus, als die bisherigen Besitzer ihr Familienmitglied zurückhaben wollten – und die aktuellen Katerversorger ziemlich dreist Bedingungen stellten. Was sie wollten und wie der Fall schließlich ausgegangen ist, lesen Sie im Innern dieser Ausgabe.

Nicht minder spannend ist die Frage, wie Red Bull und Jürgen Klopp den Fußball verändert. Heute startet der erste Teil der „Dosenball“-Serie unseres Kooperationspartners, dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Sonntag!



Bombay-Katze Aramis und Zwergrauhaardackel Lilli sitzen zusammen bei ihren Besitzern, der Familie Majert.

BILD: DPA/FAMILIE MAJERT

Kater Aramis endlich wieder auf Norderney

RÜCKGABE Urlauber aus Nordrhein-Westfalen hatten das vermeintlich streunende Tier mit nach Hause genommen

VON CHRISTIAN BRAHMANN,
LENNART STOCK
UND BRITTA KÖRBER

NORDERNEY – Kater Aramis ist zurück auf der Insel: Nachdem Urlauber auf der Nordseeinsel Norderney das vermeintlich streunende Tier mit nach Hause nach Nordrhein-Westfalen (NRW) genommen hatten, gab es nun die langersehnte Rückkehr. „Wir sind überglücklich, die Übergabe in Leer hat wunderbar geklappt“, sagte die erleichterte Besitzerin Catharina Majert der Nachrichtenagentur dpa.

Bei dem Tier handelt es sich um eine sogenannte Bombay-Katze, die neun Jahre alt ist und gern frei herumläuft. Die Urlauber aus NRW, die im Dezember auf der Insel waren, hatten das Tier bei ihrem Inselbesuch entdeckt und für einen Streuner gehalten. Sie nahmen es mit nach Hause, wie hieß es in einem Polizeibericht hieß.

Tierarzt findet Chip

Bei einem Tierarztbesuch dort wurde jedoch ein bei dem Kater implantierter Chip gefunden und ausgelesen. Die Tierarztpaxis informierte die rechtmäßigen Besitzer. Diese hatten ihr Haustier bereits als vermisst gemeldet.

Als sie die Finder kontaktierten, zeigten diese sich

Die Finder des neunjährigen Katers zeigten sich nicht sehr einsichtig. Sie stellen Bedingungen für die Rückgabe. Die Besitzer schalteten die Inselpolizei ein. Und schließlich klappte es mit der Übergabe dann doch noch.

nicht sehr einsichtig und stellten nach Angaben der Polizei „Bedingungen für eine Rückgabe“.

„Die Familie aus NRW wollte den Kater nicht mehr hergeben“, sagte eine Polizeisprecherin. Vielmehr hätten die Urlauber erklärt, den Kater behalten zu wollen.

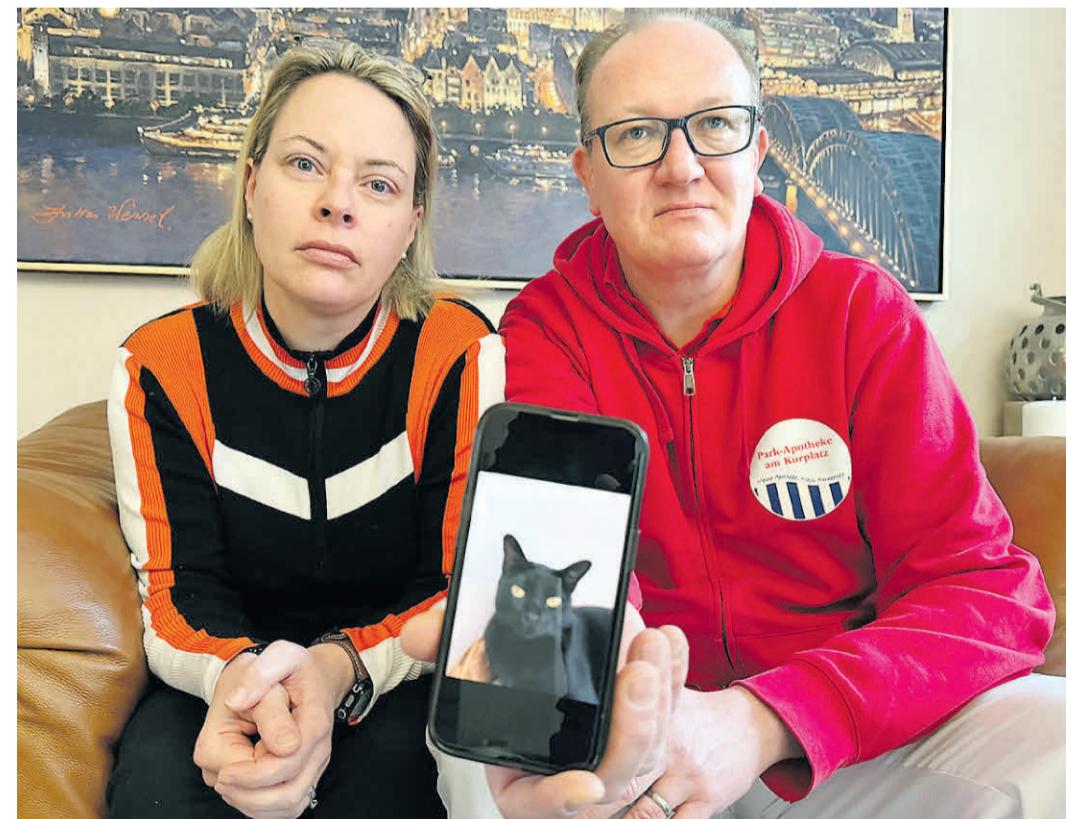
Besitzer stellen Anzeige

„Sie haben angeboten, sie abzukaufen. Aber wir haben zurückgeschrieben, dass wir kein Familienmitglied verkaufen.

Catharina Majert
Katzenbesitzerin

Die eigentlichen Besitzer stellten daraufhin Anzeige wegen Diebstahls. „Sie haben angeboten, sie abzukaufen. Aber wir haben zurückgeschrieben, dass wir kein Familienmitglied verkaufen“, sagte Catharina Majert. Am vergangenen Sonntag glückte nun ihr zufolge die Übergabe auf dem Festland in Leer und die Rückkehr auf die Insel.

Zu den genauen Umständen der Einigung wollte sich Majert nicht äußern. Sie sagte nur: „Es war eine ganz kurze Sache, wir haben uns getroffen und ich habe die Rückgabe quittiert“. Ihr Mann kündigte an, die entsprechende Anzeige zurückzunehmen. Die Polizei selbst war nach Angaben der Sprecherin in die Klärung vom Sonntag nicht involviert.



Catharina Majert und ihr Mann Gunnar sind erleichtert, dass ihr Kater wohlbehalten wieder nach Hause auf die Insel Norderney zurückgekehrt ist.

DPA-BILD: BARTELS

fen und ich habe die Rückgabe quittiert“. Ihr Mann kündigte an, die entsprechende Anzeige zurückzunehmen. Die Polizei selbst war nach Angaben der Sprecherin in die Klärung vom Sonntag nicht involviert.

Besonderer Fall

Als besonders hatte die

Inselpolizei den Fall aber schon zuvor bezeichnet. Es sei normal, dass sich Katzen auf einer Nordseeinsel frei bewegen – auch weiter weg von ihrer gewohnten Umgebung, sagte die Polizeisprecherin. Dass Katzen oder andere Haustiere aber eingesammelt und mitgenommen würden, so ein Fall sei der Polizei in den zurückliegenden Jahren auf der Insel nicht bekannt, sagte sie. „So was ist den Kollegen dort noch nicht untergekommen.“

Für Aramis ist es bereits die zweite Entführung. Vor rund drei Jahren war er ebenfalls verschwunden und konnte nur durch einen GPS-Tracker wiedergefunden werden.



12.53 Uhr am Bahnübergang „Hemmelsbäker Kanalweg“: Auch wenn der Zugführer wahrscheinlich regelkonform gehandelt hat, wirkt die Situation beängstigend und gefährlich.

DIEB GEFASST

Über den Diebstahl von Ortsschildern haben wir an dieser Stelle am vergangenen Sonntag berichtet. Heute gibt es eine gute Nachricht: Die Polizei hat einen Schilderdieb in Südbrookmerland gefasst.

Damit konnte der im September angezeigte Diebstahl einer in Moordorf gestohlenen Ortstafel mit der Aufschrift Moordorf/Georgsfeld aufgeklärt werden. Das teilt Sprecherin Martina Dirksen für die Südbrookmerlander Verwaltung mit. Bei einer Durchsuchung wurde das Ortsschild in der Wohnung eines 17-jährigen Jugendlichen aus Südbrookmerland gefunden. „Das Ortsschild befindet sich wieder im Eigentum der Gemeinde Südbrookmerland“, so Dirksen.

Dem 17-Jährigen drohe nun ein Strafverfahren. Außerdem muss er die angefallen Verwaltungs- und Arbeitskosten tragen, die der Gemeinde – und somit der Öffentlichkeit – entstanden sind.

Das Ortsschild Moordorf/Georgsfeld war zwischenzeitlich bereits wieder neu bestellt und in den vorgesehenen Rahmen eingesetzt worden.

Ärger über Züge an offenen Schranken

VERKEHR Oldenburger Verwaltung, Politik und Bürgerverein fordern Deutsche Bahn zum Handeln auf

von MARKUS MINTEN

OLDENBURG – An gleich zwei beschränkten Bahnübergängen im Stadtgebiet sind mindestens zwei Züge bei geöffneten Schranken durchgefahren. Und das sorgt für zunehmende Sorge. Unklar ist noch, ob die Zugführer in beiden Fällen nicht korrekt gehandelt haben. Denn auch für geöffnete Bahnübergänge gibt es Verhaltensregeln, mit denen Züge passieren dürfen.

Bahn rast durch

In einem Fall ist dagegen offensichtlich verstößen worden. Wie die Bundespolizei mitteilte, war ein Zug der Nordwestbahn über den Bahnübergang „Am Stadtrand“ mit mehr als 100 Stundenkilometer gefahren. Eine Autofahrerin habe die Bahn früh genug gesehen und bremsen können. Sie informierte die Polizei über den Vorfall. Die leitete Ermittlungen ein, um die Ursache zu klären.

Regelkonform?

Bei dem zweiten Fall dürfte indes alles regelkonform abgelaufen sein. Nach Mitteilung eines Lesers hatte um 12.53 Uhr ein Zug der Deutschen Bahn den Übergang „Hemmelsbäker Kanalweg“ passiert – bei geöffneter Halbschranke. Ralf Löning, Sprecher der Bundespolizeiinspektion, bestätigte einen Defekt an dem Bahnübergang. Dieser führt dazu, dass die Schranke nicht

Unklar ist noch, ob die Zugführer in den bekannt gewordenen Fällen nicht korrekt gehandelt haben. Bereits vor diesen Vorfällen war es zu einem Unfall an einem Bahnübergang gekommen, weil die Schranken geöffnet waren.

schließe, wenn sich ein Zug näherte. Er wies aber darauf hin, dass Züge auch Bahnübergänge passieren dürfen, wenn die Schranken geöffnet sind. Dann allerdings gelte, dass der Zug am Bahnübergang stoppen, sogenannte Achtungspfiffe abgeben und nur in Schrittgeschwindigkeit in den Übergang einfahren dürfe. Erst, nachdem er diesen bis zur Mitte langsam befahren habe, dürfe er beschleunigen.

Eine Bahnsprecherin bestätigte, dass der Bahnübergang entsprechend befahren worden sei – und somit als gesichert angesehen werden könne. Der Leser hatte den Übergang erst erreicht, als der Zug diesen bereits passierte. Er sei aber wohl Schrittgeschwindigkeit gefahren und habe bereits deutlich beschleunigt.

Forderungen an Bahn

Unabhängig von diesem Fall wird die Deutsche Bahn von mehreren Seiten in die Pflicht genommen. Oberbürgermeister Jürgen Krogmann forderte das Unternehmen zu mehr Verantwortung auf. Für

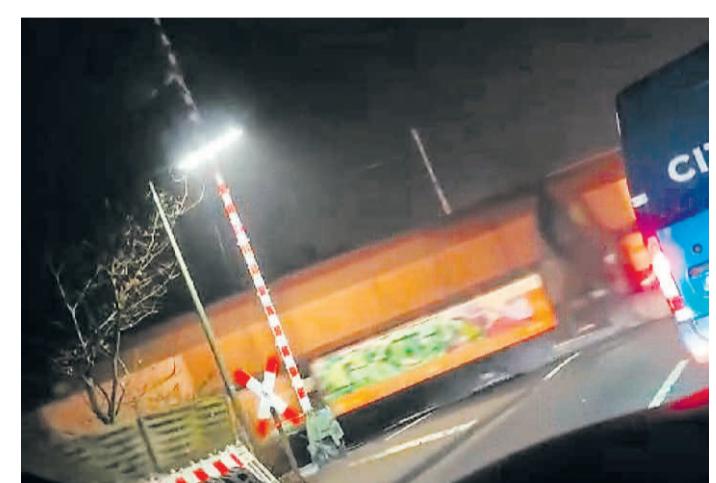
ihn wären alle drei Situationen vermeidbar gewesen: „In diesen Fällen spielte menschliches Versagen eine entscheidende Rolle. Besonders, wenn Menschenleben in Gefahr sein könnten, dürfen solche Fehler einfach nicht passieren. Die Aussage der Deutschen Bahn, dass im zweiten Fall durch lautes Hupen der langsamer fahrenden Züge auf deren Passagieren des Bahnübergangs hingewiesen wurde, ist für mich nicht akzeptabel. So etwas darf sich nicht wiederholen.“

Auch die SPD im Stadtteil äußerte sich entsetzt über die Geschehnisse am Bahnübergang „Am Stadtrand“. Dass die Schranke erneut nicht bedient werden konnte, sei „eine gefährliche Situation, die so nicht hinnehmbar ist“. „Es kann jedenfalls nicht sein, dass erst ein Unfall passieren muss, bevor sich etwas ändert. Die aktuelle Situation zeigt, dass dringend gehandelt werden muss“, so Ortsvereinsvorsitzende Mareike Witkowski. Die SPD-Vorsteher im Stadtrat wollen sich dafür einsetzen, dass kurzfristige Lösungen gefunden werden. Die CDU-Fraktion hatte bereits einen Dringlichkeitsantrag gestellt.

Zwar soll die Schrankenanlage in Olfenerdeick zwischenzeitlich wieder in Betrieb sein, aber ganz reibungslos funktioniert dies wohl noch nicht. Nicht zuletzt deshalb hat die Stadt mittlerweile Warnschilder aufgestellt. Für einen sicheren Bahnübergang hatten die Olfenerdeicker zudem getestet.

WAS DAZU NOCH WICHTIG IST

Schwerer Unfall



Ein Güterzug fährt bei geöffneter Schranke um 5.36 Uhr durch Olfenerdeick.

BILD: R. SCHULZ

Schranken mit einem Zug kollidiert und eine Radfahrerin schwer verletzt worden. Die Deutsche Bahn bestätigte, dass in der Nacht kein Streckenposten zum Absperren des Olfenerdeicker Übergangs im Dienst war. „Diese Situation ergab sich daraus, dass wir einen spontanen Krankheitsfall hatten. So schnell gab es dann keinen Ersatz“, erklärte eine Sprecherin. Man habe deshalb auf sogenannte „Fahrten auf Befehl“ umgeschaltet. Die Zugführer seien dann in ständigem Kontakt mit der Zentrale und machten mit lautem Hupen der Lokomotive auf sich aufmerksam. „Das war eine einmalige Sache zu einer Zeit, in der nicht viel Verkehr herrscht“, sagte sie.

„ Besonders, wenn Menschenleben in Gefahr sein könnten, dürfen solche Fehler einfach nicht passieren.

Jürgen Krogmann
Oberbürgermeister



Das Organisationsteam des Landkreises Wittmund und Unterstützer freuen sich auf die Projekte der Menschen, die sich ökonomisch, ökologisch oder sozial engagieren.

BILD: INA FRERICHS

„Wir wollen Vorbilder schaffen“

NACHHALTIGKEIT Auszeichnungen für Menschen, die die Region lebenswerter machen – Kreis ruft zum Mitmachen auf

VON INA FRERICHS

WITTMUND – Ein ressourcenschonender Umgang mit Lebensräumen, Rohstoffen und Energie – darum geht es bei Nachhaltigkeit. Auch die Einwohner im Landkreis Wittmund setzen sich dafür ein, dass auch zukünftige Generationen gut leben können. Um dieses Engagement zu fördern, vergibt der Landkreis Wittmund erstmals einen Nachhaltigkeitspreis.

Denn sowohl Bewusstsein als auch Umsetzung fangen im Kleinen an: „Wir haben im Landkreis bestimmt gute Beispiele. Wer Gutes tut, spricht darüber“, sagte Landrat Holger Heymann bei der Vorstellung im Wittmunder Kreishaus.

Es gibt vier Kategorien

Nach Angaben des Organisationsteams Elisa Bodenstab, Friederike Fischer und Steffen Wedemeyer braucht es Ideen, um nachhaltig zu handeln. Und noch etwas mehr: „Wir wollen Vorbilder schaffen und Projekte auszeichnen, die unsere Region lebenswerter machen.“ Bürger, Vereine, Schüler, Studierende und Unternehmen sind dazu aufgerufen, mitzumachen.

Die Preisvergabe erfolgt ab 16 Jahren, es könnten laut Team aber auch etwas jüngere

Das Engagement für ressourcenschonenden Umgang mit Lebensräumen, Rohstoffen und Energie soll gefördert werden. Damit auch künftige Generationen im Landkreis Wittmund gut leben können.

„Verschiedene Gruppen können antreten, sowohl Unternehmen als auch Schüler. Alle sind gleich viel wert, Hauptsache man engagiert sich.“

Elisa Bodenstab
Organisationsteam

Schüler teilnehmen.

Es gibt vier Kategorien; drei davon für bereits umgesetzte Projekte. Für sie gilt, dass sie einen Bezug zum Kreis Wittmund haben – zum Beispiel kommt der Bewerber aus dem Kreis oder er setzt sein Projekt dort um. Außerdem soll ein solches Projekt bereits begonnen haben, nicht vor 2024 abgeschlossen worden sein und spätestens 2026 fertiggestellt werden.

„Ökonomisch“ sind Produkte, Projekte oder neue Geschäftsmodelle mit nachhaltigem und/oder innovativem Charakter, die vor allem wirtschaftliche Motivation haben. Darunter fallen digitale und technische Innovationen, die Prozesse verbessern und nachhaltige Geschäftspraktiken fördern.

„Ökologisch“ sind Konzepte, Produkte oder Initiativen, die sich durch Umwelt- und Klimaschutz, Ressourcenschonung und Förderung der

Biodiversität auszeichnen.

„Sozial“ sind Programme oder Maßnahmen, die sich sozialer Gerechtigkeit oder Integration widmen. In diesem Bereich werden auch Initiativen honoriert, die Bildung und Gesundheit fördern und somit einen positiven gesellschaftlichen Einfluss haben.

Beispiel-Projekte sind ein Schulgarten, den eine Schülerin vorangebracht hat, oder ein Verein, der Blühwiesen gesät hat. „Verschiedene Gruppen können antreten, sowohl Unternehmen als auch Schüler. Alle sind gleich viel wert, Hauptsache man engagiert sich“, betont Elisa Bodenstab. „Die vierte Kategorie gilt für Ideen, die noch nicht umgesetzt wurden oder werden“, ergänzt sie. Dieser Sonderpreis „Ideen“ gilt ebenso für wirtschaftliche, ökologische und soziale Projekte.

Bedeutung und Unterstützer

Der Kreis konnte Sponsoren und Partner finden, um die Preise zu ermöglichen. „Als regional verwurzelte Bank möchten wir wirtschaftlichen Erfolg mit Gemeinwohl in Einklang bringen“, sagte Mario Baumert, Vorstandsmittelglied der Raiffeisen-Volksbank eG. Die Motivation der Bank für den Preis sei es, die Menschen mit ihren Ideen in den Mittel-

DER PREIS

Die Bewerbungsphase für den „Nachhaltigkeitspreis“ im Landkreis Wittmund endet am 30. April 2025. So funktioniert es: Ein Bewerbungsbogen mit Beschreibung des Projekts wird ausgefüllt und ein kurzes Video (maximal zwei Minuten; braucht nicht professionell zu sein) gedreht. Beides wird unter npreis@lk.wittmund.de eingereicht.

Die Bewertung der Projekte übernimmt eine Gruppe aus Experten aus Wirtschaft, Umweltschutz, Vereinswesen und Bildung. Bewertet wird zwischen dem 1. und 15. Mai.

Die Preisverleihung findet statt am 18. Juni um 18.30 Uhr im Hotel „Noord“ in Cuxhaven mit Schirmherrn



Schirmherr ist der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies.

BILD: PIET MEYER
Olaf Lies, niedersächsischer Wirtschaftsminister, Wittmunds Landrat Holger Heymann, dem Organisationsteam, Sponsoren, Jurymitgliedern, Bewerbern und Interessierten.

→ Mehr Infos unter npreis-wittmund.de

punkt zu rücken und ihnen Mut zu machen, was Mitarbeiterin Nele Fleßner unterstreicht. Auch die Sparkasse LeerWittmund möchte laut Vorstandsvorsitzendem Carsten Rinne und Mitarbeiterin Jessica Zimmermann junge Ideen fördern.

Die regionale Energiegenossenschaft (EG) Wittmund setzt sich mit Windkraft für re-

generative Energien ein. „Es geht darum, Ideen, die da sind, öffentlich zu machen“, sagte Vorstandsvorsitzender Michael Lehmann über die Menschen, die sich engagieren.

Wenn viele Menschen kleine Schritte machen, käme man voran, ergänzte Kommunalverantwortlicher Gerrit Pruss vom kommunalen Verarbeiter EWE Netz GmbH.



KONTRASTE

ZEICHNUNG: JÜRGEN JANSON

Wer hat eigentlich Deutschland regiert?

Die Wahlwerbung der Ex-Ampel-Parteien ist erstaunlich: Man muss ange-sichts all der plakatierten Be-teuerungen den Eindruck ge-winnen, SPD, Grüne und FDP hätten in den vergangenen vier Jahren gar nicht regiert. Ir-gendein Schurke muss in die-sem Land das Sagen gehabt haben, aber sicher nicht Scholz, Habeck und Lindner. Wie anders ist es zu erklären, dass Rot-Grün-Gelb jeweils mit Versprechungen auf Stim-menfang gehen, die sie in den vergangenen Jahren doch längst hätten umsetzen kön-nen?

Die FDP plakatiert: „Vater Staat ist nicht Dein Erzie-hungsberechtigter“. Die Grünen versprechen: „Leben: Be-zahlbar machen“, und die SPD kündigt an: „Mehr Netto vom Brutto“. Das hätte alles längst erledigt sein können. Doch zu allem Überfluss haben die Ex-Regierungspartner seit 2021 Politik betrieben, die ihren heutigen Ankündigungen gänzlich zuwiderließ.

Die Ampel-Parteien tun im Wahlkampf so, als trügen sie keine Verantwortung für den deutschen Abstieg – und sie ver sprechen viele Wohltaten. Das ist frech und unglaublich. Warum, hat Alexander Will aufgeschrieben.

den, wenn Vater Staat ein-schreitet.

Auch bei der so sinn- wie wirkungslosen Verschärfung des Waffengesetzes hat die FDP willig Hand angelegt. Jetzt ist jeder bereits ein Kriminel ler, der am falschen Ort zur falschen Zeit ein Schweizer Ta-schenmesser dabei hat. Gesetzestreue Legalwaffenbesitzer haben in der FDP auch keine Freunde – nun kann jeder Sachbearbeiter bei noch so va-gen Verdächtigungen die Un-verletzlichkeit ihrer Wohnun-

antwortung für diese Gängelei ändert auch die Tatsache nichts, dass sich die FDP als Partei geriert, die Schlimmes verhinderte.

■ 1. Die FDP. Die vermeintlich Liberalen haben in den vergangenen Jahren dazu bei getragen, staatliche Gängelung und Bevormundung zu perfektionieren. Das sogenannte Selbstbestimmungs gesetz gibt allerdings vor, genau das Gegenteil zu tun. Nun darf jeder alle zwei Jahre sein Geschlecht nach Belieben wechseln. Eine wahrlich unermessliche zivilisatorische Errungenschaft. Allerdings wehe dem, der diese Tatsache im konkreten Fall beim Na menen nennt!

Mitverantwortlich sind die „Liberalen“ als Koalitionäre auch für erzieherische Maßnahmen beim Wohnen und der Mobilität. Verbrennerverbot und Heizungsgesetz schreiben den Leuten in Zu-kunft penibel vor, wie sie ihre Häuser zu heizen und mit welcher Technik sie sich fortzube wegeln haben. An ihrer Mitver-

in den vergangenen Jahren umgesetzt? Weil sie es letztlich nicht will. Schaut man sich das Vorhaben für die kommende Wahlperiode an, wird deutlich, dass es sich um homöopathische Entlastungen handelt, die von steigen den Preisen und steigenden Sozialabgaben locker wieder aufgefressen werden.

Vor allem die SPD ist zu dem für die konsequente Ver weigerung der Reform des überbordenden Sozialstaates verantwortlich. Mehr als ein Drittel des Etats geht inzwischen für Soziales im weitesten Sinne drauf. Die Sozialabgaben sind zu Jahresbeginn erneut enorm gestiegen, sie strangulieren Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Das Bürger geld ist trotz aller Korrekturen zu einem Belohnungsmecha nismus für das Nichtstun ge worden. Im Dezember waren in Deutschland rund 654.000 Stellen offen. 2,78 Millionen Menschen waren arbeitslos. Das sind Zahlen, die das Ver sagen einer Regierung bei der Motivation zur Arbeit illustrieren.

■ 3. Die SPD. Die SPD ver spricht „mehr als 95 Prozent“ der Leute „Mehr Netto vom Brutto“. Warum hat sie dieses lobliche Vorhaben nicht schon

Prozentpunkte drauf. Das Schleifen dieses Fundamentes deutschen Wohlstands macht den ganzen Wahlspeck der Ex-Ampel zu einer verdächtig duftenden Angelegenheit.

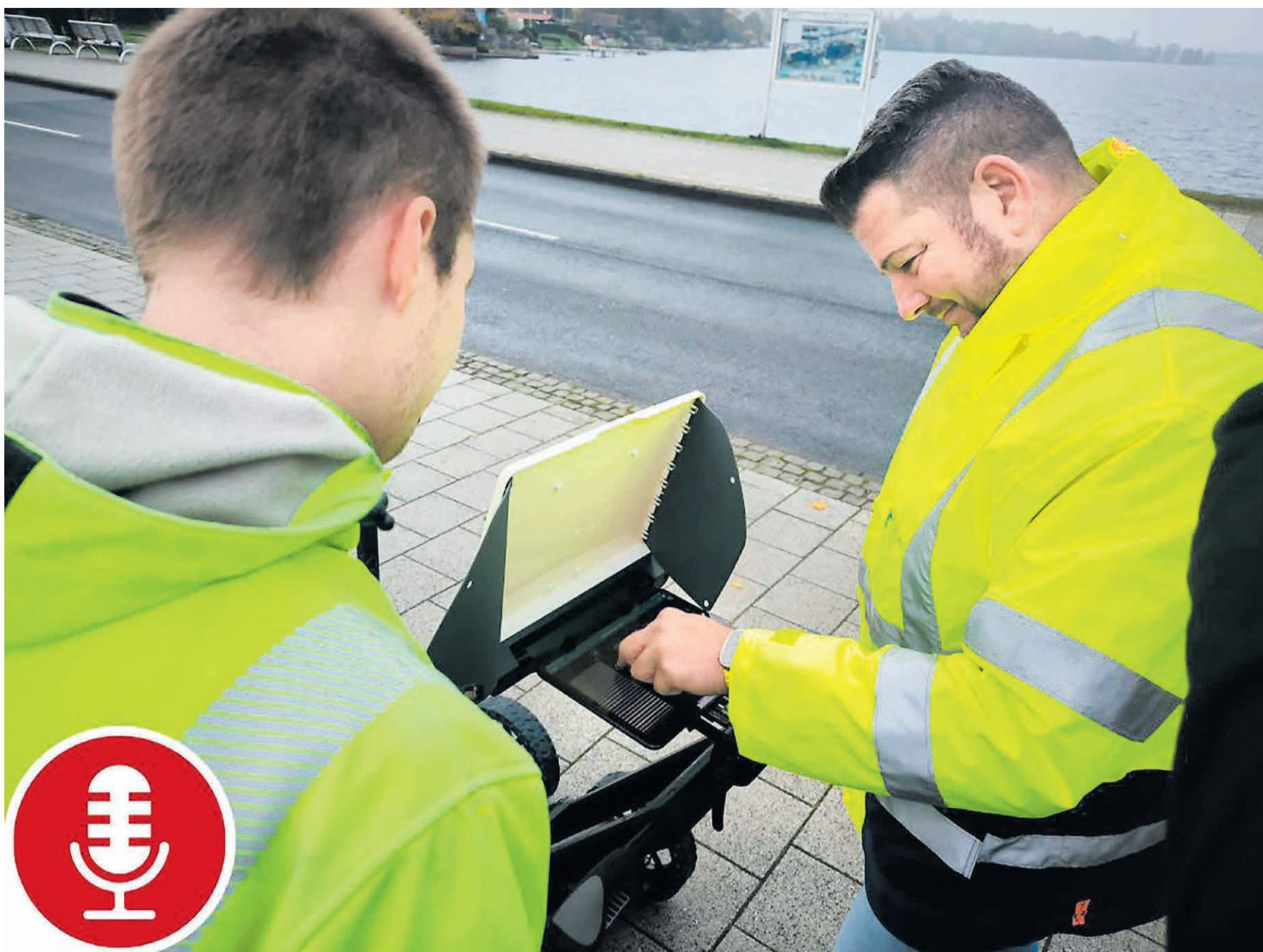
■ Und dann war da diese Woche auch noch Donald Trumps Amtseinführung. Man kann von dem Mann halten, was man will: Er wird in den USA eine Angebots politik durchsetzen, die sein Land konkurrenzfähiger machen wird, als es in Europa und Deutschland zu erwarten ist. Er wird jeden Trick und jeden Vorteil im Sinne der Vereinigten Staaten zu nutzen wissen. Bei Europas politischen Eliten kann man da nicht so sicher sein. Während in Amerika wieder verwendbare Weltraumraketen landen, erfreut sich Europa an Plastikflaschen, deren Schraubverschlüsse festgetackert sind. Das nennt man dann wohl „Prioritäten setzen“.

@ Den Autor erreichen Sie unter Will@infoautor.de

Dr. Alexander Will ist Mitglied der Chefredaktion und politischer Kommentator in der Nordwest Mediengruppe.

BILD: BICHMANN





Bei der Georadar-Ortung des Grodendamms ist den Experten ein interessanter Bereich aufgefallen. Nun liegen die genauen Ergebnisse vor. BILD: JULIAN REUSCH



Diesen Podcast können Sie auch direkt in der ePaper-App mit dem Podcast-Player hören.

„Liefert die Auswertung nun wirklich den ersten Beweis, dass ein U-Boot im Grodendamm ist?

Julian Reusch
Podcast-Host

Das Ergebnis der Ortung

PODCAST Liegt U 96 im Wilhelmshavener Grodendamm? – Sechste und letzte Folge ist jetzt online

VON JULIAN REUSCH

WILHELMSHAVEN – Fast ein halbes Jahr haben die NWZ-Redakteure Julian Reusch und Nicolas Reimer zu U96, dem legendärsten U-Boot der deutschen Geschichte, recherchiert. Durch den Film und gleichnamigen Roman „Das Boot“ hat es generationsübergreifend Interesse geweckt. U96 gilt als zerstört. Bei einem letzten großen Fliegerangriff auf Wilhelmshaven wurde es getroffen und soll anschließend abgewrackt worden sein. Doch eine Theorie besagt, dass es anders gelau-

Nun liegen die Ergebnisse einer Georadar-Untersuchung vor. Was sich dabei ergeben hat, gibt es jetzt in der aktuellen Folge des Podcasts „Die Suche nach U 96 – das letzte Geheimnis“ kostenfrei zu hören.

fen sein könnte und Überreste des Bootes im Wilhelmshavener Grodendamm eingelassen wurden. Dieser These gingen die beiden Journalisten nach. Sie haben nach Beweisen zum

Verbleib des Bootes gesucht. Ihre Ergebnisse kann man in dem Podcast „Die Suche nach U 96 – das letzte Geheimnis“ hören. Inzwischen ist die sechste und damit finale Folge

kostenfrei überall zu hören. In der Episode geht es um die Ergebnisse der Georadar-Ortung. Im Rahmen der Recherche wurde der Grodendamm von der Ingenieurgesellschaft Nordwest mit modernster Technik gescannt. Die Fachleute lokalisierten dabei einen interessanten Bereich, der die Dimensionen eines U-Bootes haben könnte. Liefert die Auswertung nun wirklich den ersten Beweis, dass ein U-Boot im Grodendamm ist? Mit den Ergebnissen der Ortung treffen sich die beiden Redakteure noch ein letztes Mal im Podcast-Studio und tragen



ihre Erkenntnisse zusammen. Sie sprechen alle Puzzlestücke noch einmal durch und zeigen auf, welche neuen Erkenntnisse die Recherche gebracht hat. Mehr Infos zum Podcast

HIER GEHT ES DIREKT ZUR PODCAST-FOLGE

Klicken Sie auf den unten stehenden Link und gelangen Sie so direkt zur aktuellen (sechsten und letzten) NWZ-Podcast-Folge „Die Suche nach U 96 – das letzte Geheimnis“.

→ <https://ol.de/u96podcastolge6>

unter www.NWZonline.de/U96. Zudem gibt es im Nordwest Shop einen Sonderdruck zu den geheimen Tagebüchern des letzten leitenden Ingenieurs.

Jetzt die
NWZonline-App
herunterladen:



NWZ
Online

NWZonline.de/app

Individualisierbare,
aktuelle Nachrichten,
Nordwest TREUEWELT und
Kundenkonto in nur einer App.

Nordwest TREUEWELT

Ein Abo – viele Vorteile!

In der Nordwest TREUEWELT bieten wir Ihnen zahlreiche weitere Vorteile Ihres Abonnements. Profitieren Sie von Rabatten, exklusiven Gewinnspielen, individuellen Sonderaktionen u.v.m.

Die Nordwest TREUEWELT ist ein Gemeinschaftsangebot der Nordwest Zeitung, der Emder Zeitung, des Anzeigers für Harlingerland, des Jeverschen Wochenblatt und der Wilhelmshavener Zeitung.





„One Motion“ gibt Debüt bei Büttenabenden

Sie sind die Neuen auf der Faschingsbühne: „One Motion“ heißt eine Tanzgruppe, die in diesem Jahr bei den Ganderke-

seer Büttenabenden im Landkreis Oldenburg ihr Debüt geben wird. Die 18 bis 25 Jahre alten Mitglieder werden das

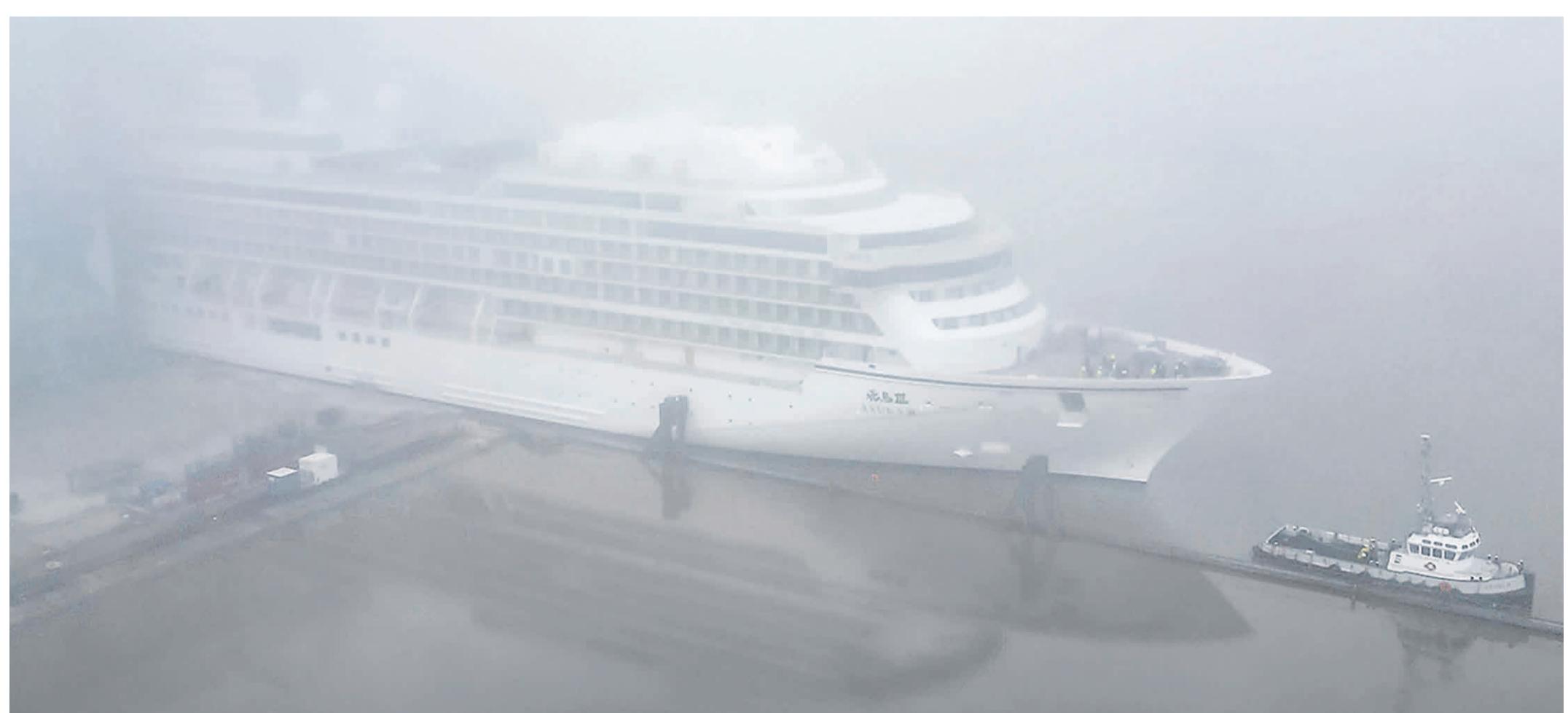
Opening gestalten, das vom eher traditionellen Einmarsch der Garden und Prinzenpaare zum Showprogramm überleitet.

Die meisten von ihnen beschreiten mit den Auftritten Neuland. Nach dem Start in die „fünfte Jahreszeit“ der Kar-

nevalisten im November fanden oder finden nun vielerorts im Nordwesten solche Büttenabende statt, bevor am

Aschermittwoch – in diesem Jahr am 5. März – schon wieder alles vorbei ist.

BILD: LISA BIELEFELD/GGV



Neues Kreuzfahrtschiff dockt im starken Nebel aus

Die Papenburger Meyer Werft im Landkreis Emsland bereitet sich auf die Ablieferung ihres neuesten Kreuzfahrtschiffes

„Asuka III“ vor. Das für die japanische Reederei NYK Cruises gebaute Schiff soll in diesem Frühjahr abgeliefert wer-

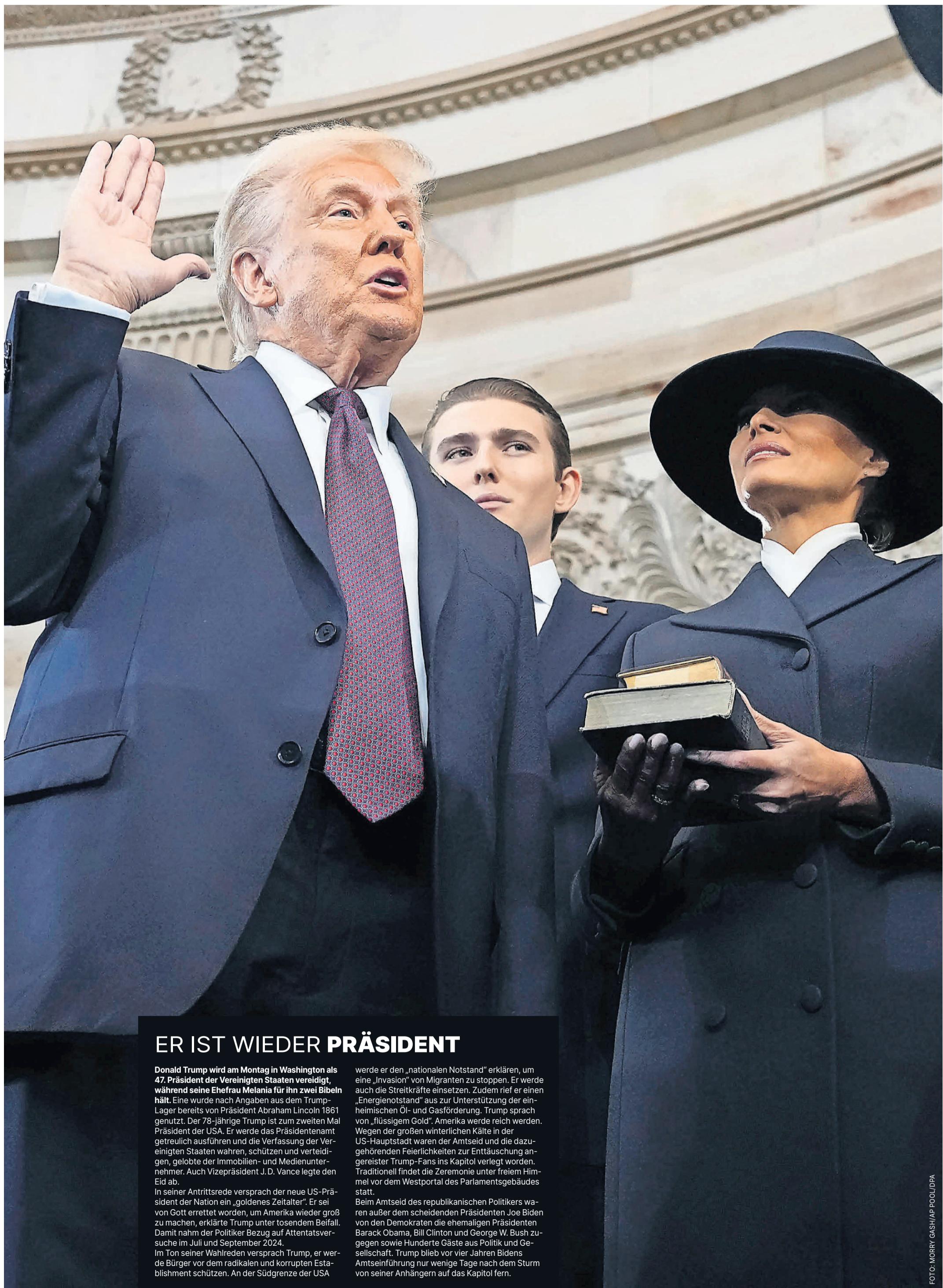
den – jetzt hat es das Baudock verlassen. Während des Ausdock-Manövers erhielt das Kreuzfahrtschiff bei starkem

Nebel seinen Schornstein. Mit leichter Verspätung verließ die „Asuka III“ das Baudock. Das 230 Meter lange und knapp 30

Meter breite Schiff hat zum Beispiel einen Spa-Bereich mit einem japanischen Freiluftbad. Wann das Schiff über-

führt wird, steht noch nicht fest. Im Gespräch ist die Emsüberfahrung aber bereits für Anfang März.

DPA-BILD: PENNING



ER IST WIEDER PRÄSIDENT

Donald Trump wird am Montag in Washington als 47. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt, während seine Ehefrau Melania für ihn zwei Bibeln hält. Eine wurde nach Angaben aus dem Trump-Lager bereits von Präsident Abraham Lincoln 1861 genutzt. Der 78-jährige Trump ist zum zweiten Mal Präsident der USA. Er werde das Präsidentenamt getreulich ausführen und die Verfassung der Vereinigten Staaten wahren, schützen und verteidigen, gelobte der Immobilien- und Medienunternehmer. Auch Vizepräsident J.D. Vance legte den Eid ab.

In seiner Antrittsrede versprach der neue US-Präsident der Nation ein „goldenes Zeitalter“. Er sei von Gott errettet worden, um Amerika wieder groß zu machen, erklärte Trump unter tosendem Beifall. Damit nahm der Politiker Bezug auf Attentatsversuche im Juli und September 2024.

Im Ton seiner Wahlreden versprach Trump, er werde Bürger vor dem radikalen und korrupten Establishment schützen. An der Südgrenze der USA

werde er den „nationalen Notstand“ erklären, um eine „Invasion“ von Migranten zu stoppen. Er werde auch die Streitkräfte einsetzen. Zudem rief er einen „Energienotstand“ aus zur Unterstützung der einheimischen Öl- und Gasförderung. Trump sprach von „flüssigem Gold“. Amerika werde reich werden. Wegen der großen winterlichen Kälte in der US-Hauptstadt waren der Amtseid und die dazugehörenden Feierlichkeiten zur Enttäuschung angereister Trump-Fans ins Kapitol verlegt worden. Traditionell findet die Zeremonie unter freiem Himmel vor dem Westportal des Parlamentsgebäudes statt.

Beim Amtseid des republikanischen Politikers waren außer dem scheidenden Präsidenten Joe Biden von den Demokraten die ehemaligen Präsidenten Barack Obama, Bill Clinton und George W. Bush zugewesen sowie Hunderte Gäste aus Politik und Gesellschaft. Trump blieb vor vier Jahren Bidens Amtseinführung nur wenige Tage nach dem Sturm von seiner Anhängern auf das Kapitol fern.

IST GELBHAAR OPFER EINER INTRIGE?

Der Berliner Grüne Stefan Gelhaar kürzlich bei einer Sitzung seines Kreisverbands Pankow. Gegen den 48-Jährigen wurden Belästigungsvorwürfe erhoben, die nun im Verdacht stehen, bloß erfunden zu sein. Der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) hatte nach eigenen Angaben auf Grundlage eidesstattlicher Versicherungen mehrerer Frauen über die Affäre berichtet. Doch mittlerweile zog der Sender seine Berichterstattung dazu zurück. Für den RBB steht fest, dass sich eine Grünen-Bezirkspolitikerin fälschlicherweise als Betroffene ausgegeben hat.

Der Bundestagsabgeordnete Gelhaar wies alle Anschuldigungen stets zurück. Bei einer neu angesetzten Wahl für die Direktkandidatur in seinem Wahlkreis in der zweiten Januarwoche landete er – zuvor bereits nominiert – nur auf dem zweiten Platz. Nach der Wahl am 23. Februar wird er nicht mehr im Parlament sitzen. „Der Politiker wurde zerstört, der Mensch zutiefst erschüttert“, sagte Gelhaar, der von Beruf Strafverteidiger ist. Nach Angaben der Bundespartei sind die Vorwürfe gegen Gelhaar noch nicht vollständig aufgeklärt. Es soll eine Kommission eingesetzt werden.

Wenn es um Belästigungsvorwürfe geht, sollten die Grünen aus Sicht der Partejugend weiterhin grundsätzlich an der Seite der Beschwerdeführerinnen oder Beschwerdeführer stehen. „Wo Macht existiert, wird Macht missbraucht“, sagte die Vorsitzende Jette Nietzard. Das passiere auch in einer feministischen Partei. „Was es aber bedeutet, in einer feministischen Partei zu sein, ist, dass Betroffenen geglaubt wird.“ Sie äußerte sich grundsätzlich, auf Einzelheiten im Fall Gelhaar wollte sie nicht eingehen. Die Dunkelziffer sei hoch, oft werde Betroffenen nicht geglaubt.



FOTO: THOMAS LOHNER/GETTY IMAGES

MESSEATTACKE IN ASCHAFFENBURG

Kerzen leuchten am Donnerstag in Aschaffenburg im Gedenken an die beiden Opfer des tödlichen Messerangriffs. Das Entsetzen ist nach der Gewalttat in der unterfränkischen Stadt groß, viele Menschen kommen zum Gedenken zusammen. Die Ermittlerinnen und Ermittler arbeiten nach eigenen Worten intensiv an der Aufklärung des Verbrechens mit zwei Toten und drei Schwerverletzten. Der Verdächtige wurde in eine geschlossene Abteilung eines psychiatrischen Krankenhauses gebracht.

Bei der Messerattacke im Schöntal-Park waren am Mittwochmittag ein zweijähriger Junge marokkanischer Herkunft und ein 41 Jahre alter Deutscher ums Leben gekommen. Die Polizei nahm kurz nach der Tat einen 28-jährigen Tatverdächtigen aus Afghanistan fest. Zwischen den Opfern und dem Verdächtigen gibt es nach bisherigen Erkenntnissen keine Verbindung. Die Hintergründe und das Motiv der Tat blieben unklar. Der Park gilt als Kriminalitätsbrennpunkt in der Stadt am Untermain mit 70.000 Einwohnerinnen

und Einwohnern – dort werden Drogen verkauft und es kommt laut Aussage der Polizei immer wieder zu Körperverletzungsdelikten. Die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizeiinspektion Aschaffenburg wollten am Freitag noch keine neuen Einzelheiten zum Ermittlungsstand veröffentlichen. „Unter anderem, weil selbstverständlich eine mögliche Beeinflussung der Erinnerung von Zeugen ausgeschlossen bleiben muss“, begründete Oberstaatsanwalt Marco Schmitt diese Entscheidung.



Herr Friedman, welcher Film über den Nationalsozialismus hat Sie besonders beeindruckt?

Michel Friedman: Bemerkenswert fand ich im Vorjahr die Verfilmung des Theaterstücks „Die Ermittlung“ von Peter Weiss. Das Stück beruht auf Protokollen des Auschwitz-Prozesses, die all die Lügen und die Verdrängungsmechanismen verdecken – und sie gleichzeitig nachvollziehbar machen. Die unfassbare kriminelle Energie der Täter wird deutlich. Gleichzeitig hat gerade in Deutschland erst die Fernsehserie „Holocaust“ oder der Kinofilm „Schindlers Liste“ Empathie für die Opfer hergestellt. Ein wichtiger Film war auch Roberto Benignis Oscarfilm „Das Leben ist schön“, der eben nicht den Tod, sondern das Leben ins Zentrum rückt. Auschwitz war der Versuch, Menschen das Menschsein abzusprechen. Benigni aber stellte den Menschen in seiner ganzen Wunderbarkeit in den Mittelpunkt.

Frau Begalke, kann das Kino wirklich etwas leisten, was andere Zugänge zum Thema Nationalsozialismus nicht leisten können?

Begalke: Absolut. Wir als Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ – kurz: EVZ – haben aufgrund unserer Gründungs geschichte den Auftrag, an die Opfer der Zwangsarbeit sowie an das NS-Unrecht allgemein und alle Opfergruppen zu erinnern. Für nachfolgende Generationen müssen wir immer wieder neue Zugänge schaffen. Wie wecken wir Empathie bei jungen Menschen? Das Kino als Erfahrungsräum bietet die Chance, dass ein junges Publikum dort eine gemeinsame emotionale Erfahrung macht. Deswegen haben wir am 27. Januar, am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, den „Augen auf“-Kinotag initiiert. In den kommenden Jahren soll diese Aktion zu einer ganzen Kinowoche ausgebaut werden.

Welche Filme haben Sie im Angebot?

Begalke: Wir konzentrieren uns auf Spielfilme, zeigen zum Beispiel mit Andreas Dresens „In Liebe, eure Hilde“ ein Werk über den Widerstand oder „A Real Pain“ von und mit Jesse Eisenberg über die dritte Generation der verfolgten Juden. Durch solche Geschichten rückt die Vergangenheit näher an die Gegenwart. Es lässt sich ein Bogen ins Heute schlagen. Genauso präsentieren wir den 2024 in Cannes präsentierten Animationsfilm „Das kostbarste aller Güter“ des Oscarpreisträgers Michel Hazanavicius über ein kleines Mädchen, das von einem verzweifelten Vater aus einem Zug nach Auschwitz geworfen und von einer polnischen Familie aufgenommen wird. Caroline Link ist als weitere Oscarpreisträgerin mit der Literaturverfilmung „Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“ dabei. Die meisten Regisseure und Regisseurinnen stellen ihre Filme persönlich vor.

Sie klingen ausgesprochen optimistisch, was die Überzeugungskraft des Kinos angeht: Müssten Sie nicht eher mit einer Virtual-Reality-Brille, einem Netflix-Abo oder mit einer Spielkonsole losziehen?

Begalke: Zunächst mal: Wir wollen ja nicht nur Jugendliche ansprechen. Aber ja, ich bin optimistisch. Ein mit 300 Menschen gefüllter Kinosaal wirkt anders als eine Netflix-Serie auf dem Bildschirm. Wir glauben ans Kino. Wir wollen diesen offenen kulturellen Ort und die berührenden Filme nutzen, um Menschen zusammen und ins Gespräch über die NS-Geschichte und ihre Bedeutung für die Gegenwart zu bringen.

Herr Friedman, sind Sie ähnlich hoffnungsvoll?

Friedman: Es gibt diesen furchtbaren Satz, wonach nach 1945 keine Gedichte mehr geschrieben werden können. Ich glaube aber, dass Dinge, die verdrängt werden, nur durch Kunst und Kultur wieder aufgerufen werden können – egal, ob durch Literatur, Theater oder Film. Sie haben aber recht: Junge Menschen sind eher mit Blockbuster ins Kino zu locken. Zugleich aber wird diese Aktion im Jahr 2025 für jeden und jede zum Erfolg, der oder die sich vor die Leinwand niederlässt. Denn allen Beteuerungen zum Trotz besteht in diesem Land keine wirkliche Erinnerungskultur. Wir begnügen



„Wir leben in einer Zeit, in der die Demokratie zerbröselt“: Michel Friedman spricht während des Solidaritätskonzertes „Appell an die Menschlichkeit“ in Hamburg auf der Bühne. FOTO: GEORG WENDT/DPA

schen lassen. Wir leben in einer Zeit, in der diese Demokratie zerbröselt.

Frau Begalke, springt Ihre Stiftung mit dem Aktionstag auch deshalb ein, weil die Schule bei der Erinnerungsarbeit versagt?

Begalke: Ich würde das anders formulieren. Wir organisieren ja keine Ersatzveranstaltung zum Schulunterricht. Das Kino ist für uns ein wertvoller kultureller Akteur – und wir arbeiten eng mit Schulen zusammen. Die Zeitzeugen versterben, die authentischen Erzählungen nehmen ab. Die Kultur muss jetzt die Übersetzungsaufgabe leisten. Das Kino schließt im wahrsten Sinne des Wortes einen Erinnerungsraum auf. Daraus entsteht im besten Fall engagiertes Handeln für die Demokratie, wie es Herr Friedman eben ansprach.

Haben Sie ein Beispiel parat, wie das mit einem Kinofilm funktionieren soll?

Begalke: Nehmen Sie „In Liebe, eure Hilde“: Nationalsozialistische Embleme fehlen beinahe völlig in dem Drama über die Widerstandskämpferin Hilde Coppi. Regisseur Andreas Dresen legt einen humanistischen Kern frei: Junge Menschen entwickeln ein Gefühl dafür, dass man widerständig agieren muss gegen ein Unrechtsregime. Dafür bezahlen sie mit ihrem Leben. Nachfolgende Generationen lernen in diesem Film, dass man sich gegenüber rechtsextremem Gedankengut auflehnen muss. Gerade mit Blick auf die Bundestagswahl ist das wichtig.

Friedmann: Machen wir uns nichts vor. In der Bundesrepublik gibt es nicht zu vielen Initiativen dieser Art, sondern zu wenigen. Es ist toll, junge Menschen zu bestärken, für die Demokratie einzustehen. Die Debatte um Freiheit ist das Leitmotiv meines Lebens. Noch leben wir glücklicherweise in einem politisch freien Land. In Europa ist das nicht mehr selbstverständlich. Im Bundestag und auch in Landtagen sitzt auch bei uns eine zerstörerische Partei, die uns jeden Tag demonstriert, dass wir auf einem rissig gewordenen Boden stehen. Unsere Aufgabe besteht darin, junge Menschen für den Menschen zu faszinieren und nicht gegen ihn, wie es diese antidemokratischen Parteien tun.

Wir sprechen die ganze Zeit von Erinnerungskultur: Wie lässt sich dieser Begriff auf muslimische Zuwanderer und Zuwandererinnen anwenden?

Begalke: Auftrag unserer Stiftung ist es, Bildungsarbeit für alle zu machen, unabhängig von ihrer Migrationsgeschichte. Und wir wissen ja auch, dass der Antisemitismus letztlich überall zu finden ist, sowohl unter muslimischen wie auch unter nicht-muslimischen Jugendlichen. Umso wichtiger ist es, ein geschichtsbewusstes Lernen zu etablieren. Wir müssen begreifen, dass die Kontinuitäten des Nationalsozialismus, also Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus, nach 1945 nie aufgehört haben.

Hemmungslos agieren heute rechtsextreme Parteien auf offener Bühne. Die Gedenkstunde im Bundestag ist wichtig. Aber genauso wichtig ist es, dass sich Schulklassen auch über den 27. Januar hinaus die Filme anschauen, unser Bildungsmaterial und auch die Gespräche mit unseren Expertinnen nutzen. Unser Filmangebot bleibt weiterhin abrufbar.

Friedman: Auch Kinder, die schon in dritter Generation in Deutschland leben, wissen nicht unbedingt, was Auschwitz ist. Die Verdrängungs- und Umdeutungskultur in Deutschland hat schon am 8. Mai 1945 begonnen. Aber für jeden in dieser Gesellschaft sind Menschenwürde und Menschenrechte konstitutiv.

Das gilt für jeden Muslim, der hier lebt, genauso für Christen, Atheisten, Juden, Buddhisten. Wer sich mit Auschwitz auseinandersetzt, beginnt einen Lernprozess – unabhängig davon, ob seine Familie damals auf Täterseite hätte beteiligt sein können oder nicht.

Der Judenhass in Deutschland nimmt zu: Meine Lebensqualität und die meiner Familie ist so schlecht wie noch nie in diesem Land. Unsere Sicherheit ist nicht nur subjektiv bedroht. Das zeigen Polizeistatistiken. Ein jüdischer Mensch in Deutschland wird immer wieder mehr zum Juden und immer weniger zum Menschen.

Interview: Stefan Stosch

„DIE HÄLFTE WEIß NICHT, WAS AUSCHWITZ IST“

Lassen sich junge Menschen mit Kinofilmen über die NS-Zeit für die Demokratie begeistern?

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) glaubt daran – und hat prominente Unterstützung. Ein Gespräch mit dem Publizisten Michel Friedman und Sonja Begalke von der EVZ über Auschwitz, Widerstand gegen rechts und die Kunst des Einfühlens.

“

Ein mit 300 Menschen gefüllter Kinosaal wirkt anders als eine Netflix-Serie auf dem Bildschirm.

Sonja Begalke,
Stiftung EVZ

gen uns mit einem rein rituellen Erinnern.

Moment, gerade auf den Umgang mit den NS-Verbrechen ist Deutschland doch besonders stolz.

Friedman: Die Hälfte der Jugendlichen unter 20 Jahren weiß nicht einmal, was Auschwitz ist. Wir müssen alle kulturellen Impulse aktivieren, um erst einmal eine Faktengrundlage zu schaffen. Danach können wir übers Verstehen und Fühlen reden. Kino kann immer noch ein geradezu bewusstseinserweiterndes kollektives Erlebnis sein.

Sind Jugendliche überhaupt noch an den NS-Verbrechen interessiert?

Begalke: Zusammen mit der Universität Bielefeld haben wir 2023 die Memo-Jugendstudie über Erinnerungskultur erhoben. Demnach ist es zwei Drittel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen wichtig, etwas über den Nationalsozialismus zu erfahren. Mehr als die Hälfte möchte historische Orte besuchen. Es gibt das Bedürfnis, Vergangenheit und Gegenwart miteinander in Verbindung zu bringen – und dabei rangieren Filme weit vorn, gefolgt etwa von Besuchen in Gedenkstätten. Jetzt macht sich die Stiftung EVZ für den Film stark – eingebettet in eine breite Social-Media-Kampagne. Die sozialen Medien haben wir viel zu lange rechtsextremen Kräften überlassen. Junge Menschen werden durch Content Creator wie die Historikerin Leonie Schöler oder den Netzaktivisten Fabian Grischkat angesprochen.

Herr Friedman, was bringt der Auschwitz-Gedenktag, wenn es um die Erinnerungskultur so schlecht steht?

Friedman: Den Gedenktag gibt es erst seit 1996. Ich erinnere mich, wie ich damals mit Bundespräsident Roman Herzog in Auschwitz war. Auf dem Flug habe ich ihm gesagt: Wenn ich zurück nach Deutschland komme, ist da keine Möglichkeit zur Erinnerung. Er hat das sofort aufgegriffen. Wir hatten an einen Feiertag gedacht, was sich aber im Bundestag nicht umsetzen ließ. Ich erinnere mich auch noch gut an den Widerstand im politischen Berlin, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas zu bauen. In der dritten Generation nach der Hitler-Zeit gibt es nur noch ein Gedächtnis des

Schweigens. Umso wichtiger erscheint mir jetzt, wo sich die biografischen Verstrickungen, Lügen und Verdrängungen biologisch erledigen, darüber nachzudenken, wie man andere Wege findet, um zu erinnern.

Mit welchem Ziel?

Friedman: Es kommt darauf an, den Anfängen der Unmenschlichkeit im Alltag zu begegnen. Egal, ob Menschen im Sportverein, bei der Arbeit oder in der Familie das Menschsein abgesprochen wird: Wir müssen uns antrainieren zu widersprechen. Ich kann es nicht mehr hören, wenn jemand am 27. Januar wieder „Wehret den Anfängen!“ sagt. Wir sind längst mittendrin in diesen Anfängen. Wir haben uns selbst täu-



EVZ-Mitglied Sonja Begalke: „Antisemitismus ist letztlich überall zu finden, sowohl unter muslimischen wie auch unter nichtmuslimischen Jugendlichen.“ FOTO: AMÉLIE LOSIER

MELONIS GUTER DRAHT IN DIE USA



Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni pflegt besondere Beziehungen zu Donald Trump – und hat Einfluss in der Europäischen Union. MONTAGE: RND

Von Dominik Straub

Wenn Donald Trump von Giorgia Meloni redet, beginnen seine Augen zu leuchten: Eine richtige „Leaderin“ sei sie und eine „fantastic person“, schwärzte Trump in der New Yorker Börse wenige Tage vor seiner Amtseinsetzung von der Italienerin. Am Montag nahm Meloni dann als einzige Regierungschefin der EU im Washingtoner Kapitol an der Amtseinsetzung des 47. US-Präsidenten teil.

Alle anderen Staats- und Regierungsoberhäupter der EU hatten keine Einladung erhalten – mit Ausnahme des autoritären und rechts-nationalistischen ungarischen Regierungschefs Viktor Orban, der ebenfalls eingeladen war. Aber Orban war verhindert. So nahm Meloni im Kapitol Platz neben dem libertären argentinischen Präsidenten Javier Milei, zu dem Trump ähnlich freundschaftliche Beziehungen unterhält wie zu Meloni.

Bevorzugte Ansprechpartnerin

Dass Trump Meloni zu seiner Feier einlud und – zum Beispiel – EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz und den französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron nicht, kann als bewusster Affront interpretiert werden.

Ganz sicher war es ein politisches Signal: Die Postfaschistin in Rom wird für die Trump-Administration in den kommenden vier Jahren in Europa die bevorzugte Ansprechpartnerin sein – mehr noch als Orban, der im Unterschied zu Meloni auch ein Freund von Wladimir Putin ist. Das gute persönliche Einvernehmen

Als einzige Regierungschefin aus der Europäischen Union hat Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni an der Amtseinführung von US-Präsident Donald Trump teilgenommen. Die Italienerin wird sich entscheiden müssen, auf welcher Seite sie steht.

„

An dieser Partnerschaft wird sich nichts ändern – egal wer ab Januar im Weißen Haus sitzen wird.

Giorgia Meloni, italienische Ministerpräsidentin, über die Kooperation mit den USA

men zwischen Meloni und Trump hatte schon bei der Freilassung der italienischen Journalistin Cecilia Salala aus einem iranischen Gefängnis die ersten Früchte getragen: Trump verzichtete bei einem informellen Treffen mit Meloni Anfang Januar auf die Auslieferung eines iranischen Drogeningenieurs durch die italienische Justiz – und wenige Tage später war die junge Journalistin zurück in Italien.

Wird Meloni Trumps Gehilfin?

Die Nähe Melonis zu Trump wird sowohl auf europäischer Ebene als auch in Italien mit einer gewissen Sorge zur Kenntnis genommen – zumal die italienische Regierungschefin auch mit dem Techmilliardär Elon Musk, dem vielleicht einflussreichsten Mitglied der nun regierenden Trump-Truppe, ausgezeichnete Beziehungen unterhält. Meloni hatte Musk vor zwei Jahren zum Parteifest ihrer Fratelli d’Italia eingeladen und führt mit ihm heute als Regierungschefin Verhandlungen über einen milliardenschweren Fünfjahresvertrag zur Bereitstellung von Satelli-

ten-Internetverbindungen durch Musks Unternehmen Starlink. Die bange Frage sowohl in Brüssel als auch in Rom lautet: Keht Meloni nun zu ihren früheren antieuropäischen Positionen zurück, die sie in ihren ersten zwei Amtsjahren als Ministerpräsidentin beinahe hatte vergessen lassen? Wird sie zur willigen Ausführungsgehilfin des Duos Trump/Musk?

Die Frage ist berechtigt. Vor ihrer Wahl zur Regierungschefin hatte Meloni aus ihren Sympathien für Trump nie einen Hehl gemacht, und vor wenigen Monaten hatte sie noch erklärt, „dass es ja wohl klar ist, dass ich und meine Partei den Republikanern in den USA politisch näherstehen als den Demokraten“.

Zwischen Meloni und Trump bestehen offensichtliche politische Übereinstimmungen, etwa beim Thema Migration, bei der inneren Sicherheit, in Gender-Fragen und beim Klimaschutz. Andererseits pflegte Meloni in den letzten Jahren auch zu Joe Biden freundliche, geradezu herzliche Beziehungen. Das Foto vom Besuch Melonis in Washington im vergangenen März, auf welchem Biden Meloni vor dem Weißen Haus leicht übergriffig auf die Stirn küsst, ist um die Welt gegangen.

Meloni ist mächtig wie nie

Alles in allem war die Außenpolitik Melonis bisher von Pragmatismus geprägt – sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber Brüssel. Die USA seien für Italien und Europa seit Jahrzehnten ein wichtiger Partner und Verbündeter, erklärte Meloni während des US-Wahlkampfs. „An dieser Partnerschaft wird sich nichts ändern – egal wer ab Januar im Weißen Haus sitzen wird.“ Entgegen verbreiteter anfänglicher Be-

fürchtungen hat sich Meloni auch auf europäischer Ebene verlässlich gezeigt, insbesondere mit ihrer vorbehaltlosen Unterstützung der Ukraine, aber auch in der Haushaltspolitik. Sie vertritt in Brüssel nun einfach die nationalen Interessen genauso konsequent, wie das Deutschland und Frankreich seit Jahren tun – aber von „Italy first“ kann bislang keine Rede sein.

Der „Underdog“ aus dem Römer-Arbeiterquartier Garbatella, wie Giorgia Meloni sich während ihrer Antrittsrede als Regierungschefin selber bezeichnete, ist auf dem Höhepunkt ihrer politischen Karriere angelangt. In Italien ist sie dank einer zerstrittenen Opposition völlig unangefochten, und auch auf EU-Ebene bewegt sich wegen der politischen Krisen in Berlin und Paris ohne die Italienerin nicht mehr viel.

Während Deutschland vor Neuwahlen und einer wahrscheinlich komplizierten Regierungsbildung steht und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron so angekündigt ist, dass er in der Nationalversammlung auf die Stimmen feindlich gesinnter Parteien angewiesen ist, steht Meloni im Kreis der großen EU-Gründungsmitglieder der stabilsten Regierung vor und reagiert einfach durch.

Dass sie nun auch noch Trumps Liebling in Europa ist, macht Meloni noch stärker. Dennoch deutet im Moment wenig darauf hin, dass sie diese Stärke zum Nachteil der EU ausspielen wird. Sie wolle mit der Teilnahme an der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten zum Ausdruck bringen, „dass Italien bereit ist, die bereits sehr soliden Beziehungen mit den Vereinigten Staaten weiterzuführen und zu verstärken“, erklärte Meloni vor ihrer Abreise nach Washington. Gleichzeitig betonte sie

aber auch, dass ihre Regierung stets bemüht sein werde, „den Dialog zwischen den USA und Europa, der eine tragende Säule der Gemeinschaft darstellt, zu unterstützen“.

Nicht immer einer Meinung

Mit anderen Worten: Meloni sieht sich nicht als fünfte Kolonne Trumps und Musks oder gar als Spaltzill innerhalb der EU. Vielmehr möchte sie sich dank ihrer privilegierten Beziehungen zum neuen US-Präsidenten als „Brückenbauerin“ zwischen den USA und dem alten Kontinent profilieren in einer Situation, in der es an politischem Zündstoff zwischen den Bündeten beiderseits des Atlantiks nicht mangelt.

Auch die einst als Oppositionspolitikerin so radikale Meloni dürfte ob der Radikalität, mit welcher Donald Trump seine zweite Präsidentschaft angetreten hat, erschrocken sein. Zumal zwischen ihr und Trump, bei allen ideologischen Gemeinsamkeiten, auch diametral entgegengesetzte Positionen bestehen – etwa bei der Rolle des Staats und in der Wirtschaftspolitik.

Trump will den Staat und die Bürokratie wie Milei radikal abbauen, die Postfaschistin Meloni ist seit jeher Verfechterin eines starken, zentralistischen Staatsapparats. Und während Trump für eine neoliberalen Wirtschaftsordnung ohne lästige Regulierungen eintritt, steht Meloni für staatlichen Dirigismus in beinahe allen Bereichen. Hinzu kommt, dass auch Italien von US-Zöllen bedroht ist und bei den Verteidigungsausgaben ebenfalls weit hinter den Forderungen Trumps herhinkt. Es könnte deshalb durchaus sein, dass Meloni dank ihrer guten persönlichen Beziehungen zu Trump tatsächlich zu einer wertvollen Vermittlerin zwischen den USA und der EU wird.

HAUPTSTADTRADAR

DIE NÄCHSTE BLUTTAT UND DER WAHLKAMPF

Von Eva Quadbeck

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Minderheitsregierung, deren Spitzenpersonal im Wahlkampf steckt, stellt man sich vor wie Igel im Winter – schlummernd unter Blätterhaufen. Es gibt nicht viel zu tun. Der eine oder andere Bericht, der erläutert, wie es dieser oder jener Bevölkerungsgruppe geht und was zu tun wäre, wenn ja wenn es eine Regierung mit Durchsetzungsvermögen gäbe.

Ganz so ist es nicht: Die Ministerinnen und Minister und ihre Stäbe sind noch beschäftigt – zumal sie gerade im Wahlkampf keine wichtigen Themen anbrengen lassen wollen. Das Innenministerium muss ein Auge auf die Sicherheit bei der Bundestagswahl haben. Wenn ein



Eva Quadbeck ist Chefredakteurin des RedaktionsNetzwerks Deutschland und leitet das Hauptstadtbüro.

Verbrechen geschieht, das die Öffentlichkeit aufwühlt und nach politischen Konsequenzen schreit wie am Mittwoch in Aschaffenburg, sind die politisch verantwortlichen Spitzen vielfach herausgefordert. Hätte dieses Drama verhindert werden können, denn ein zweijähriges Kind und ein 41-jähriger Mann zum Opfer gefallen sind? Wenn ja, wie? Wer ist verantwortlich?

Brauchen wir strengere Gesetze oder wäre uns – wie so oft – damit geholfen, die bestehenden Gesetze einfach zu vollziehen?

Jedenfalls waren Innenministerin Nancy Faeser und Bundeskanzler Olaf Scholz ebenso wie

sein Herausforderer Friedrich Merz schnell mit klaren Botschaften in der Öffentlichkeit.

Scholz hatte im Elysée-Palast am Rande seines Besuchs in Paris zum Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags von der Amoktak und den zwei Toten erfahren. Schon auf dem Rückflug war klar, dass er vom Flughafen noch einmal ins Kanzleramt fahren wird. Dort traf er sich mit Vertretern von BKA, Bundespolizei und Verfassungsschutz. Auch die Innenministerin war da.

Aufklären sollten, warum der Attentäter überhaupt noch in Deutschland gewesen sei.

Nun hat der Täter offensichtlich nicht politisch motiviert gehandelt, daher ist der Begriff „Terrortat“ zumindest juristisch nicht korrekt, was der Jurist Scholz natürlich weiß. Sein Statement ist eben beides: eine klare und notwendige Stellungnahme zu der furchtbaren Tat und eine politische Meinungsäußerung im Wahlkampf. Wäre nicht in wenigen Wochen die Bundestagswahl, wäre Scholz’ Statement wahrscheinlich defensiver ausgefallen. Aber bevor die AfD von diesem Drama richtig profitiert, schmeißt sich der Kanzler lieber richtig rein.

Aschaffenburg liegt in Bayern in der fränkischen Heimat von Ministerpräsident Markus Söder (CSU). Sonst ist es Söder, der in schwieri-

gen Lagen Ministerpräsidentenkollegen und die Bundespolitik sowie- so vor sich hertreibt. Nun müssen er und sein Innenminister Joachim Herrmann erklären, warum ein psychisch auffälliger, den Behörden bekannter, ausreisepflichtiger Gewalttäter diese furchtbare Tat begehen konnte. Wie so oft wird man bei einem Geflecht aus europäischen Zuständigkeitsfragen, der Langsamkeit deutscher Behörden, einer zu wenig aufmerksamen Justiz und am Ende auch unglücklichen Umständen landen. Die nächste Bundesregierung wird gemeinsam mit Ländern und Kommunen dieses Knäuel auflösen müssen. Nur wenn das gelingt, werden sich solche Taten verhindern lassen und damit der AfD die Chance genommen, die Migration nach Deutschland grundsätzlich zu verhetzen.



„WIR KÖNNEN KEINE WUNDER BEWIRKEN“

80 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz erinnern zahlreiche Gedenkstätten an den Holocaust. Vor allem die Orte der Vernichtung haben für die Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten eine entscheidende Bedeutung. Wie kann man dort dem erstarkenden Antisemitismus entgegentreten? Ein Besuch in der Gedenkstätte Sachsenhausen.

Von Ina Johannsen

Von Weitem wirkt der Ort ruhig an diesem Montagmittag. Doch beim Passieren der fast drei Meter hohen Betonplatten, die den Platz vorm Eingang einfassen, wird Gelächter laut. Eine Gruppe von etwa 60 Schülerinnen und Schülern tummelt sich auf dem Platz vor dem ockerfarbenen Empfangshaus. Viele albern herum, machen Fotos. Sie wirken sorglos und unbekümmert. Sie warten auf den Beginn ihrer Tour in der Gedenkstätte Sachsenhausen.

Zwischen 1936 und 1945 war dieser Ort am Rande Oranienburgs nahe Berlin ein Konzentrationslager. Das dreieckige Gelände war der erste große KZ-Komplex, der von einem SS-Architekten geplant wurde. Seine „Geometrie des totalen Terrors“ galt als Prototyp für die Nazis. Nach der deutschen Kapitulation betrieb die sowjetische Militäradministration hier zwischen 1945 und 1947 ein „Speziallager“. Heute befindet sich hier eine Gedenk- und Lernstätte, um die Geschichte des Ortes erlebbar zu machen.

„Atmosphäre hat sich verändert“
„Die meisten Schülerinnen und Schüler sind eigentlich sehr interessiert an dem Thema“, erzählt Arne Pannen später in seinem Büro. Pannen ist Leiter der Bildungsabteilung der Gedenkstätte Sachsenhausen. Er macht sich allerdings darüber Gedanken, wer gar nicht erst diesen Ort besuchen kommt: Einige Klassen würden das Angebot gar nicht erst erreichen, sagt er und ergänzt nach einem Zögern: „Vielleicht auch aus Angst der Lehrer, was passieren könnte und wie die Reaktionen ausfallen.“

Die antisemitischen Vorfälle haben in ganz Deutschland in letzter Zeit zugenommen – auch hier in der Gedenkstätte. „Die Kommunikation ist deutlich aggressiver geworden. Nicht zuletzt seit dem Überfall der Hamas auf Israel hat sich die Atmosphäre spürbar verändert“, erzählt Axel Drecoll, Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen.

Am 7. Oktober 2023 griff die radikalislamische Hamas Israel an. Seit dem Überfall steigen die antisemitischen Delikte, also gegen Juden gerichtete Straftaten in Deutschland. Auch die Kritik gegenüber Israel wächst, gerade bei jungen Menschen.

Sorge bereitet gleichzeitig auch der steigende Zuspruch junger Menschen zur AfD. Bei den brandenburgischen Landtagswahlen wählten rund 31 Prozent der 16- bis 24-Jährigen den als rechtsextremis-

“

Ich dachte, wir hätten einen gemeinsamen Konsens zur Erinnerungskultur in der Gesellschaft. Heute frage ich mich, ob es den je gegeben hat.

Axel Drecoll,
Leiter der Gedenkstätte
Sachsenhausen

tischen Verdachtsfall eingestuften Landesverband. Insgesamt kam die AfD in Brandenburg auf fast 30 Prozent. Eine Partei, deren Vertreter immer wieder den Holocaust verharmlosen und die Erinnerungskultur als „Schuldkult“ bezeichnen. Die Grenzen des Sagbaren verschieben sich in der Gesellschaft.

„Ich mache mir Sorgen“

„Die meisten Vorfälle finden anonym statt, durch Gästebucheinträge, Feedback-Postkarten oder Sachbeschädigung. Also Dinge, bei denen man denjenigen nicht ins Gesicht schauen muss, die man schädigt“, sagt Pannen. Vorfälle bei Führungen von Schulgruppen seien eher selten – aber es gibt sie. „Die Guides erzählen, dass mitunter die Verbrechen gar nicht unbedingt in Frage gestellt werden, aber deren negative Bewertung“, erzählt Drecoll. „Diese Vorkommnisse sind bisher vereinzelt aufgetreten, aber für mich ist es ein Novum, dass so etwas überhaupt von Mitarbeitenden beklagt wird. Ich dachte, wir hätten einen gemeinsamen Konsens zur Erinnerungskultur in der Gesellschaft. Heute frage ich mich, ob es den je gegeben hat. Mein Bild hat deutliche Risse bekommen. Ich mache mir Sorgen.“

Früher lag ein Gästebuch in dem ockerfarbenen Empfangshaus aus. Dies wurde entfernt. Zu viele Hasskommentare wurden hinterlassen. Und auch der Aufsteller für Feed-

back-Postkarten im Eingangsbe- reich des Hauses ist nun leer.

Hier im Eingang werden jährlich über 2500 Gruppen begrüßt. Der Großteil sind Schulgruppen aus der neunten und zehnten Klasse. Die meisten Schulklassen würden für einen zweistündigen Besuch kommen. Was in dieser Zeit vermittelt werden kann, sei begrenzt. „Wenn die Gruppen in diesen zwei Stunden den historischen Ort sehen möchten, die Abläufe in einem Konzentrationslager und die verschiedenen Aspekte verstehen möchten, dann ist Antisemitismus zum Beispiel zwar ein Aspekt, aber vielleicht für 20 Minuten. Das ist nicht ausreichend, um das Thema für jeden Schüler klarzu- machen und eine Transferleistung auch zum eigenen Alltag herzustellen“, erklärt Pannen.

Dabei auch noch auf die aktuellen Entwicklungen einzugehen, sei kaum leistbar. „Das ist auch zu viel verlangt“, meint Pannen. „Ich denke, da gibt es auch eine falsche Erwartungshaltung. Ein Gedenkstättenbesuch von zwei Stunden wird einen Menschen nicht grundlegend ändern geschweige denn, einen Rechtsradikalen zu einem Demokraten machen. Wir können keine Wunder bewirken.“

Vorwissen variiert stark

Im Inneren des Geländes erstreckt sich ein karger, halbrunder Platz, der ehemalige Appellplatz. In der Mitte zwei gräulich-weiße Häuser

umgeben von spärlichen Grasflächen geteilt durch Betonwege. Die Schülerinnen und Schüler vom Eingang sind mit Audioguides am Ohr auf dem Gelände unterwegs sind. Einige Gruppen trotzen etwas gelangweilt umher, unterhalten sich oder sind in ihr Handy vertieft. Einzelne Schülerinnen und Schüler stehen etwas verloren auf den weiten Freiflächen und lauschen dem Audioguide. Sie wirken versunken, be- drückt.

„Die Vorkenntnisse der Schülerinnen und Schüler variieren stark“, erzählt Pannen. Bei einigen Schulklassen fehle es schon an grundlegendem Wissen. Axel Drecoll meint, dass an dieser Stelle angesetzt werden muss. „Wir müssen erst mal dafür sorgen, dass Menschen, die wir noch mit Bildungsprogrammen erreichen, ein Bewusstsein für den Wert von Demokratie und Rechtsstaat bekommen. Wenn kein Verständnis dafür da ist, dann ist es sehr schwer für uns, überhaupt durchzudringen.“ Diese Wissenslücken aufzufangen und zusätzlich auf aktuell brennende Themen einzugehen sei unmöglich – und wäre dabei so wichtig, meint Pannen.

Drecoll plädiert für Veränderung: „Wir müssen stärker als Bildungsverbund zusammenarbeiten an diesen Themen: Warum leben wir in diesem Staat? Warum sind die ersten 19 Artikel unserer Verfassung so wie sie sind?“ Die Gedenkstätten könnten dabei nur ein Akteur unter vielen sein, aber: „Die Verfassung ist eine direkte Antwort auf die nationalsozialistischen Verbrechen. Hier können wir natürlich ansetzen.“

Keine Läuterungsanstalt

Auch die Gedenkstätte versucht, auf den aktuell steigenden Antisemitismus zu reagieren. Zum einen in ihrer Bildungsarbeit. Die Guides würden seit Langem regelmäßige Fortbildungen zu rechten und antisemitischen Codes machen, berich-

tet Drecoll. Diese seien in letzter Zeit häufiger vorgekommen. Wie damit umgegangen werden kann, wird geschult, genauso wie auf rechtsextreme Äußerungen beispielsweise bei Schulklassen reagiert werden kann. Von einer immer wieder geforderten Besuchspflicht von KZ-Gedenkstätten hält Bildungsleiter Pannen allerdings wenig. „Die Schülerinnen und Schüler müssen am besten freiwillig kommen, damit sie sich auch darauf einlassen.“

Drecoll betont außerdem: „Die Gedenkstättenarbeit ist ergebnisoffen. Wir wollen zu kritischer Reflexion anregen, aber da ist schwer vorhersehbar, was das Ergebnis eines solchen Prozesses ist. Wir müssen aushalten, dass eine solche Art von Bildung nicht automatisch dazu führt, dass bessere Menschen hier wieder herauskommen. Ich habe manchmal den Eindruck, dass Gedenkstätten als Läuterungsanstalten angesehen werden. Das sind wir nicht, und das können wir nicht sein.“

Nicht nur im Bildungsbereich, auch nach außen verändert sich die Arbeit der Brandenburger Gedenkstätten. Sie werden aktiver, wollen mehr in den Austausch mit der Zivilgesellschaft. Und beziehen deutlich Stellung: Am 27. Januar findet jährlich der Holocaust-Gedenktag statt. Die Vertreter der Brandenburger AfD wurden explizit nicht eingeladen. „Führende Vertreter der AfD haben mit ihren Äußerungen die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlost und die Ausrichtung der gegenwärtigen Erinnerungskultur massiv infrage gestellt“, erklärte die Stiftung Brandenburger Gedenkstätten. In Brandenburg, wo die Gedenkstätte Sachsenhausen angesiedelt ist, sind mehrere AfD-Landtagsabgeordnete laut Landesamt für Verfassungsschutz gesichert rechtsextröm-

„Wir werden mit unserer Erinnerungsarbeit keine Menschen mit profunden rechten Weltbildern vom Gegenteil überzeugen, aber es gibt viele Menschen, die Unsicherheiten haben durch zu geringes Wissen oder diffuse Befürchtungen und Ängste. Und das scheint mir zuzunehmen. Das sind die Menschen, die wir erreichen können“, sagt Drecoll. Ihr Engagement außerhalb der eigenen Gedenkstättenarbeit haben sie noch mal verstärkt und versuchen, mehr mit der Zivilgesellschaft in den Austausch zu kommen. Sie wollen diejenigen stärken, die sich bereits für die Demokratie einsetzen und Wissen und Argumente an die Hand geben. „Auch der Nationalsozialismus hat nicht mit Sachsenhausen angefangen, sondern es fängt an mit Diskriminierung auf dem Schulhof und auf den Straßen.“



Axel Drecoll, Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen, bei einer Veranstaltung am Mahnmal Gleis 17.
Foto: ANNETTE RIEDL/DPA



„Geometrie des totalen Terrors“: Die in Dreiecksform angelegte Gedenkstätte Sachsenhausen.
Foto: IMAGO/URS MOSER

Frau Birthler, manche Leute sagen, Deutschland könnte aufgrund eigener Erfahrungen bei der Aufarbeitung der Assad-Diktatur in Syrien helfen. Sehen Sie das auch so?

Ja. In Deutschland gab es im 20. Jahrhundert zwei sehr verschiedene Diktaturen. Im Umgang damit sind sowohl schlechte als auch gute Erfahrungen gemacht worden. Daneben hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten ein internationaler Diskurs dazu entwickelt, wie Gesellschaften, die Bürgerkriege oder Diktaturen hinter sich haben, wieder gesunden können. Dabei tauchen immer wieder dieselben Fragen auf: Wie kommt man an die Wahrheit ran? Was brauchen die Opfer? Und was macht man mit den Tätern? Wie lässt sich ein gesellschaftlicher Versöhnungsprozess befördern?

In den Neunzigerjahren ist ein europäisches Netzwerk entstanden, das sich mit genau diesen Fragen beschäftigt hat.

Ja. Ostdeutsche haben schon 1990 angefangen, die Archive der Staatsicherheit zu sichern und die SED-Diktatur aufzuarbeiten, während es in den anderen früheren Ostblock-Ländern aus verschiedenen Gründen nicht so schnell ging. Es sollte nicht wie nach dem Ende des Nationalsozialismus eine ganze Generation dauern, bis die Öffentlichkeit diese Themen diskutiert. Wie in den Siebzigerjahren der Bundesrepublik war es auch in Ostdeutschland ein Prozess, der mit Bürgerinitiativen begann und dann glücklicherweise politisch unterstützt wurde.

Es gibt ja diesen berühmten Satz des britischen Historikers Timothy Garton Ash, der sagt, die Deutschen seien Weltmeister der Aufarbeitung. Allerdings ist der etwas zweischneidig. Wenn über begangenes Unrecht nicht gesprochen und es verschwiegen wird, dann ist das schädlich für die künftige Entwicklung. Ein Beispiel dafür ist das Zeitalter des Kommunismus, das unter anderem in Russland öffentlich nie thematisiert wurde. Inzwischen wurde von Wladimir Putin auch die verdienstvolle Arbeit von Memorial verboten, in vielen Regionen blüht der Stalin-Kult wieder auf, und das politische System hat sich in eine Diktatur zurückverwandelt. Wer die Vergangenheit beschweigt oder in Lügen verwandelt, ignoriert die Schicksale von Menschen und kappt die Wurzeln einer Gesellschaft. Unsere Geschichte ist Teil unseres Selbst, auch und gerade, wenn sie bitter war. Uns damit zu beschäftigen, ist nötig – nicht, weil man verliebt wäre in die Vergangenheit, sondern um der Zukunft willen: Die Auferstehung einer Zivilgesellschaft und ihrer Kultur hängt davon ab.

Was ist aus den bisherigen Erfahrungen auf Syrien übertragbar?

In Syrien wurden über sehr lange Zeit entsetzliche Verbrechen begangen. Die Opfer brauchen Fürsorge, die Täter sollen bestraft werden, und das Schicksal Tausender Menschen ist noch ungeklärt. Und das alles inmitten einer Situation großer Not und unklarer Zukunft. Von großer Bedeutung ist es, mögliche Beweise zu sichern. Im Fernsehen habe ich gesehen, dass in dem zentralen Foltergefängnis Saidnaja in Damaskus zahllose Unterlagen auf dem Boden lagen. Kein Wunder: Die Menschen suchten nach ihren Angehörigen und hofften, Hinweise auf deren Verbleib zu finden. Aber mich erinnerte das daran, dass bei uns in den ersten Monaten nach dem Ende der Diktatur noch viel Material vernichtet wurde. Deshalb steht für mich im Vordergrund, alle Dokumente vor Diebstahl und Fälschung zu sichern, auch wenn man sie zunächst gar nicht auswerten kann. Inzwischen weiß ich, dass es in Syrien Initiativen gibt, die sich darum kümmern. Diese Unterlagen sind nötig, um geraubtes Leben zu rekonstruieren, um das Schicksal der Verschwundenen zu klären und um Folter und Mord zu beweisen. Zugleich müssen die Opfer gehört werden, ihre Erinnerungen sind so wichtig, und sie sollen spüren, dass ihre Erfahrungen nicht im Vergessen versinken.

Wie müsste es dann weitergehen? Sicherlich wird es eine juristische Aufarbeitung geben: Damit meine ich Strafprozesse, aber auch die gerichtliche Feststellung von Unrecht. Das erfordert eine Anpassung der Gesetze und eine öffentliche Dis-

WAS KANN SYRIEN VON UNS LERNEN?



Marianne Birthler war in den Jahren 2000 bis 2011 Leiterin der Stasi-Unterlagen-Behörde. Nach dem Ende der Assad-Diktatur in Syrien sagt sie, diese müsse aufgearbeitet werden – und zwar um der Zukunft willen.



Expertin für Diktaturen und ihre Aufarbeitung: Marianne Birthler, 77, früher Bundesarbeitsauftragte für die Stasi-Unterlagen (2000–2011), wuchs in Ost-Berlin auf und war in der DDR in der kirchlichen Opposition aktiv. 1990 in der letzten DDR-Volkskammer war Birthler Sprecherin von Bündnis 90, Anfang der Neunzigerjahre Bildungsministerin in Brandenburg.

FOTO: IMAGO/M. POPOW

kussion: In welchen Fällen kann es eine Amnestie geben – und haben die Opfer Anspruch auf materielle Entschädigung? Der verständliche Wunsch nach Rache wird sich erst legen, wenn die betroffenen Menschen sicher sein können, dass nun Gerechtigkeit herrscht. Die Erfahrung zeigt, dass es den Opfern zu meist gar nicht um Höchststrafen für die Täter geht. Für sie sind der Prozess der Verhandlung und die Offenlegung des Unrechts das Wichtigste. Alle sollen sehen und wissen, was geschehen und wer dafür verantwortlich ist. Es geht um die Wahrheit und um die Genugtuung des Rechts.

Zwischen der DDR und Syrien gibt es insofern einen Unterschied, als die Assad-Diktatur wesentlich brutaler war.

Ja, natürlich. Jede Diktatur hat ihr eigenes böses Gesicht, und deshalb lassen sich Erfahrungen nur mit großer Vorsicht übertragen. Die beiden deutschen Diktaturen – die Nazi-Zeit und die DDR – waren ja ebenfalls extrem verschieden. Auch müssen verschiedene Kulturen beachtet werden. Ich weiß viel zu wenig über Syrien: Vielleicht denkt man dort über Schuld, Vergebung und Strafe ganz anders nach als hier, und bestimmt gibt es ganz eigene Formen von Trauer und Erinnerung.

Haben die Unterschiede nicht Konsequenzen für die Aufarbeitung? Wenn die Verbrechen umso vieler brutaler waren, dann ist doch der Zorn vermut-

lich größer, oder? Und wären dann nicht auch Rachegeiste eher nachvollziehbar?

Ja, sie wären verständlich. Doch umso mehr stellt sich eine Frage: Wie kann so ein Versöhnungsprozess erst mal begonnen und dann erfolgreich fortgeführt werden? Das ist insbesondere dann schwierig, wenn es noch viele unabgeschlossene Tragödien gibt und zahlreiche Menschen wie in Syrien gar nicht wissen, wo ihre Angehörigen geblieben sind. Deshalb war das Interesse ja auch so groß, dieses Gefängnis in Damaskus zu stürmen, deshalb entstanden Gerüchte von vielen unterirdischen Etagen und geheimen Verliesen. Das hat mit dieser quälenden Unsicherheit zu tun: Wo sind meine Leute? Wo ist mein Mann, wo ist mein Kind? Wir kennen das aus Kriegen. Die Angehörigen von Vermissten haben oft viel länger und viel schwerer gelitten als die von Gefallenen.

Das Ganze braucht also Zeit?

Ja, und viele Wunden werden lange brauchen, um zu heilen. Das haben wir auch in Südafrika gesehen, wo nur einzelne, besonders spektakuläre Fälle von der sogenannten Wahrheitskommission verhandelt werden konnten und viele andere Fälle nicht. Das Schlimmste, was man machen kann, ist wirklich, das Geschehene zu verstecken oder Aufarbeitung zu unterbinden, so wie es in vielen Ländern geschehen ist. Es hat die schwerwiegendsten und langfristigsten Folgen für eine

Das Ende des Assad-Regimes: Nach dem Sturz der Regierung in Syrien wurden Tausende Menschen aus dem Foltergefängnis Saidnaja befreit. FOTO: IMAGO/ASAAD AL-ASAAD

Gesellschaft, wenn es keine Gelegenheit gibt, Gefühle von Trauer, Scham und verlorenem Leben zeigen zu dürfen und dafür Anteilnahme zu bekommen. Das gilt auch für die Angehörigen von Verschwundenen: Sie müssen die Möglichkeit erhalten, ihr Elend und ihre Not zu zeigen und Anteilnahme zu spüren.

Was könnte Deutschland denn in und für Syrien jetzt ganz konkret tun? Könnte oder sollte man da Leute hinschicken, die mit dem Thema Erfahrung haben? Sollte man Syrer hierhin einladen? Und welche Rolle könnten Syrer spielen, die in Deutschland leben und die politische Kultur in Deutschland nun kennen?

Ich hoffe ein wenig auf die große syrische Community in Deutschland. Sie hat in Teilen selbst traumatische Erfahrungen gemacht, hat aber in Deutschland auch einen Rechtsstaat kennengelernt. Da könnten viele bei diesem Wandel helfen. Ich bin außerdem sicher, dass Deutsche, die Erfahrungen auf diesem Gebiet haben, für eine Beratung zur Verfügung stehen, das muss man nur organisieren und finanzieren – da hoffe ich unter anderem auf das Auswärtige Amt. Wichtig ist: Beratung heißt nicht, dass die gleichen Wege gegangen werden sollen. Vielmehr geht es darum, dass die syrische Gesellschaft ihren eigenen Weg findet – mithilfe der Erfahrungen anderer. Wir waren in der DDR auch darauf angewiesen, dass uns Leute mit rechtsstaatlichem Hintergrund beraten haben, beim Stasi-Unterlagen-Gesetz zum Beispiel oder beim Unrechtsbereinigungsgesetz. Ähnliches gilt für den Umgang mit Opfern und für die Wiedergutmachung. Für all das braucht man Regeln.

Warum?

Weil solche Gesetze eine Garantie für eine halbwegs funktionierende gleiche Behandlung sind. Und schließlich geht es in Syrien auch noch um viele andere Probleme. Die Aufarbeitung des Unrechts ist ja nur eine Facette einer ganzen Reihe von Herausforderungen, vor denen das Land steht: Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, das Bildungssystem – Staat und Gesellschaft in Syrien sind kaputt und müssen mit großen Anstrengungen instand gesetzt werden.

Was sagen Sie denen, die meinen, in der muslimisch-arabischen Welt hätten sie das mit der Demokratie und den Menschenrechten ja noch nie hingekriegt, das werde in Syrien genauso wenig klappen?

Die Deutschen waren einmal ein hoch entwickeltes, demokratisches Land und haben sich dennoch binnen weniger Jahre unter der Nazi-Herrschaft in ein barbarisches Land verwandelt. Nach diesen schrecklichen Jahren ging es, wenn auch langsam, wieder bergauf, und heute leben wir in einem demokratischen Rechtsstaat. Will sagen: Nichts muss so bleiben, wie es ist, das Böse nicht und auch nicht das Gute. Es hängt von uns ab, von den Menschen, von der Gesellschaft. Natürlich ist ein Land, das noch nie demokratische Verhältnisse kennengelernt hat, in einer anderen Situation als ein Land, in dem es so etwas schon mal gab. Aber ich glaube, dass es in allen Kulturen den Wunsch nach Gerechtigkeit und einem friedlichen Zusammenleben gibt. Um sie befrieden zu können, gehört dazu, dass die Zukunft halbwegs sicher ist. Wenn Menschen voller Angst vor der Zukunft sind, vor einer neuen Gewaltherrschaft oder neuen Diskriminierungen, dann wird ein Aufarbeitungsprozess entsetzlich erschwert.

Was könnte ein erster Schritt sein, aus deutscher Perspektive?

Es sollte vielleicht bald Treffen oder Konferenzen von Vertretern der syrischen Community und von Deutschen geben, die mit dem Thema Aufarbeitung Erfahrung haben. Letztere könnten von ihren guten und weniger guten Erfahrungen berichten. Und die Syrer könnten diskutieren, was sie davon gebrauchen und zu Hause vermitteln können. Das wäre ein guter erster Schritt.

Interview: Markus Decker

Katastrophe im Traditionshotel: In der türkischen Skiregion Kartalkaya brach in der Nacht zu Dienstag ein Feuer in einem großen, ausgebuchten Hotel aus. 78 Menschen kamen bei dem Brand ums Leben.

FOTO: IHA/AP/DPA

DAS UNGLÜCK IST SCHON EIN POLITIKUM

Von Kristina Karasu

Rustikale Zimmer, elegante Bars mit Feuerstellen und Holzvertäfelung – mit diesen Bildern warb das bekannte Skihotel Grand Kartal in der westtürkischen Provinz Bolu seit vielen Jahren um Gäste. Jetzt in den türkischen Schulferien zahlten diese für ein Doppelzimmer umgerechnet 800 bis 1000 Euro pro Nacht, das zwölfstöckige Hotel war fast ausgebucht. Doch der Urlaub endete für viele Gäste im Inferno: In der Nacht auf Dienstag brach im Restaurant ein Feuer aus, mindestens 78 Menschen starben in den Flammen.

„Nur der Tod ist kostenlos“ titelte die Zeitung „Miliyet“. Die Opfer waren fast alles wohlhabende türkische Familien mit Kindern, die die Ferien in einer Unterkunft mit atemberaubendem Blick auf die Berge genießen wollten. Unter ihnen ein bekannter Kolumnist mit Frau und Kindern, eine Mitarbeiterin von Turkish Airlines mit Mann und drei Kindern sowie zehn weitere Mitglieder ihrer Großfamilie, der Dekan einer Privatuniversität und seine kleine Tochter, eine bekannte Köchin, eine elfjährige Schwimmerin des Vereins Fenerbahce.

Kein Alarm, keine Sprinkler

Manche Gäste retteten sich und ihre Kinder, indem sie sich aneinander geknoteten Laken aus dem Fenster hängelten. Überlebende berichten, dass weder ein Feueralarm zu hören war, noch die Sprinkleranlagen losgingen. Auch die Feuerlöscher seien nicht auffindbar gewesen, heißt es. Die Feuertreppe lag nicht wie üblich außerhalb, sondern innerhalb des Gebäudes. Da es in dem beliebten Skior Kartalkaya an einer Feuer-



Trauer und Entsetzen über die Katastrophe sind in der Türkei groß. In Ankara wurden am Mittwoch Opfer des Hotelbrands bestattet. FOTO: UGUR YILDIRIM/AP

wehrstation fehlt, rückte die Feuerwehr aus benachbarten Gemeinden erst eine Stunde, nachdem das Inferno ausgebrochen war, an. Erst weitere zehn Stunden später hatten sie das gigantische Feuer gelöscht. Für viele der über 200 Gäste kam jede Hilfe zu spät.

So weit hätte es nicht kommen dürfen, sagt Brandschutzexperte Esat Ersoy. Die Brandschutzaufgaben für Hotels in der Türkei sind eigentlich hoch, ähnlich wie in der

Europäischen Union, erklärte Ersoy im Interview mit dem Fernsehsender Halk TV. „Mit funktionierenden Rauchmeldern und Sprinkleranlagen, die für Hotels dieser Größe vorgeschrieben sind, wäre das Feuer lokal geblieben und schnell gelöscht.“ Die Schäden wären dann minimal geblieben, so seine Einschätzung. Ersoy vermutete, dass es im Grand Kartal Hotel an diesen Brandschutzmaßnahmen fehlt oder sie nicht funktionieren, etwa weil sie nicht regelmäßig fachgerecht gewartet wurden. „So etwas beobachte ich leider sehr häufig bei meiner Arbeit“, berichtet er.

Vieles gilt nur für Neubauten

Mangels ausreichender Sicherheitsvorkehrungen konnte sich der Rauch rasant ausbreiten und in drei bis fünf Minuten eine ganze Etage erfassen. Videos zeigen, dass die Flammen fast das ganze Hotel ergriffen. Auch die türkische Elektroingenieurkammer erhebt schwere Vorwürfe. Zwar ist die Brandursache noch ungeklärt, doch die Bilder von vor Ort würden zeigen, dass es erhebliche Mängel bei der Brandmeldung und Evakuierung gab, so die Kammer in einem schriftlichen Statement. „Da die Treppenhäuser mit Rauch gefüllt waren, blieb den Menschen keine andere Wahl, als aus den oberen Stockwerken zu springen, was zu schrecklichen Szenen führte“, so die Ingenieure.

Sie sehen das Problem in einer Gesetzeslücke: Zwar sind für Neubauten umfassende Brandschutzmaßnahmen vorgeschrieben, seit einer Gesetzesänderung von 2017 gelten sie aber nicht in gleichem Maß für Bauten, die vor 2007 errichtet wurden. Das müsse sich endlich ändern, forderte die Kammer.

Das Grand Kartal Hotel wurde 1998 errichtet, es ist landesweit be-

kannt. Sein Gründer Mazhar Murtezaoglu hatte die Region Kartalkaya in den Siebzigerjahren als Erster für den Skitourismus erschlossen. Er starb 2019, heute sind in der Region mehrere Straßen nach ihm benannt.

Murtezaoglus Kinder betreiben mittlerweile drei beliebte Hotels in der Gegend, seinem Schwiegersohn Halit Ergün gehörte das Grand Kartal Hotel. Der Unternehmer ist in der Branche wohlbekannt: Er ist Präsident des Vereins zertifizierter Hoteleiers im westlichen Schwarze Meer- raum und sitzt im Vorstand der örtlichen Agentur für Tourismusförderung. Noch am Wochenende gab er der Nachrichtenagentur DHA ein Interview, beteuerte, dass die Hotels für den Ansturm in den Winterferien gerüstet seien.

Untersuchung ist „Chefsache“

Am Dienstag wurden er festgenommen. Insgesamt gab es elf Inhaftierungen, darunter auch der Vize-Bürgermeister von Bolu sowie der stellvertretende Feuerwehrchef. Sechs Staatsanwälte und vier Chefinspektoren mit der Untersuchung des Brandes beauftragt. Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan erklärte es zur Chefsache, verhängte eine eintägige Staatstrauer. „Es werden alle notwendigen Schritte unternommen, um den Vorfall in all seinen Aspekten aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen“, so Erdogan am Dienstag in Ankara.

Doch viele im Land hegen daran große Zweifel. Denn zu oft hat es Katastrophen ähnlicher Art im Land gegeben, und zu oft kamen die Verantwortlichen ungeschoren oder mit minimalen Strafen davon. So stürzten bei dem verheerenden Erdbeben 2023 im Südosten der Türkei selbst schicke Neubauten ein – Pfusch am Bau und mangelnde

Kontrollen waren die Ursachen. Im vergangenen Jahr starben in der Türkei mindestens 1900 Menschen bei Arbeitsunfällen – trotz strenger Sicherheitsauflagen.

Zu wenig Kontrolle

Die Geschichte wiederholt sich auf tragische Weise: Trotz strenger Gesetze hapert es in der Türkei an Umsetzung und Kontrollen. Die seit Jahren währende Hyperinflation hat das Problem noch verschärft, vielerorts wird an Qualität und Sicherheit gespart. Offenbar selbst in einem extrem teuren Skihotel.

Schon am Morgen nach dem Unglück begannen die politischen Schuldzuweisungen. Erdogans Kultur- und Tourismusminister Mehmet Nuri Ersoy wollte den örtlichen Oberbürgermeister der Oppositionspartei CHP, Tanju Özcan, zur Rechenschaft ziehen – seine Feuerwehr habe den Brandschutz des Hotels regelmäßig für ausreichend befunden, erklärte der Minister. Der Bürgermeister widersprach prompt; die Kontrolle des Hotels obliege nicht seiner Gemeinde, sondern dem Tourismusministerium. Wer tatsächlich verantwortlich war, werden die Ermittlungen zeigen.

Der Fernsehsender Halk TV veröffentlichte am Mittwoch Dokumente, laut denen die örtliche Feuerwehr den Brandschutz des Hotels im Dezember geprüft und für unzureichend befunden hatte. Fraglich bleibt, warum das offensichtlich keine Konsequenzen hatte.

Klar ist allerdings, dass Politik und Tourismus in der Türkei eng verbandelt sind. Tourismusminister Ersoy gehört einer der größten Reiseagenturen des Landes, die auch das Hotel Grand Kartal im Angebot hatte. Der Neffe des Oberbürgermeisters von Bolu wiederum ist Chef der regionalen Feuerwehr.

FRAGILER BOOM IM TOURISMUS

Der Hotelbrand erschüttert das Urlaubsland Türkei nach einem Rekordjahr – auch die starke Inflation bedroht das Geschäft

Von Kristina Karasu

Eigentlich war die türkische Tourismusbranche zum Jahreswechsel in Feierlaune – hinter ihr lag ein Rekordjahr mit über 57 Millionen Besuchern in den ersten elf Monaten 2024. So viel wie noch nie. Besucher aus Russland standen an erster Stelle, gefolgt von Gästen aus Deutschland.

Das war nicht immer so. Nach zahlreichen Terrorattacken ab 2015, dem Putschversuch 2016 und dem anschließenden Ausnahmezustand blieben viele Touristen aus Angst

dem Land fern. Auch das Coronavirus traf die Türkei hart.

Doch mit Ende der Pandemie wuchs die türkische Reisebranche wieder kräftig. Das hatte sie auch einer massiven Werbekampagne zu verdanken: So warb das türkische Tourismusministerium allein im letzten Jahr in über 200 Ländern mit gigantischen Plakaten, Werbespots und Social-Media-Kampagnen für Urlaub in Türkei.

Das Trommeln hat sich gelohnt: In den ersten neun Monaten 2024 erreichten die Einnahmen der türkischen Tourismusbranche 46,9 Mil-

liarden US-Dollar, ein Anstieg von 7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Für die Türkei ist der Tourismus überlebenswichtig. Denn seit Jahren leidet das Land unter einem immensen Außenhandelsdefizit, verliert die türkische Lira massiv an Wert. Ausländische Devisen, die mit den Touristen ins Land kommen, federn das ab.

Der Werteverfall der Lira hatte für viele Gäste jahrelang den bequemen Nebeneffekt, dass sie mit ihren Euros oder Dollars sehr günstigen Urlaub in der Türkei machen konnten. Doch das hatte spätestens 2024

ein Ende, als die Hyperinflation im Land offiziell bei über 44 Prozent lag, die Lira aber nur wenig an Wert verlor. Mittlerweile liegen die Preise für Hotelübernachtungen oder Restaurantbesuche mindestens auf europäischem Niveau. Sollte die Inflation weiter anhalten, droht das Land viele Gäste zu verlieren.

Gleichzeitig hob die Regierung die Alkoholsteuer in den letzten Jahren kräftig an – das kam bei ihrer islamisch-konservativen Kernwählerschaft gut an und spülte viel Geld in die Staatskasse. Doch für Urlauber ebenso wie Einheimische sind Wein

und Bier derzeit extrem teuer. Viele Türkinnen und Türken entschieden sich im letzten Jahr daher für Urlaub im günstigeren Nachbarland Griechenland. Sie beklagen, dass vielerorts nicht nur die Preise steigen, sondern auch die Qualität abnimmt.

So begann das Jahr 2025 für die Branche mit Skandalen. Allein in Istanbul starben seit Neujahr 38 Menschen durch gepanschten Alkohol – ein Phänomen, das durch die extreme Alkoholsteuer angefeuert wird.

Dem folgte der Hotelbrand im Skior Kartalkaya. All das wirft die Frage auf, wie sehr mancherorts an

der Sicherheit gespart wird. Dabei arbeitet gerade die türkische Skibranche hart an ihrem Image, sie ist noch relativ jung. Das Land verfügt über 42 Skigebiete, viele von ihnen auf über 3000 Metern. Besonders im Osten des Landes wurden im letzten Jahrzehnt neue Wintersportgebiete nebst luxuriösen Hotels erschlossen, zu immensen Preisen.

Von dem gigantischen Brand in Kartalkaya dürfte sich die Branche nur schwer erholen – und nur dann, wenn Betreiber und Staat glaubhaft vermitteln können, dass man sich an internationale Standards hält.

QUEER UND KATHOLISCH: HOFFEN AUF VERÄNDERUNG

Von Thomas Paterjey

Ein gemeinsames Coming-out von gleich 125 Menschen – und das Medienecho ist gewaltig. Ihr Schritt in die Öffentlichkeit ist etwas Besonderes: Sie alle sind für die katholische Kirche tätig: als Priester, Gemeindereferentinnen oder Lehrer. Wenn sie von sich selbst als Schwule, Lesben oder Transidente sprechen, kann die katholische Kirche das als Loyalitätsverstoß auslegen. Mit schwerwiegenden Konsequenzen: Wer sich zu seiner sexuellen Veranlagung bekannt, riskiert seinen Job.

Drei Jahre ist das öffentliche Bekennen der Kirchenmitarbeitenden inzwischen her. Das Coming-out war damals sehr sorgfältig geplant – von der Initiative OutInChurch, aus der ein Jahr später ein eingetragener Verein hervorging. Dieser kämpft noch immer für mehr Akzeptanz von queeren Lebensentwürfen durch die katholische Amtskirche. Und zu tun gebe es noch sehr viel, sagt Rainer Teuber, Pressesprecher von OutInChurch.

Von den sieben Kernforderungen, mit denen man im Januar 2022 beim Coming-out an die Öffentlichkeit ging, sei bisher lediglich eine erfüllt worden, erläutert Teuber. Unter anderem forderte die Initiative, dass sich die Kirche aktiv für eine Kultur der Diversität einsetzen solle und dass sie queeren Menschen einen diskriminierungsfreien Zugang zu allen Handlungsfeldern erlauben müsse. Das sei bis heute nicht der Fall, sagt der ausgebildete Bankkaufmann. Teuber, selbst schwul, arbeitet seit 1996 für die katholische Kirche im Bistum Essen und leitet dort seit 2017 die Museumspädagogik und den Besucherservice des Domschatzes.

Allein die Reform des kirchlichen Arbeitsrechts, die im November 2022 beschlossen wurde, steht auf der Habenseite. Inzwischen darf in der katholischen Kirche niemand mehr entlassen werden, weil er homo- oder bisexuell ist oder sich nicht mehr mit seinem bisherigen Geschlecht identifiziert. „Ein großer Erfolg von OutInChurch“, sagt Teuber. Immerhin.

und Verkündigung aber war der Ton gegen sie schroff und unversöhnlich, und er ist es in Teilen der Welt leider immer noch.“

Von so einem widrigen innerkirchlichen Klima berichtete vor drei Jahren auch die ARD-Dokumentation „Wie Gott uns schuf“. Sie wurde parallel zum gemeinschaftlichen Coming-out ausgestrahlt und schlug hohe Wellen. In dem Bericht sprachen queere Katholiken von Suizidgedanken, von Diskriminierungen – und davon, wie es ist, in der eigenen Glaubensgemeinschaft einen Teil ihrer Identität verstecken zu müssen.

Wie arbeitet die Kirche Schuld auf?

Die Quintessenz der Doku: Jahrhundertlang führten queere Menschen in der katholischen Kirche ein Leben in Unterdrückung und Angst. Darum hat OutInChurch von Anfang an eine Aufarbeitung des Umgangs der Kirchenoberen mit ihren queeren Angestellten gefordert: Die Bischöfe sollten Verantwortung übernehmen und sich für Veränderungen einsetzen. Teubers Bilanz ist ernüchternd: Die Aufarbeitung der einzelnen Fälle liege jedoch in den einzelnen Bistümern – und da hake es zum Teil noch gewaltig.

Auch im Gespräch mit Schepers wird deutlich, dass die Diözesen unterschiedlich weit sind. So gebe es in einigen Bistümern den Vorstoß, dass Regionslehrerinnen und -lehrer, die ihre kirchliche Lehrerlaubnis (Missio Canonica) aufgrund ihrer queeren Identität verloren hätten, diese wieder beantragen können. „Bei einem Gespräch mit den Generalvikaren wurde angeregt, für diese Verfahren Ombudsstellen bei den Bistümern einzurichten“, erläutert er. „Diesen Vorschlag begrüße ich sehr.“

Beim Blick auf die Aufarbeitung der kirchlichen Schuldgeschichte insgesamt wird deutlich, dass Laienbewegung und Amtskirche in dieser Frage recht weit auseinander liegen: So hat OutInChurch Teuber zufolge angeregt, eine gemeinsame Studie zu dem Thema in Auftrag zu geben. Dieser Vorstoß sei bisher erfolglos geblieben.

Die Bischofskonferenz wolle die Aufarbeitung lieber am Runden Tisch besprechen – und sich dort auch mit grundlegenden theologischen Fragen befassen: Was ist Schuld? Kann man von Schuld spre-

„
Der Weg zu einem echten Kulturwandel ist noch sehr lang.“

Rainer Teuber,
Pressesprecher von OutInChurch

Gemischte Bilanz des Beauftragten

Auch der Essener Weihbischof Ludger Schepers, Queer-Beauftragter der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, sieht Licht und Schatten. Er sagt, dass sich die Kirche „lange hinter den staatlichen Gesetzen versteckt“ oder diese mitgefördert habe. In diesem Zusammenhang gibt er zu bedenken, dass der Paragraph 175 des Strafgesetzbuches erst 1994 abgeschafft wurde. Die rund 50.000 Urteile aus den Jahren 1949 bis 1969 seien sogar erst im Jahr 2017 aufgehoben worden und die Betroffenen rehabilitiert worden.

Demgegenüber habe „manch kluge pastorale Praxis kirchlichen Lebens vor Ort queeren Menschen immer auch Lebensräume geboten“, sagt er. „In Lehre

chen? „Seitens des OutInChurch-Vorstandes wird die Fortsetzung dieses Formats kritisch gesehen“, unterstreicht Teuber, „weil aus OutInChurch-Sicht auf Seiten der Generalvikare wenig Bereitschaft zu einer konstruktiven Auseinandersetzung erkennbar ist“.

Schepers verweist in diesem Zusammenhang hingegen auf die „Kommission für Zeitgeschichte“ in Bonn, bei der dazu ein Forschungsprojekt in Arbeit sei – erste Ergebnisse sind dem Weihbischof zufolge in etwa zwei Jahren zu erwarten.

In den Augen der Queer-Bewegung zeigt die katholische Kirche nach wie vor zu wenig Reformwillen: Die päpstliche Erlaubnis zur Segnung von gleichgeschlechtlichen Paaren aus dem Dezember 2023 bezeichnet OutInChurch weiterhin als eine „Mogelpackung“. Denn jede Form von Beziehung und Sexualität, die nicht heterosexuell in einer sakramentalen Ehe gelebt wird, stufe die Vatikan-Erkundung „Fiducia supplicans“ weiterhin als schwere Sünde ein.

Entsprechend können gleichgeschlechtliche Paare nach oberster Lehrmeinung nicht öffentlich gesegnet werden, sondern allenfalls im privaten Rahmen. Einen feierlichen Gottesdienst anlässlich einer standesamtlichen Trauung soll es auch künftig nicht geben.

Für Schepers ist wichtig, die Frage nicht isoliert für die deutsche Ortskirche, sondern für die Weltkirche zu betrachten. In anderen Weltregionen hätte es Widerstand gegen Segensfeiern für gleichgeschlechtliche Paare gegeben, insbesondere in der afrikanischen Kirche. Jetzt sei die Erlaubnis aber da, und sie gelte weltweit. „Sie wird weltweit jedoch sehr unterschiedlich gehandhabt“, sagt Schepers.

Hierzulande sei man auf einem guten Weg: „Ich kenne eine Pfarrei, in der kam das queere Paar in der weißen Kutsche vorgefahren, und keiner hat sich aufgeregt“, erzählt er. „Ich kenne eine Pfarrei, dort gab es Proteste für eine Segensfeier für Menschen, die sich lieben, am Valentinstag.“ Das sei jedoch nach Rom gemeldet worden. „Und der Bischof war auf einmal in Erklärungsnot, obwohl solche Segensfeiern in seinem Bistum schon lange Tradition haben“, sagt Schepers.

Wachsende Vorurteile unter Schülern

Selbst hat OutInChurch in den vergangenen drei Jahren seine Vernetzung mit anderen Initiativen und Reformbewegungen innerhalb der katholischen Kirche vorangetrieben. So wurde der Verein im Juni vergangenen Jahres in die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Organisationen Deutschlands aufgenommen. „Künftig wäre es uns damit unter anderem möglich, für einen Platz in der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zu kandidieren“, sagt Teuber.

Die Bischofskonferenz wolle die Aufarbeitung lieber am Runden Tisch besprechen – und sich dort auch mit grundlegenden theologischen Fragen befassen: Was ist Schuld? Kann man von Schuld spre-

Seit Ende 2023 weltweit erlaubt: eine Segensfeier für alle Liebenden in einer katholischen Kirche, wie hier in Kamp-Lintfort. FOTO: IMAGO/FUNKE FOTO SERVICES

Jenseits davon will der Verein die Theorie Queerness sowie den Umgang der katholischen Kirche mit ihren queeren Mitarbeitenden auch in Zukunft in die Öffentlichkeit tragen. So werde man sich etwa am Evangelischen Kirchentag, der im Mai in Hannover veranstaltet wird, sowie am Katholikentag 2026 in Würzburg beteiligen, kündigt Teuber an. Vertreter des Vereins besuchen außerdem regelmäßig Schulen, katholische Verbände oder auch Firmen, um über die Themen zu reden.

„Nach wie vor besteht ein hoher Redefuß und Aufklärungsbedarf“, sagt Teuber. Ihn beunruhigt, dass die Einstellungen der jungen Menschen insgesamt konservativer wären als noch vor einigen Jahren. „Es ist erschreckend, welche Vorurteile gegenüber queeren Lebenseinstellungen es unter Schülerinnen und Schülern wieder gibt“, sagt er. Sowohl in Brennpunktschulen mit einem hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund als auch in Schulen besserer Wohnviertel höre er bei seinen Schulbesuchen viele ablehnende Äußerungen.

Ausblick mit Sorge

Angesichts solcher Erfahrungen blickt OutInChurch mit Sorge auf die bevorstehende Bundestagswahl. „Eine derzeit erwartbare unionsgeführte Koalition dürfte die Platzierung queerer Themen deutlich erschweren“, sagt Teuber. „Auch steht zu befürchten, dass das gerade erst verabschiedete Selbstbestimmungsgesetz wieder zurückgenommen wird.“

Eine entsprechende Forderung gibt es im Wahlprogramm von CDU und CSU. Die Union begründet ihre Ablehnung des Selbstbestimmungsgesetzes der Ampel mit dem Kinder- und Jugendschutz. Das Gesetz erlaube Kindern und Jugendlichen ihren Geschlechtseintrag und Vornamen auch ohne Gutachten oder Beratung und gerichtliche Entscheidung zu ändern, was die beiden Parteien nach eigenen Angaben ablehnen.

Auch Ludger Schepers ist besorgt. „Mein Eindruck ist, dass der Rechtsruck in den westlichen Gesellschaften wesentlich entlang von Genderdebatten stattfindet“, sagt er. „Dass Teile der katholischen Kirche sich dabei – wieder einmal – im gleichen Boot mit den Reaktionären sitzend wiederfinden, ist für mich eine besorgniserregende Beobachtung.“ Die katholische Kirche brauche den „Dialog von Theologie und Ethik mit den Gendertheorien“ jetzt mehr denn je, sagt der Essener Weihbischof.

Schepers wünscht sich Gemeinden, die aktiv dabei sind, „Vorurteile abzubauen, Diskriminierung zu verhindern und Akzeptanz für verschiedene Lebensformen zu verankern“. So werde die Kirche auch „attraktiver für Neue und bislang Fernstehende.“ „Wo Diversität und die Vielfalt von Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit anerkannt und als Bereicherung wahrgenommen wird, da baut Kirche an ihrer Zukunft“, unterstreicht er.



Kein Einlass? Die Grenze zwischen Mexiko und den USA scheint nun unüberwindbar zu werden.
Foto: CASTANEDA/DPA

TRUMPS PLÄNE ERSCHÜTTERN MEXIKO

Von Tobias Käfer

Blaue Stahlträger und Beton: In der nordmexikanischen Grenzstadt Tijuana soll die Veranstaltungshalle Flaminhos Eventos am Cuauhtémoc Sur Boulevard bald nicht mehr Schauplatz von Hochzeiten, Ausstellungen und Feierlichkeiten sein. Bald sollen hier aus den USA abgeschobene mexikanische Landsleute eine Bleibe finden. Über die Umnutzung der Halle haben die Bundes- und Landesregierung sowie der Zivilschutz des Bundesstaates Baja California entschieden. Lokale Medien berichten, dass im unteren Stockwerk des Gebäudes bereits 50 Betten aufgebaut worden seien.

Mexiko bereitet sich auf die „größte Massenabschiebung in der Geschichte Amerikas“ vor. So hat es US-Präsident Donald Trump angekündigt – und hat angeblich auch schon mit ersten Ausweisungen begonnen. Wie genau er das realisieren will, lässt der Republikaner offen.

Die Asyl-App funktioniert nicht
Ein paar Autominuten weiter in den Flüchtlingsunterkünften entlang der Grenze herrscht Aufregung. Die App CBP One scheint nicht mehr zu funktionieren. Sie sollte die reguläre Migration in die USA organisieren. Geflüchtete konnten Termine

beantragen, wenn sie einen Asylantrag stellten. Seit Trumps Amtsantritt, so berichten Migranten, ist die App nicht mehr aktiv. Getroffene Terminabsprachen sind hinfällig, der Traum von einem neuen, sicheren Leben außerhalb von Diktatur und Armut ist geplatzt. Zumindest vorerst.

Die Konsequenz könnte sein, dass nun noch mehr Menschen versuchen, illegal über die Grenze in die USA zu kommen. Viele haben ihr letztes Hab und Gut verkauft und oft lebensbedrohliche Routen in Kauf genommen. Sie wissen nicht mehr, wohin, und setzen alles auf die Karte USA.

Joe Bidens Rekord

Trump will die Einreise, auch die reguläre, deutlich erschweren und Migranten abschieben, die sich be-

reits in den USA befinden. Zunächst dürften bereits in Haft befindliche Migranten, denen kriminelles Verhalten vorgeworfen wird, über die Grenze gebracht werden. So einfach, wie sich Trump das vorstellt, wird das aber nicht. Trotz aller Aufregung über die aktuell angekündigten Massenabschiebungen hat sein Vorgänger Joe Biden im Vorjahr einen neuen Rekord aufgestellt: Rund 270.000 Menschen wurden abgeschoben, mehr als in jedem der vier ersten Amtsäjahre Trumps. Den 2014 aufgestellten Rekord von 316.000 Abschiebungen, also fast 900 pro Tag, hält wiederum Barack Obama. Das brachte ihm den Spitznamen „Deporter-in-Chief“ ein. Auch die Demokraten schoben in großem Stil ab.

Die mexikanische Kirche, die Ge- flüchtete in Herbergen versorgt, be-

reitet sich nun auf ganz neue Zahlen vor. Die katholische Kirche könnte zwar nicht anbieten, alle durch Abschiebungen verursachten Probleme zu lösen, „aber wir sind bereit, das zu tun, was wir bisher getan haben, das heißt, uns zu bemühen, mit den bereits bestehenden Zentren zusammenzuarbeiten und das Leid der Migranten zu lindern“, sagte Guadalajaras Kardinal Jose Francisco Robles Ortega der Katholischen Nachrichtenagentur. Die Kirche müsse ohnehin seit einem Jahr verstärkt nicht nur aus dem Süden ankommende Geflüchtete aufnehmen, sondern auch aus den USA zurückgewiesene Menschen betreuen. „Es ist notwendig, im Falle von Massenabschiebungen die Kräfte zu bündeln“, sagt der Kardinal.

Kartelle bauen ihre Macht aus

Auch die ausufernde Gewalt beschäftigt Mexiko. Trump will die Drogenkartelle künftig wie Terrororganisationen behandeln. In der Präsidentschaft von Andres Manuel Lopez Obrador (2018 bis 2024) gelang es den mexikanischen Kartellen, ihre Macht noch einmal auszubauen. Seine Strategie „Umarmen statt schießen“ misslang. Die Konsequenz: mehr als 180.000 Gewalttote in sechs Jahren. Ein blutiger Rekord.

Die USA sind mitverantwortlich für diese Entwicklung: Unter Prominenten gilt Kokainkonsum als ein Kavaliersdelikt, obwohl die ständi-

ge Nachfrage die Gewalt in Lateinamerika anfeuert und die Länder destabilisiert. Zudem haben die USA wenig getan, um einen Schmuggel in die andere Richtung zu unterbinden: Hochmoderne Waffen schaffen es legal und illegal über die US-Grenze Richtung Mexiko zu den zahlungskräftigen Kartellen.

Für die US-Waffenindustrie ist das ein Millionengeschäft, für die mexikanischen Sicherheitskräfte ein Drama: Sie sind den modern aufgerüsteten milliardenschweren Kartellen unterlegen. Sollte Trump tatsächlich militärisch in Mexiko gegen die Kartelle vorgehen, könnte es passieren, dass US-Sicherheitskräfte durch amerikanische Waffen sterben.

Mexikos linkspopulistische Präsidentin Sheinbaum verwies jüngst auf Massaker in Tecpan in der Unheprovinz Guerrero, wo laut Tageszeitung „Jornada“ innerhalb von Tagen mehr als 30 Menschen getötet wurden. Die großkalibrigen Waffen, die zum Einsatz gekommen seien, stammten aus den USA, ließ Sheinbaum wissen. Das Problem erfordere ein koordiniertes, gemeinsames Vorgehen mit den Vereinigten Staaten.

Trump verweist auch auf neue Flüchtlingskarawanen, die sich aus dem Süden Mexikos auf den Weg in Richtung US-Grenze gemacht hätten. Sie sollen überwiegend aus Menschen aus Venezuela bestehen,

aber auch aus Menschen aus Mittelamerika, Kuba oder Haiti. Dass Mexikos linke Regierung die Linksdiktaturen Venezuela und Kuba unterstützt und damit zum Beispiel einen demokratischen Machtwechsel in Venezuela zu verhindern hilft, dürfte ebenfalls Gegenstand der Gespräche werden.

Mehr USA und weniger China

Und dann ist da noch das Problem mit den angekündigten Strafzöllen. Auch hier lässt Trump in gewohnter Manier das Ziel seiner Attacken im Unklaren. Welche Produkte genau mit Strafzöllen belegt werden sollen, ist ungewiss. Im Wahlkampf hatte er Autofirmen aufgefordert, ihre Fabriken in die USA zu verlegen.

Präsident Sheinbaum ruft ihre Landsleute und das Kabinett dazu auf, einen „kühlen Kopf“ zu bewahren. Sie setzt auf Verhandlungsbereitschaft und Dialog. Mexiko hat Trump durchaus etwas im Gegenzug anzubieten. Finanzminister Rogelio Ramirez verwies jüngst auf das große Handelsdefizit Mexikos mit China: „China verkauft an uns, kauft aber nicht bei uns ein. Das ist kein gegenseitiger Handel.“

Sein Vorschlag: Mexiko könne künftig mehr im nordamerikanischen Freihandelsraum einkaufen und produzieren – also mehr in den USA und weniger in China. Das dürfte Dealmaker Trump gefallen.

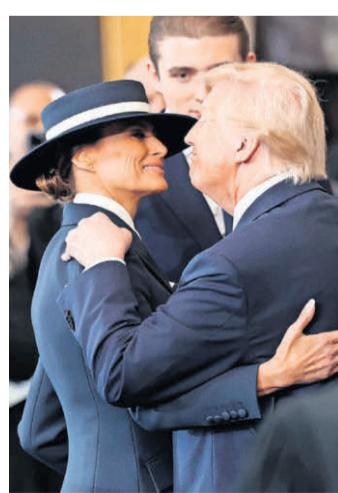
EINE HUTKREMPE ABSTAND

First Lady Melania Trump und ihr Outfit bei der Amtseinführung – zwei Botschaften stecken in dem Erscheinungsbild

Von Pia Benthin

Ein Kleid für die Beerdigung Amerikas. Dieses Omen wollen viele Internetuserinnen und -user in die Kleiderwahl der alten und neuen First Lady Melania Trump hineinlesen. Für Sabine Resch, Professorin an der Akademie Mode und Design in München, ist diese Interpretation zu einfach. Sie sieht andere Botschaften in dem Outfit von Melania Trump.

Für die zweite Inauguration ihres Mannes setzte die 54-Jährige auf ein mantelähnliches Kleid mit zweifacher Knopfreihe. Die Wolle in einem dunklen Blau wirkt beinahe schwarz. Das Kleid reicht ihr bis über die Knie, zeigt ein wenig nacktes Bein – in Washington, D.C., herrschten am Montag minus sechs Grad. „Die Strenge, die das Gesamtoutfit ausstrahlt, erinnert an militärische Strenge“, sagt die Professorin für Modejournalismus. Melania Trump tritt konservativ auf, das steht für das Rollenbild der Frau



Strenger Look: Melania und Donald Trump am Montag bei seiner Amtseinführung. Foto: IMAGO/CNP/ADMEDIA

in der neuen Trump-Regierung. Auch farblich blieben die First Lady und ihr Stylist Herve Pierre klas-

isch. „Das ist ein sehr elegantes Midnight-Blue“, lobt die Expertin.

Wie schon am 20. Januar 2017 setzt Melania Trump auf einen US-Designer. Eine Tradition, die laut Resch mit Jackie Kennedy begann. Der New Yorker Adam Lippes entwarf das Kleid für die Amtseinführung.

Ein Zeichen der Strenge in Blau

Das Präsidentenpaar hat schon häufiger in der Vergangenheit seine Kreationen getragen. In Lippes' Kleid und dem Stiftrock sowie der Seidenbluse darunter stecke echte amerikanische Handarbeit, „erschaffen von Amerikas besten Handwerkern“. Das Kleid ist für Resch ein Zeichen der Strenge. Es steht im starken Kontrast zu ihrem babyblauen Ralph Lauren Kleid der ersten Amtseinführung. Jetzt scheint es, als wolle sie mit der weichen Melania nichts mehr zu tun haben, sagt die Modeexpertin.

Diese Lesart passt auch zum Hut der First Lady Herve Pierre, design ist er von

Eric Javits. „Das Kleid sagt: ‚Ich stehe für meinen Mann hier‘. Der Hut führt ein, aber auch für mich‘ ein“, sagt Resch. Sie ist sich sicher, dass Melania Trump nicht gesehen werden wollte.

Der sogenannte Matelot, ein flacher Hut mit breiter, flacher Krempe, saß tief auf dem Kopf der First Lady. Lediglich ihr Mund, ihre Nase und ihre Wangen waren für alle Welt sichtbar. Ihre Augen und damit auch ein Einblick in das Innere von Melania Trump blieben jedoch die meiste Zeit verborgen.

Ein Moment für die Geschichtsbücher bot sich direkt nach der Vereidigung des Präsidenten. Melania Trump stand mit zwei Bibeln neben ihrem Mann, der seine Hand allerdings nicht auf die Bücher legte.

Nach dem Amtseid setzte Donald Trump zu einem Kuss an. Die breite Krempe hielt ihn jedoch auf Abstand und ließ nur einen Luftkuss zu. Es schien so, als sei das seiner Frau ganz recht gewesen. Das Verhältnis zwischen ihr und dem Präsi-

denten soll sehr kühl sein. Der Designer sagte, dass das durchaus normal sei und er sich sicher sei, dass es noch viele Küsse geben würde.

Professorin Resch meint jedoch, dass es durchaus Absicht gewesen sein könnte, genau diesen Hut so zu tragen. „Es war kein Pillbox-Hut wie bei Jackie Kennedy und kein Fascinator, wie beim britischen Adel.“ Auch weist sie auf eine Regel hin. Wenn eine Frau einen Hut in Begleitung eines Mannes trägt, sei es üblich, diesen schief zu tragen, sodass die Seite, die zum Begleiter gewendet ist, offen ist.

Ivanka ist noch konservativer

Neben Melania Trump sind für Resch auch andere Gäste modisch gesehen interessant. Donalds Tochter Ivanka trug einen dunkelgrünen Bleistiftrock mit Blazer von Dior. Dazu ein farblich passender Barett – schräg auf dem Kopf. „Ivanka ist noch konservativer gekleidet als Melania“, sagt Resch. Sie erinnere

das Outfit an die dystopische Serie „The Handmaid's Tale“, in der Frauen zu Gebärmaschinen werden.

Ein ganz anderes Frauenbild präsentierte dagegen Lauren Sánchez, die Freundin von Jeff Bezos. Sie trug einen weißen Hosenanzug von Alexander McQueen, unter dem deutlich ein weißer Spitzen-BH hervorblieb – und zog damit viele Blicke auf sich. „Sánchez legt es darauf an, dass Männer sie ansehen und präsentiert sich als Trophy Wife“, sagt Resch. Die Frau als Trophäe passt genau in das Frauenbild, das Trump hinauf beschwört.

Wie Sánchez trägt auch Melania Trump zum abendlichen Ball weiß. „In den USA ist weiß die Farbe der Frauenrechtsaktivistinnen“, sagt die Expertin. Ob Melania Trump und Lauren Sánchez das wussten, bleibt unklar. Resch geht aber davon aus, dass Melanias Stylist Herve Pierre das wissen sollte. „Es ist kein Zufall, was gefragt wird“, so Resch. „Mode ist Macht.“

Von Roman Gerth

Im Trikot der TSG Hoffenheim ist Andrej Kramaric sogar Meister geworden. Wie er das schaffte, wo der Klub doch nie einen Titel geholt hat? Im Januar 2016 kam der kroatische Stürmer in die Fußball-Bundesliga, auf Leihbasis von Leicester City. Es war die Saison, als der Außenseiter in England den Favoriten aus Manchester und London den Triumph in der Premier League sensationell vor der Nase weg schnappte.

Kramaric gelingt sogar das, was auf den ersten Blick unmöglich wirkt. So könnte man es formulieren. Im ersten Halbjahr der Spielzeit 2015/16 war Kramaric bei Leicester außen vor, kam nur 22 Minuten zum Einsatz. Als die „Foxes“ („Füchse“) Anfang Mai den Titel gewannen, kämpfte er mit der TSG um den Klassenerbleib. Der gelang, fast zeitgleich zum Sensationstriumph von Leicester auf der Insel, gerade so – auch wegen fünf Toren und vier Vorlagen von Kramaric. Trotzdem darf er sich bei den Engländern eben zur Meisterschaft zählen.

Der Größte in Hoffenheim

Mittlerweile ist jener Kramaric zum „GOAT“ („Greatest Of All Time“ – „Größter aller Zeiten“) geworden in einem Klub, der in Deutschland nebensächlich behandelt und wegen der Unterstützung des Mäzens Dietmar Hopp meist argwöhnisch betrachtet wird. Die Kraichgauer verpflichteten den Torjäger im Sommer 2016 für 11 Millionen Euro fest. Seither gelangen ihm 139 Tore und 58 Vorlagen in 309 Einsätzen, er ist Rekordtorschütze der TSG. Abseits des Rasens hält sich Kramaric meist zurück.

Umso überraschender, dass er vergangene Woche nach dem 0:5 gegen den FC Bayern zum Rückrundenstart vor laufender TV-Kamera deutlich wurde. „Ich werde kein Blatt vor dem Mund nehmen: Das ist eine ganz große Scheiß-Saison.“ Ein wenig halte er sich dabei sogar doch zurück, so der kroatische Profi: „Wenn ich alles sagen würde, was mir jetzt durch den Kopf geht, würde ich die wohl größte Strafe in der Geschichte der Bundesliga erhalten.“

Obwohl Kramaric den Zustand des kriselnden Abstiegskandidaten



DER EWIGE KRAMARIC

Meist lässt der Kroate Tore sprechen. Zuletzt ließ er aber mal Dampf ab. Über einen Hochtalentierten, der zur TSG Hoffenheim kam, um zu bleiben.

Feiern noch zusammen:
Andrej Kramaric (links)
und Tom Bischof. Während
der Kroate seit 2016 für die
TSG Hoffenheim spielt und
ein Wechsel zum FC Bay-
ern einst scheiterte, geht
der Youngster nun nach
München. FOTO: STUART
FRANKLIN/GETTY IMAGES

schnungslos offen ansprach, folgten keine Sanktionen. In der Nacht nach dem Bayern-Spiel soll es ein Gespräch zwischen dem Angreifer, Trainer Christian Ilzer und Kapitän Oliver Baumann gegeben haben. Drei Tage später führte der 33-Jährige, etwas defensiver aufgestellt als gewohnt, sein Team bei Kellerrivale Holstein Kiel zum befreien 3:1, traf dabei einmal selbst.

Drei Gespräche mit den Bayern

Der Blick, mit dem man Hoffenheims Held in seiner Wahlheimat betrachtet hat, kann durchaus als ehrfürchtig bezeichnet werden. Damit scheint sich Kramaric angefreudet zu haben. Einmal gelang der TSG mit dem heutigen Bundestrainer Julian Nagelsmann an der Seitenlinie der Einzug in die Champions League, 2018 war das. In einer erfolglosen Königsklassen-Gruppenphase ohne einzigen Sieg überstrahlte der Stürmer noch alles, erzielte fünf Treffer. Im Sommer zuvor war er mit der kroatischen Nationalmannschaft Vizeweltmeister geworden, 2022 erreichten die „Kockasti“ („Die Karierten“) mit ihm bei der WM in Katar den dritten Platz.

Angebote lagen dem Goalgetter einige auf dem Tisch. Etwa 2020, verriet er jüngst im vereinseigenen Podcast. Dort enthüllte der Hoffenheimer einen Beinahettransfer nach München: „Es gab drei Gespräche mit meinem Berater.“ Gescheitert soll es an zu hohen Ablösfordernungen der Kraichgauer sein.

Letztlich resümierte Kramaric: „Ich bereue es nicht. Vielleicht ist es besser, ein GOAT in Hoffenheim zu sein als einer von vielen Spielern beim FC Bayern.“

Gleiches erwartet Kramaric, dessen Vertrag sich gerade um ein Jahr bis 2026 verlängert hat, von den Teamkollegen – und dem gesamten Verein, mit dem er so hart ins Gericht ging. Zuletzt herrschte Chaos. Der langjährige Manager Alexander Rosen musste gehen, für ihn kam Andreas Schicker von Sturm Graz. Ebenso vom österreichischen Klub eiste man Coach Ilzer als Nachfolger von Pellegrino Matarazzo los. Die Trendwende soll nun her.

Am Sonntag (15.30 Uhr, DAZN) geht es in der Liga zum Dritten Eintracht Frankfurt. Da braucht Hoffenheim auf dem Rasen wieder seinen ewigen Andrej Kramaric.

STATISTIK ZUM 19. SPIELTAG powered by SPORTEC SOLUTIONS

Die Sportec Solutions AG ist Vermarkter der offiziellen Spieldaten der Fußball-Bundesliga. Die Noten spiegeln keine subjektive Meinung wider, sie errechnen sich aus mehr als 30 Leistungsdaten – wie Zweikampfwerten, Passquoten, Torschüssen oder auch schweren Fehlern.

Wolfsburg 2:2 Kiel	
Zuschauer: 22 103	
Fischer 3	Grabara 4
Vavro 2	Koulierakis 3
Arnold 3	Maehe 4
Tomas 3	Svanberg 4
Wind 2	Gerhardt 4
Amoura 3	
Schiedsrichter: Jablonski (Bremen)	
Harres 4	
Machino 4	Kelati 4
Javorcek 3	Remberg 3
Knudsen 3	Porath 3
Komenda 4	Zec 2
Weiner 3	Becker 3
Einwechslungen: Skov Olsen (3) 46. f. Fischer, Wimmer (2) 46. f. Gerhardt, Bornauw (4) 71. f. Svanberg, Vranckx (-) 83. f. Tomas, Nmecha (-) 87. f. Koulierakis / Skrzyski (3) 59. f. Machino, Arp (4) 68. f. Knudsen, Pichler (-) 79. f. Harres, Gigovic (-) 79. f. Kelati, Tolkin (-) 79. f. Javorcek	
Tore: 0:1 Zec (13.), 1:1 Wimmer (50.), 2:1 Wind (53.), 2:2 Skrzyski (80.)	

Leipzig 2:2 Leverkusen	
Zuschauer: 46 793	
Gulacs 3	Klostermann 4
Orban 3	Bitshiabu 4
Nusa 3	Vermeeren 5
Kampl 3	Raum 2
Openda 4	Simons 3
Sesko 4	
Schiedsrichter: Dankert (Rostock)	
Wirtz 1	Schick 2
Xhaka 3	Garcia 3
Hincapie 3	Andrich 4
Andrich 4	Arthur 4
Tapsoba 3	Tah 3
Mukiele 2	
Hradecky 3	
Einwechslungen: Seiwald (4) 51. f. Kampl, Haidara (3) 51. f. Vermeeren, Baumgartner (4) 67. f. Nusa, Bakú (4) 67. f. Klostermann, Poulsen (3) 74. f. Openda / Palacios (4) 46. f. Andrich, Tella (4) 65. f. Schick, Frimpong (4) 66. f. Arthur	
Tore: 0:1 Schick (18.), 0:2 Garcia (36.), 1:2 Raum (41.), 2:2 Tapsoba (85./Eigentor)	

Dortmund 2:2 Bremen	
Zuschauer: 81 365 (ausverkauft)	
Kobel 3	Ryerson 3
Can 3	Schlotterbeck 5
Bensebaini 4	Groß 4
Gittens 3	Nmecha -
Brandt 2	Adeyemi 3
Guirassy 2	Schiedsrichter: Dingert (Lebeckmühle)
Ducksch 2	Ducksch 2
Grüll 3	Doan 3
Stage 3	Höller 3
Weiser 4	Dinkci 4
Lynen 4	Schiedsrichter: Siebert (Berlin)
Jung 3	Kane 2
Friedl 4	Gnabry 3
Veljkovic 2	Musiala 3
Zetterer 3	Sané 3
Einwechslungen: Sabitzer (4) 12. f. Nmecha, Duranville (4) 61. f. Adeyemi, Beier (3) 61. f. Gittens, Anton (-) 77. f. Brandt / Njinmah (4) 60. f. Grüll, Bittencourt (2) 60. f. Lynen, Kabore (4) 60. f. Köhn, Burke (-) 87. f. Ducksch Tore: 1:0 Guirassy (28.), 2:0 Friedl (51./Eigentor), 2:1 Bittencourt (65.), 2:2 Ducksch (72.). Rot: Schlotterbeck (21./Notbremse)	
Tore: 0:1 Friedl (51./Eigentor), 1:2 Bittencourt (65.), 2:2 Ducksch (72.). Rot: Schlotterbeck (21./Notbremse)	

Freiburg 1:2 FC Bayern	
Zuschauer: 34 700	
Atubolu 4	Kübeler 4
Rosenfelder 4	Rosenfelder 4
Lienhart 4	Höfler 3
Makengo 4	Eggstein 4
Höfler 3	Doan 3
Eggstein 4	Höller 3
Röhrl 4	Dinkci 4
Kane 2	Schiedsrichter: Siebert (Berlin)
Gnabry 3	Kane 2
Musiala 3	Gnabry 3
Sané 3	Musiala 3
Goretzka 3	Goretzka 3
Pavlovic 3	Pavlovic 3
Guerreiro 3	Guerreiro 3
Kim 2	Kim 2
Dier 3	Dier 3
Kimmich 3	Kimmich 3
Neuer 3	Neuer 3
Einwechslungen: Ginter (3) 46. f. Rosenfelder, Adamu (3) 75. f. Höller, Grifo (-) 77. f. Dinkci, Manzambi (-) 77. f. Eggstein, Gregoritsch (-) 85. f. Makengo / Stanisic (3) 40. f. Goretzka, Olise (4) 63. f. Sané, Coman (3) 63. f. Gnabry, Palhinha (-) 83. f. Guerreiro, Müller (-) 83. f. Musiala	
Tore: 0:1 Kane (15.), 0:2 Kim (54.), 1:2 Ginter (68.)	

Die Top-Torschützen			
	Gesamt	Elfmeter	Tore am Spieltag
H. Kane	17	7	1
O. Marmoush	15	2	0
P. Schick	13	0	1
J. Burkardt	12	1	0
T. Kleindienst	11	1	1

Die Tabelle

Pl.	Verein	Sp	Tore	P
1.	FC Bayern München	19	58:16	48
2.	Bayer 04 Leverkusen (M/P)	19	46:26	42
3.	Eintracht Frankfurt	18	42:24	36
4.	VfB Stuttgart	19	36:28	32
5.	RB Leipzig	19	34:29	32
6.	1. FSV Mainz 05	19	33:23	31
7.	VfL Wolfsburg	19	42:34	28
8.	Borussia M'gladbach	19	30:29	27
9.	SV Werder Bremen	19	33:36	27
10.	SC Freiburg	19	26:36	27
11.	Borussia Dortmund	19	34:33	26
12.	FC Augsburg	19	23:34	25
13.	1. FC Union Berlin	18	16:24	20
14.	FC St. Pauli (A)	18	14:21	17
15.	TSG Hoffenheim	18	23:35	17
16.	1. FC Heidenheim 1846	19	24:40	14
17.	Holstein Kiel (A)	19	28:48	12
18.	VfL Bochum 1848	19	17:43	10

Der nächste Spieltag

20. Spieltag (31.01.2025 - 02.02.2025)		

<tbl_r cells="3" ix="5" max



Nach der Übernahme durch Red Bull im Jahr 2005 gründeten die Fans des SV Austria Salzburg den Verein neu.

FOTO: MARCO NEHMER

Vor 20 Jahren erlebte der Fußball eine Zäsur: Der Getränkekonzern Red Bull stieg erstmals bei einem Fußballklub ein und veränderte den Sport für immer. Ein Besuch bei Austria Salzburg, dem Verein, mit dem alles begann. Und bei dem seit seiner Neugründung Fußball und Protest zusammengehören.



“

In meiner Rolle als Obmann wollte ich dieses Spiel nicht, weil es einfach so viele potenzielle Probleme mit sich bringt.

David Rettenbacher,
Vorsitzender bei
Austria Salzburg,
über das erste Duell mit RB

in Salzburg das mögliche Investment des Weltkonzerns aus dem nahen Fuschl am See die Runde macht, heißt der Klub offiziell SV Wüstenrot Salzburg. Die große Ära ein Jahrzehnt zuvor hatte man als SV Casino Salzburg bestritten. Dann eben Red Bull. Was soll schon schießgehen?

Am Anfang ist da tatsächlich so etwas wie Euphorie. Aber es wird schnell Entrüstung daraus. Denn der von Firmenpatron Dietrich Mateschitz angeführte Energydrink-Gigant will kein simples Sponsoring. Er will die Kontrolle über den Klub. Will ihn nicht nur in Red Bull Salzburg umbenennen, sondern komplett entkernen: neues Wappen, neue Vereinsfarben, eine neue Geschichte. Red Bull ist einzig am Ticket zur Bundesliga interessiert. „Wir waren Lizenzspender“, sagt David Rettenbacher nun im Auswärtsblock in Kufstein.

„Fast schlimmer“ als beraubt Fühlen sie sich beraubt bei der Austria? „Es ist fast schlimmer“, sagt Rettenbacher. „Ein Freund von mir hat mal gesagt: Das ist eigentlich so, als wenn irgendjemand daherkommt und deinen Bruder umbringt.“

Rettenbacher, damals Mitglied der Ultraszene, bekommt die Entkernung seiner Austria aus nächster Nähe mit. Ist Teil des Prozesses nach Gründung der Initiative Violett-

Weiß, die mit dem neuen Eigentümer im Farbenstreit verhandelt. An ihm eskaliert die Lage, die zur Abspaltung großer Teile der Fanszene führen wird. Die Fans, das ist die Minimforderung, wollen um jeden Preis ihre Traditionsfarben behalten. Red Bull aber will die totale Disruption, den Bruch mit jeder Historie. Das Angebot der neuen Klubführung an den eigenen Anhang – ein paar kaum wahrnehmbare violette Tupfer – ist für diesen nicht hinnehmbar. Die Fans wählen den Protest.

Am 7. Oktober 2005 gründet sich der SV Austria Salzburg neu. Ein ideologischer Gegenentwurf zum kühn kalkulierenden RB-Fußball, von Fans mit heißem Herzen betrieben und behütet. „Fußball ist für uns Tradition“, sagt David Rettenbacher. „Jeder Verein hat auch so etwas wie eine Seele. Und diese Seele, die sind die Menschen rund um den Verein.“

Seine haben sie bei der Austria – aber zunächst keinen Plan, als sie 2006 ganz unten starten, in der niedrigsten österreichischen Spielklasse. „Wir hatten keine Spieler. Es hat sich keiner mit irgendetwas ausgemacht im Fußballwesen. Es waren fast nur Fans, die am Anfang gespielt haben“, sagt Rettenbacher und erzählt vom mittlerweile legendären Probetraining vor dem Saisonstart. „Es war absolut chaotisch. Es waren 50 Leute da – und wir hatten keinen Ball. Es hat keiner daran gedacht, dass wir vielleicht auch einen Ball brauchen.“

Kloppo, der Verräter?

Während sich die Austria mühsam neu aufstellt, feiert Red Bull Salzburg seinen Start im Fußball mit großer Machtgeste. Zum ersten Heimspiel schwebt Red-Bull-Extrem-sportler Felix Baumgartner mit dem Fallschirm ein, selbst der deutsche Kaiser gibt sich die Ehre. Franz Beckenbauer, der dem neuen König von Salzburg, Mateschitz, beratend zur Seite steht. 2007 erringt Red Bull die erste Meisterschaft. Der Beginn einer nationalen Herrschaft.

Und die Austria? Steigt 2010 in die Regionalliga auf, 2015 sogar in die zweite Liga. Aber der Rückkehrer

dieses Spiel nicht, weil es einfach so viele potenzielle Probleme mit sich bringt“, sagt Rettenbacher. „Die einen“, sagt Valli aus der Ultraszene, „waren schwerstens begeistert von dem Los, es war Genugtuung pur, dass sich RB jetzt mit uns auseinandersetzen muss. Die anderen haben das Ende des Vereins propezezt.“

Diese Lektion haben sie vor bald 20 Jahren erstmals lernen müssen. Als Red Bull Salzburg ihr Ende markierte, um hernach ein Großreich im Namen der Dose zu errichten, mit Standorten in Leipzig, New York, Japan, Brasilien. Mehr als das gallische Dorf, das sich dem kapitalistischen Weltbild des Konzernfußballs widersetzt, sind sie beim SV Austria Salzburg nicht. Und nach allem, was man vom modernen Fußball weiß, wird die neue alte Austria es mit Red Bull niemals aufnehmen können.

Das Duell im ÖFB-Pokal

Was Red Bull aber mit keinem Geld der Welt wird kaufen können: den SV Austria Salzburg ungeschehen zu machen. Er ist da. Ein Umstand, mit dem sich RB im Herbst 2023 zum ersten Mal ganz konkret beschäftigen musste, als man die Austria in der zweiten Runde des ÖFB-Cups zugelost bekam. Der Fanverein gegen seinen vermeintlichen Tochtergräber – die Schlagzeilen schreiben sich im Vorfeld von selbst.

18 Jahre hatten sie auf diesen Augenblick gewartet. Aber es gab auch sorgenvolle Stimmen. „In meiner Rolle als Obmann wollte ich



**MEHR GELD
MEHR TORE**

Wie Red Bull mit Jürgen Klopp den Fußball verändern will

Kaum eine Personalei hat im Fußball in den vergangenen Jahren so viel Aufregung erzeugt wie Jürgen Klopp. Wechselt zu Red Bull. Für den österreichischen Energydrinker ist die Verpflichtung des Sympathieträgers Klopp der größte Coup seit dem Einstieg in den Profifußball vor 20 Jahren. Das RND beleuchtet in einer fünfteiligen Serie, wie Red Bull im Fußball zu dem wurde, was es ist – und wie der Konzern und Klopp den Sport verändern.

Teil eins: Wie Red Bull in Salzburg die Fußballbühne betrat

Teil zwei: Fuschler Fehlschüsse und die schwere Standortsuche

Teil drei: Im Osten was Neues: RB Leipzig und die Bundesliga

Teil vier: Kickender Getränkekonzern oder Entertainment-Firma mit Brauseabteilung? Das RB-Geschäftsmodell

Teil fünf: Wie verändern Klopp und Red Bull den Fußball?



Erstmals nach 18 Jahren: Im September 2023 trafen RB und Austria Salzburg aufeinander – im Pokal. Amar Dedic von Red Bull überwindet hier Torwart Manu Kalman zum 1:0, Endstand: 4:0.

FOTO: IMAGO/FOTOSTAND/WASSMUTH



Im Namen der Dose: Jürgen Klopp bei seiner Vorstellung als Global Head of Soccer bei Red Bull.

FOTO: IMAGO

Zu den Ausschreitungen, die man vorab befürchtet hatte, kam es jedoch nicht. Auch zu keiner Sensation, Red Bull gewann 4:0. Übrig blieb für den SV Austria indes, neben der saftigen Pyrostrafe, ein vor allem selbst empfundener moralischer Sieg, von dem er bis heute zehrt. „Im Nachhinein“, sagt Valli, „war dieses Spiel der größte Push für uns seit der Wiederauferstehung.“

Jetzt wollen sie in die zweite Liga. In Kufstein gewinnt die Austria am Ende 6:1. Ein kleiner Schritt auf dem langen Weg zurück. Ob sie den Platz, der ihnen einst gehörte, aber je wieder dauerhaft werden einnehmen können? Denn nicht Red Bull allein stellt sich ihnen in den Weg. Es ist der gesamte moderne Fußball, das Spiel des großen Geldes, das Klubs wie Austria Salzburg heutzutage allenfalls noch ein Nischendasein zugestehen.

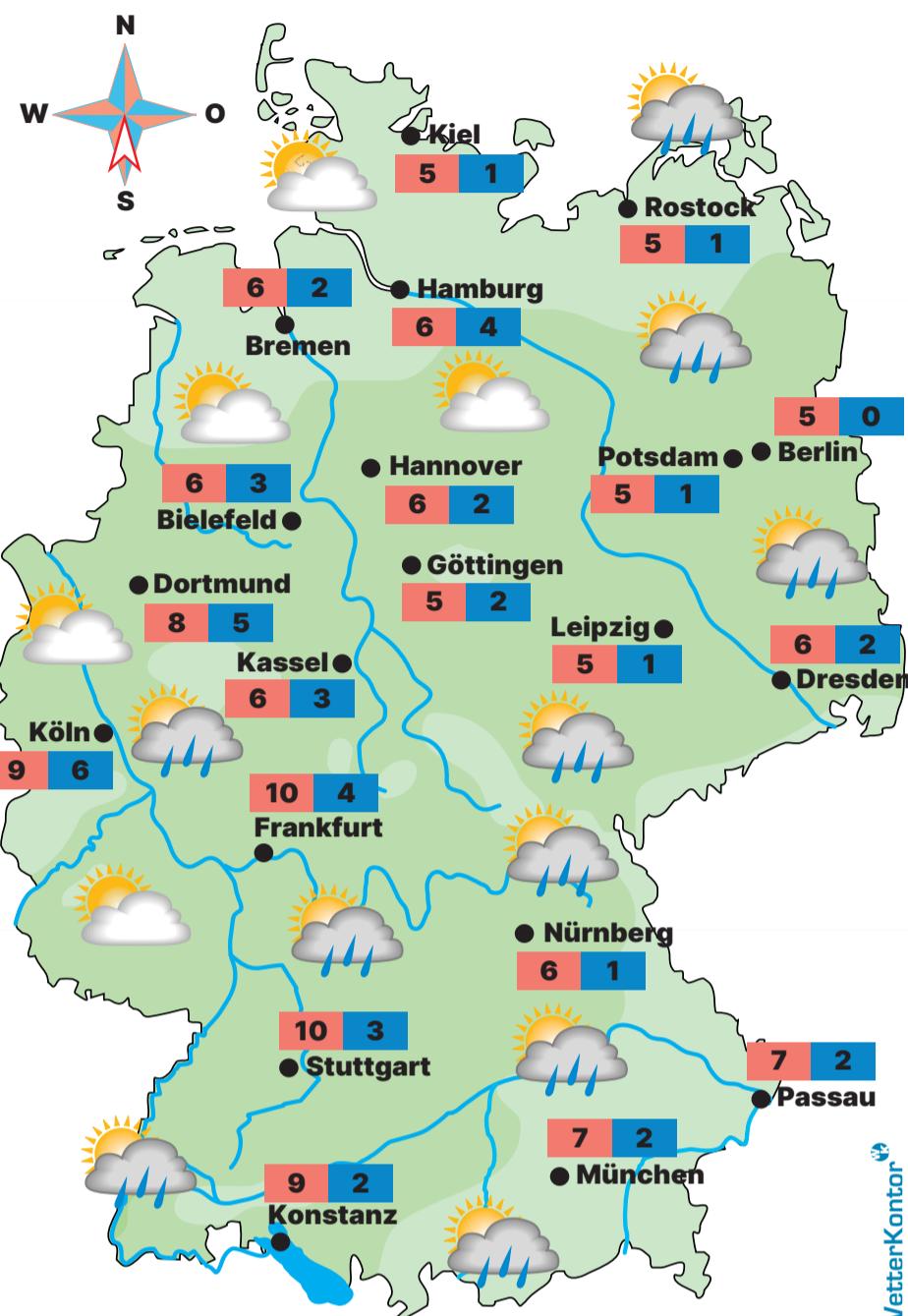
Über der Fantribüne ihres Stadions steht geschrieben: „Die Austria wird euch alle überleben“. David Rettenbacher, der Obmann, ahnt, wie schwierig es noch werden wird, dieses Versprechen für alle Zeiten einzuhalten.

„Ich glaube“, sagt er, „eher werden wir RB überleben als die Ausmaße dieses Fußballs.“

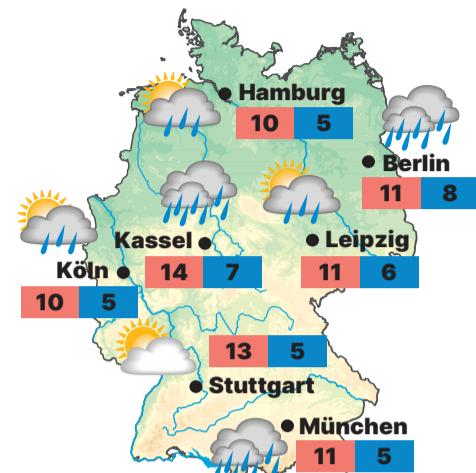
DEUTSCHLAND

Berlin	Regen	5°
Bielefeld	Regen	6°
Bremen	Regen	6°
Brocken	Regen	0°
Dortmund	Regen	8°
Dresden	wolkig	6°
Düsseldorf	Regen	8°
Erfurt	wolkig	5°
Essen	Regen	8°
Feldberg	Schauer	0°
Frankfurt am Main	Schauer	10°
Freiburg	Regen	12°
Garmisch-Partenk.	wolkig	6°
Göttingen	Regen	5°
Hamburg	Regen	6°
Hannover	Regen	6°
Kassel	Regen	6°
Kiel	Regen	5°
Köln	Regen	9°
Konstanz	wolkig	9°
Leipzig	wolkig	5°
List auf Sylt	Schauer	5°
Lübeck	Regen	4°
Magdeburg	stark bew.	4°
München	wolkig	7°
Nürnberg	wolkig	6°
Potsdam	Regen	5°
Rostock	Regen	5°
Saarbrücken	Regen	9°
Schwerin	Regen	4°
Stuttgart	Schauer	10°
Wolfsburg	Schauer	5°
Zugspitze	wolkig	-7°

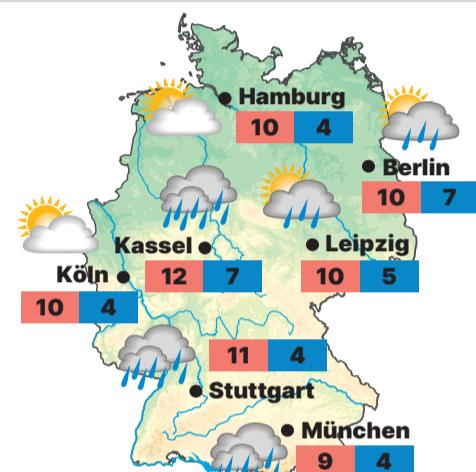
DEUTSCHLANDWETTER AM SONNTAG



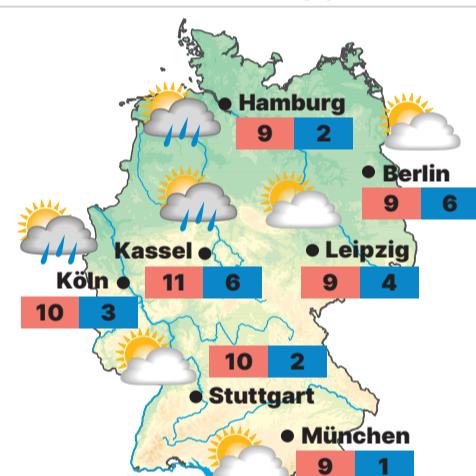
MONTAG



DIENSTAG



MITTWOCH



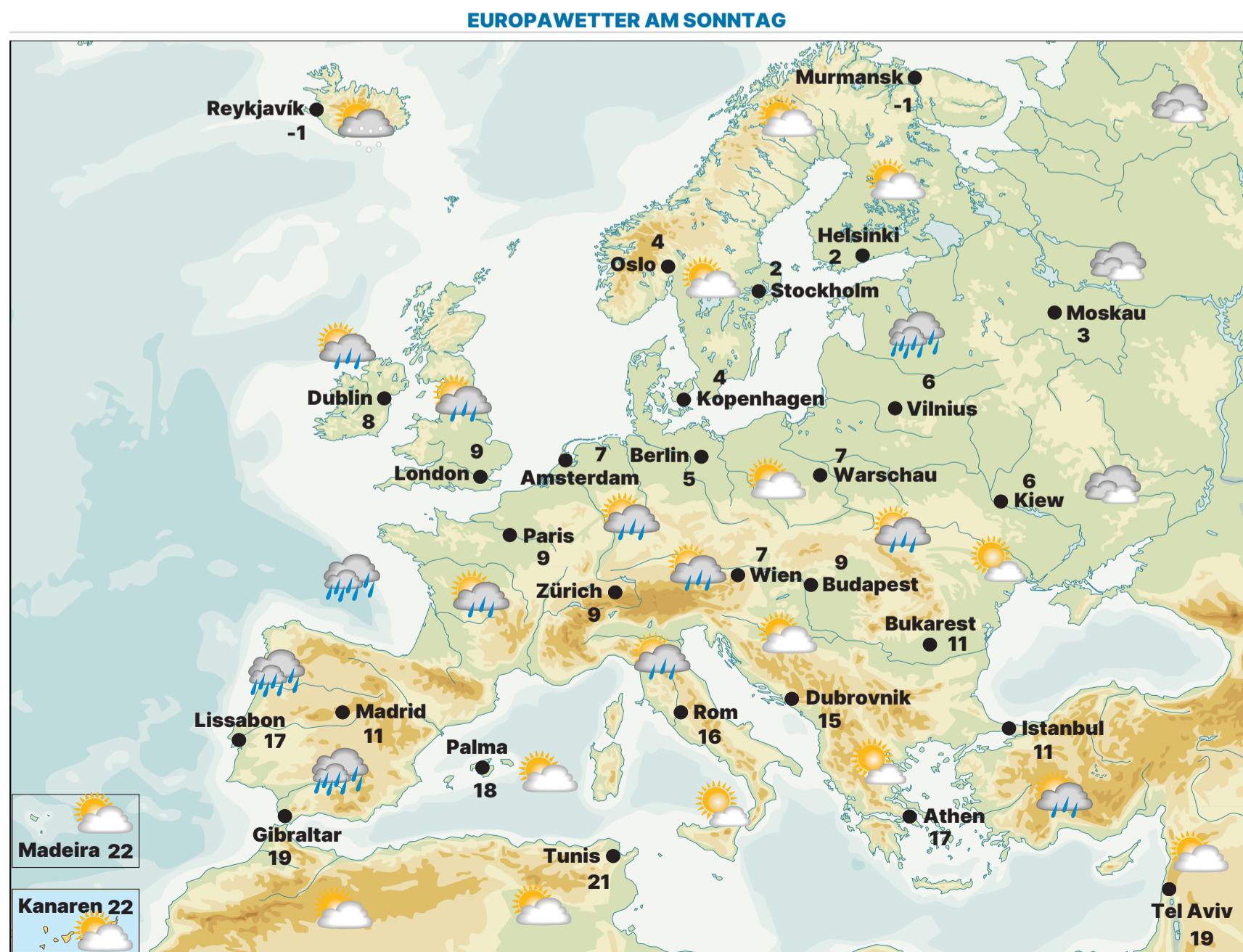
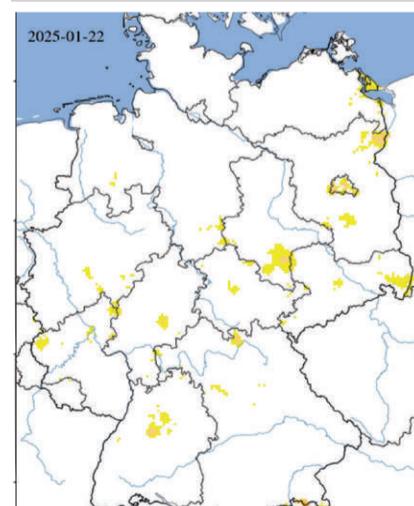
EUROPA

Amsterdam	wolkig	7°
Athen	heiter	17°
Barcelona	wolkig	16°
Belgrad	wolkig	11°
Brüssel	Schauer	7°
Bukarest	sonnig	11°
Dublin	Schauer	8°
Dubrovnik	wolkig	15°
Helsinki	wolkig	2°
Istanbul	wolkig	11°
Kiew	bedeckt	6°
Kopenhagen	wolkig	4°
Lissabon	Regen	17°
London	Schauer	9°
Madrid	Regen	11°
Mailand	Schauer	9°
Marseille	wolkig	13°
Moskau	bedeckt	3°
Nizza	Schauer	16°
Paris	Schauer	9°
Prag	st. bew.	6°
Rom	wolkig	16°
Salzburg	Schauer	7°
Sofia	wolkig	12°
Stockholm	wolkig	2°
Venedig	Schauer	11°
Warschau	wolkig	7°
Wien	Schauer	7°
Zürich	Schauer	9°

WASSERTEMPERATUREN

Nordsee	3-5°
Ostsee	3-4°
Bodensee	3-5°
Gardasee	8-9°
Adria	10-16°
Ägäis	14-17°
Algarve	17-18°
Biskaya	12-14°
Balearen	16-17°
Kanaren	20-21°
Riviera	14-15°
Zypern	18-19°

DÜRREMONITOR



Edinburgh: Ab 2026 gibt es eine Touristensteuer

Edinburgh. Eine Reise nach Edinburgh wird bald etwas teurer. Im nächsten Jahr führt die Stadt als erste Schottlands eine Touristensteuer ein. Die Einnahmen sollen für Verbesserungen der städtischen Infrastruktur und Kulturförderung verwendet werden.

Die „Transient Visitor Levy“ wurde von der Stadtverwaltung in Edinburgh bereits genehmigt. Sie sieht eine Abgabe von 5 Prozent auf Übernachtungskosten vor. Die Maßnahme könnte jährlich bis zu 60 Millionen Euro einbringen. Einige Angehörige der Tourismusbranche haben aber Bedenken, dass die Abgabe die Attraktivität der Stadt für Reisende beeinträchtigen könnte.

Im September 2024 wurde beschlossen, die Abgabe für Aufenthalte in Hotels, Bed-and-Breakfast-Unterkünften, Hostels und Ferienwohnungen wie Airbnb zu erheben. Die Steuer wird für maximal sieben aufeinanderfolgende Übernachtungen fällig und soll ab dem 24. Juli 2026 in Kraft treten. Eine Übergangsfrist soll sicherstellen, dass die Steuer nur für Buchungen gilt, die nach dem 1. Mai 2025 getätigt werden und einen Aufenthalt nach dem 24. Juli vorsehen, berichtet „euro-news“.

Mit den Einnahmen plant die Stadt, Investitionen in Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum, Kultur und Veranstaltungen zu realisieren. Ein erheblicher Anteil – rund 35 Prozent – ist für den Kunstsektor vorgesehen. Mit dieser Maßnahme folgt die Hauptstadt Schottlands dem Beispiel anderer Städte wie Amsterdam und Berlin.

Nicht nur die Verantwortlichen in Edinburgh planen eine Abgabe: Auch in den Highlands, die jährlich mehr als sechs Millionen Touristen und Touristen anziehen, erwägt man die Einführung einer Touristensteuer. Hier könnte ebenfalls ein Prozentsatz der Übernachtungskosten erhoben werden, wobei die Einnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur in der stark frequentierten Region beitragen sollen. *jw*

Strandbar in St. Peter-Ording muss umziehen

Sankt Peter-Ording. Die Pfahlbauten von Sankt Peter-Ording sind seit Jahrzehnten Wahrzeichen und Touristennetz des Nordseeortes. Die beliebte Strandbar 54° Nord muss jetzt aber ihren Platz auf dem Sand verlassen.

An allen Strandabschnitten von Sankt Peter-Ording, die teilweise bis zu zwei Kilometer breit sind, lassen sich die Pfahlbauten finden. Rund fünf Meter tief stecken dort die Holzpfeiler im Sand und tragen Bars, Cafés, Restaurants, Toiletten und Räume der Strandaufsicht über sich. Alles begann im Jahr 1911 mit der Giftbude, die zum Schnaps nach einem erfrischenden Bad in der Nordsee einlud.

Heute stehen 13 Pfahlbauten am Strand des Ortes, doch ihre Existenz ist bedroht. Die rund sieben Meter hohen Holzhäuser müssen seit mehr als 100 Jahren Wind und Wellen standhalten. Die Nordsee erobert immer mehr Landfläche und gefährdet die Struktur der hölzernen Bauten am Strand.

Die Strandbar 54° Nord steht direkt an der Badestelle Ording besonders weit vorn an der Wasserkante und wird bei Flut ringsherum von Wasser umgeben. Seit November ist sie jedoch geschlossen.

Die Wellen hatten dem Pfahlbau schwer zugesetzt. Die gesamte Struktur würde sich mittlerweile bewegen und schwanken, wenn die Fluten gegen die Balken schlagen, berichtet der NDR. Das Meer rückt pro Jahr bis zu acht Meter näher. Deshalb begann man mit dem Neubau 300 Meter entfernt im Landesinneren. Die Betreiberinnen und Betreiber des neuen Pfahlbaus bleiben dieselben. Bis zur Fertigstellung wird es noch einige Monate dauern. *jw*

Mit Glocken gegen Geister

100.000 Menschen besuchen jedes Jahr den Karneval in der Region Kvarner in Kroatien. In Rijeka ziehen Narren durch die Stadt, und aus den Bergdörfern gesellen sich die gehörnten Zvoncari dazu. Erholung vom wilden Treiben verspricht ein Besuch in Opatija

Von Nico Tielke

immer wieder laufen in Schafsfelle gekleidete Männer mit aus Krepppapier gefalteten Blumen an ihren Hüten und kleinen Äxten in den Händen aufeinander zu. Unter lautem Geschepper der Glocken, die sie am Gürtel tragen, stoßen sie mit ihren Hüften gegeneinander. Die Umzüge in Matulji haben begonnen.

Matulji liegt im Gebirge ganz in der Nähe der Kvarner Bucht zwischen den Hafenstädten Opatija und Rijeka im Nordwesten Kroatiens. Die Region ist für Residenzgebäude aus der Kaiserzeit, den Küstenweg Lungo Mare und für qualitativ besonders hochwertige Scampi bekannt – aber auch für ihren Karneval mit ungewöhnlichen Bräuchen.

Die Männer mit den Blumenhüten sind eine von mehreren Zvoncari-Gruppen, die am Samstag vor Rosenmontag durch die Straßen des Bergdorfs ziehen. Noch lautes Glockengeläut kündigt an, dass sich die Zvoncari aus Halubje nähern. Mit ihren Monstermasken, Hörnern und zum Teil schwarz beschmierten Gesichtern gelten sie als die Gruseligsten unter den Glockenträgern.

Im Ortseingang vollziehen die Zvoncari-Monster ihr Ritual. Sie rempeln sich an und formen unter rhythmischem Schwingen ihrer 15 Kilogramm schweren Glocke Schulter an Schulter einen Kreis, der immer kleiner wird. Die Glockenträger treiben so die Geister aus und begrüßen den Frühling.

Die Zeremonie ist wild und laut. Niemals stehen die schweren Glocken still. Immer wieder bricht ein gehörntes Monster aus, um vermeintlich über eine Zuschauerin herzufallen. Ein Teufel schmießt sich auf den kalten Asphalt und streckt seine Beine in die Luft. Seit 2009 ist der Zvoncari-Brauch immaterielles Kulturerbe der Unesco.

Am Ende des Rituals nehmen Stefan Tomasich und Tobi Tomisic ihre schweren Stiermasken ab. Die beiden verkleiden sich schon seit ihrer Kindheit als Zvoncari. „Man kann das nicht lernen. Das muss man in den Genen haben“, sagt Tomasich.

Mitglied in einer Zvoncari-Gruppe kann man tatsächlich nur durch die Geburt in einem der jeweiligen Dörfer werden. Tobi Tomisic lebt und arbeitet eigentlich im benachbarten Italien. Für die Karnevalsprozedur kehrt er aber jedes Jahr in das Dorf in seiner Heimat zurück. Die Glockenträger sind auch beim größten Umzug der Region einen Tag später in Rijeka mit dabei.

Zum Rijecki Karneval kommen jährlich 100.000 Besucherinnen und Besucher in Europas Kulturhauptstadt 2020. Von mittags bis Mitternacht ziehen hier beim Höhepunkt, dem großen Karnevalsumzug, rund 10.000 Närinnen und Narren, Tänzerinnen und Tänzer sowie Blaskapellen vorbei an Hafen, Stadturm und Zuckerbäckerbauten.

Allein im 20. Jahrhundert gehörte die drittgrößte Stadt Kroatiens siebenmal zu anderen Staaten. Dementsprechend unterschiedlich ist auch die Architektur Venezianische Bauten stehen neben sowjetischen. Prächtige Fassaden aus der Zeit der Habsburger Monarchie treffen hier auf Plattenbau. Vieles ist restauriert, statt neu gebaut. Die Farbe Gelb prägt das Stadtbild.

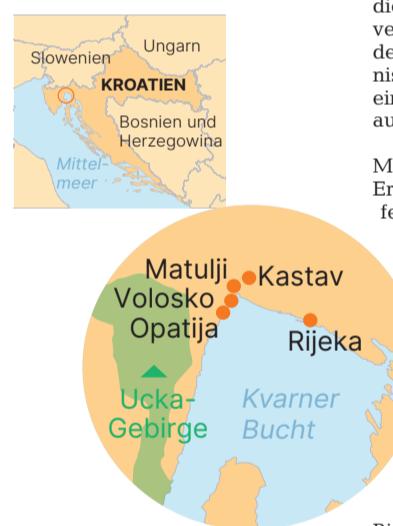
Der Karneval in Rijeka präsentiert sich so lebendig wie die Stadt selbst – frei nach dem Motto „Budi Sto Zelis“ („Sei, was du willst“). Die Umzugswagen sind nicht so prächtig und so politisch wie im Rheinland. Vereinzelt werden aber doch bekannte Persönlichkeiten durch den Kakao gezogen. Es gibt auch zahlreiche Staus.

Der ekstatischen Stimmung tut das aber keinen Abbruch. Am Ha-



Eindrucksvoll: Die Halubajski Zvoncari (Swonschari) tragen blau-weiß gestreifte Shirts und grimmige Tiermasken (1). Die Bergdörfer rund um Matulji waren traditionell Viehzuchtgegenden. Tobi Tomisic (2, links) kommt jedes Jahr aus Italien zurück in die Kvarner Region, um gemeinsam mit Stefano Tomasich als gehörntes Monster 15 Kilogramm schwere Glocken zu schwingen. Ihre Glocken tragen sie am unteren Teil des Rückens (3). Begleitet werden die Zvoncari je nach Dorftradition von Teufeln oder Zeremonienmeistern (4). Am Abend verbrennen die Einwohner von Rijeka im Hafen eine Puppe, die alles Schlechte des vergangenen Jahres symbolisieren soll. In manchen Jahren sogar auf dem Wasser (Bild im Kasten).

FOTOS: NICO TIELKE (4), KRAUSKOPF; GRAFIKEN: RND GRAFIK



Man kann das nicht lernen.
Man muss das in den Genen
haben.

Stefan Tomasich,
Teilnehmer des Zvoncari, über den
Brauch



fen tanzen Dutzende junge Frauen, die als Schwester Joy aus Pokémon verkleidet sind. Eine Gruppe von der Insel Krk fährt mit einem Trojanischen Pferd vor – dicht gefolgt von einem Pulk blauer Na'vi (bekannt aus dem Film Avatar).

Matko Miletic ist Student an der Maritimen Hochschule von Rijeka. Er ist damit betraut, abends am Hafen eine Puppe anzuzünden, die das Schlechte des vergangenen Jahres symbolisieren soll.

2024 erinnert die Figur an einen Skandal mit abgefülltem Putzmittel bei einem Mineralwasserhersteller.

Begossen mit Spiritus verbrennt sie innerhalb weniger Sekunden. Normalerweise findet die Prozedur auf dem Wasser statt. In diesem Jahr aber an der Hafenkante.

Derweil kommen alle, die in Rijeka Rang und Namen haben, im eleganten Gouverneurspalast zusammen. Politikerinnen und Politiker, Ärzte oder Botschafter tragen entweder Kostüme oder wenigstens venezianische Masken. Von der Anonymität geschützt, erobern sie die Tanzfläche im auch von innen beeindruckenden Bauwerk.

Der Gouverneurspalast ist übrigens 1892 vom ungarischen Architekten Alois Hauszmann errichtet worden, auf dessen Konto auch das Parlamentsgebäude in Budapest steht. Wenn nicht gerade der Karnevalssball stattfindet, kommen Touristinnen und Touristen, um hier in einem Museum etwas über die kroatische Schifffahrt und die Geschichte Rijekas zu erfahren.

Am Tag nach dem Karneval herrscht Katerstimmung in Rijeka. Erholung ist ange sagt. Auch die kann man in der Region finden. Von der ehemaligen Industriestadt (Torpedofabrik) bis in den Luftkurort Opatija sind es nur rund 15 Kilometer.

In Opatija ist es ruhiger. Hier trifft

Die Rukavacki und Zvonejski Zvoncari tragen Blumenhüte. Die Blumen sind aufwendig aus Kreppband gefaltet. Eine Plastiktüte schützt sie vor dem Nieselregen. FOTO: NICO TIELKE

man sich in Kaffeehäusern statt in Bars. Das ehemalige Fischerdorf am Fuß des Ucka-Gebirges war schon Ende des 19. Jahrhunderts ein Anziehungspunkt für Menschen auf der Suche nach Erholung. Küste, frische Bergluft und Lorbeer versprechen die Linderung diverser Leiden.

Im Angiolina-Park, der im Sommer Schatten spendet und zur Adventszeit weihnachtlich dekoriert ist, gibt es eine Graffitiwand mit bekannten Personen, die zur Kur an die kroatische Riviera kamen. Dazu gehören unter anderem Albert Einstein oder der irische Nationaldichter James Joyce.

Weil die Meerluft so gesund ist, kann man von Opatija aus an der Promenade entlang spazieren. Der Küstenweg Lungo Mare ist schon mehr als hundert Jahre alt und führt neun Kilometer an den schönsten Stränden und bekanntesten Sehenswürdigkeiten, etwa der Statue „Mädchen mit der Möve“, vorbei.

HIN & WEG

Anreise

Rijeka hat zwar einen eigenen Flughafen, der wird aber nur in den Sommermonaten angeflogen. Wer also zum Karneval zur Kvarner Bucht möchte, sollte die kroatische Hauptstadt Zagreb ansteuern. Direktflüge gibt es zum Beispiel ab Köln oder Frankfurt am Main. Die Küste ist von Zagreb in 1,5 Stunden per Auto erreichbar.



Weitere Informationen

visit.kvarner.hr/de/
karneval-von-rijeka/

Die Reise wurde unterstützt vom Kvarner Tourismusbüro. Über Auswahl und Ausrichtung der Inhalte entscheidet allein die Redaktion.

Dubrovnik: Künftig weniger Verkehr in der Altstadt

Dubrovnik. Die kroatische Küstenstadt Dubrovnik kämpft gegen Overtourismus an. 2025 soll der Verkehr besser reguliert werden und die stets überfüllten Straßen sollen sich ein wenig leeren. Dafür wird in der Altstadt eine Sonderzone für den Verkehr eingerichtet. „Autos mit ausländischen Kennzeichen, Mietwagen und Taxis sowie andere Fahrzeuge sind in der verkehrsberuhigten Zone nicht zugelassen“, sagt Jelka Tepšić, stellvertretende Bürgermeisterin. Im Vorort Pobrežje ist der Bau eines „Park and ride“-Platzes geplant, auf dem Reisende ihre Autos abstellen und von dem aus die mit öffentlichen Bussen in die Stadt fahren können.

„New York Times“ empfiehlt 2025 Hamburg-Reise

New York. Die Hansestadt Hamburg hat es auf die jährliche „52 Places to Go“-Reiseliste der „New York Times“ geschafft. Mit der Liste geben Autorinnen und Autoren der „New York Times“ alljährlich 52 Reisetipps, einen für jede Woche des Jahres. Die „52 Places to Go“ gehören zu den einflussreichsten Reiseempfehlungen weltweit. Außer Hamburg haben es in diesem Jahr noch 19 weitere Orte und Regionen in Europa auf die Liste geschafft – etwa Aix-en-Provence in Frankreich, Coimbra in Portugal, die Dolomiten in Italien, Kristiansand in Norwegen, Ost-London und Rotterdam.

Die norddeutsche Hansestadt, ohnehin bei Touristinnen und Touristen aus aller Welt beliebt, dürfte durch die Erwähnung in der „New York Times“ noch einmal an Beliebtheit gewinnen. Es gibt viele Gründe für einen Besuch. Doch es ist vor allem der Bunker an der Feldstraße, der die US-Amerikanerinnen und -Amerikaner beeindruckt hat.

Wer im Hamburger Stadtteil St. Pauli am Heiligengeistfeld vorbeikommt, wird unweigerlich auf den grauen Betonbau mit dem mittlerweile begrünten Dach aufmerksam. „Die klobige Betonstruktur schützte 25.000 Einwohner, als die Stadt 1943 von den Alliierten bombardiert wurde“, heißt es in der „New York Times“. Mit einer Höhe von mehr als 40 Metern ist der ehemalige Flakbunker aus dem Zweiten Weltkrieg ein markantes Element im Stadtbild.

Nach einer fünfjährigen Umbauphase ist aus dem Bunker eine grüne Attraktion mit Vier-Sterne-Hotel, Dachgarten und Restaurants geworden, in der Besucherinnen und Besucher jede Menge erleben können. Auch einer von Hamburgs bekanntesten Clubs, das Uebel & Gefährlich, ist hier zu Hause.

Der Zugang zum Dachgarten ist kostenlos. Im Sommer ist zwischen 9 und 21 Uhr geöffnet, im Winter schließt er ab 20 Uhr. *mf*



Früher ein grauer Kriegsbunker, heute grüne Oase und ein lohnenswertes Ziel in Hamburg: Der Flakbunker an der Feldstraße. *FOTO: IMAGO/EIBNER*

Das sind die sichersten und gefährlichsten Reiseziele 2025

In welche Länder können wir gefahrlos reisen – und welche sollten wir besser meiden? Die neue Risk Map von International SOS gibt einen Überblick

Von Maike Geißler

Neu-Isenburg. Unbesorgt Urlaub machen – das war 2024 nicht überall möglich. Die Sorge vor Terror, politischen Unruhen, Naturkatastrophen oder tropischen Krankheiten reist bei vielen Menschen mit. Das wird sich 2025 nicht ändern.

Die Welt ist keinesfalls sicherer geworden. Das ist das Ergebnis der Risk Map für 2025, die der Krisen- und Reisesicherheitsspezialist International SOS jetzt veröffentlicht hat. Es gibt einige Länder auf der Welt, die Urlauberinnen und Urlauber besser meiden sollten. Die Risk Map 2025 liefert Informationen zu den Sicherheitsrisiken weltweit. In die Bewertung durch Internatio-

nal SOS fließen verschiedene Faktoren ein. Der wichtigste Aspekt umfasst geopolitische Spannungen, dazu zählen Kriege, Unruhen und Aufstände und Terrorismus. Zudem analysieren die Expertinnen und Experten soziale Unruhen und die Kriminalitätsrate. Auch die Verkehrsinfrastruktur, die Wirksamkeit von Sicherheits- und Notfalldiensten und die Wahrscheinlichkeit von Naturkatastrophen spielen eine Rolle.

International SOS stuft Länder als „extrem unsicher“ ein, wenn eine „ernsthafte Gefahr gewaltsame Angriffe bewaffneter Gruppen auf Reisende“ besteht. Die staatliche Kontrolle sowie Recht und Ordnung können hier in großen Gebie-

ten nur minimal oder sogar gar nicht vorhanden sein. Zudem sind die Verkehrsdiene in diesen Ländern kaum funktionsfähig.

Auf dem afrikanischen Kontinent gilt die höchste Gefahrenstufe für Libyen, Somalia, Südsudan und die Zentralafrikanische Republik. In Asien weist die Risk Map Afghanistan, Jemen, den Irak und Syrien als besonders unsicher aus.

Auch die Ukraine ist dunkelrot eingefärbt. Das Land gilt seit Kriegsausbruch im Februar 2022 als „extrem unsicher“. Die Provinzen Donezk und Luhansk hatte die Organisation bereits zuvor mit einem extremen Reiserisiko eingestuft. Auch der Gazastreifen ist seit Jahren als extremes Risikogebiet eingestuft.

Die zweithöchste Gefahrenstufe gilt, wenn Gewaltverbrechen und Terrorismus erhebliche Risiken für Reisende darstellen, es gewalttätige Proteste gibt und die Gefahr besteht, dass Ausländer und Ausländerinnen zur Zielscheibe werden.

Als hoch wird das Risiko in fast 50 Ländern oder zumindest Teilen davon eingestuft, viele dieser Länder sind auf dem afrikanischen Kontinent zu finden. Laut International SOS ist das Sicherheitsrisiko in Mali, Burkina Faso, Nigeria, Äthiopien, Sudan und der Demokratischen Republik Kongo hoch. Ein hohes Risiko weist die Risk Map 2025 auch für Myanmar, Pakistan, Papua-Neuguinea, Venezuela, Honduras und Haiti aus.

Im Sudan, Libanon, Israel, Irak und Myanmar wurden die Risikoeinstufungen mehrfach überprüft und die Zonen mit hohem oder extremem Risiko aufgrund von Konflikten ausgeweitet.

Auch das Risiko für Neukaledonien hat sich aufgrund der längerfristigen Auswirkungen sozialer Unruhen, des wirtschaftlichen Niedergangs und der damit verbundenen Kriminalität von niedrig auf mittel erhöht. Kriminalitätstrends und zunehmende soziale Unruhen haben zu Änderungen in bestimmten Ländern oder Regionen in Südafrika, Mexiko und Kenia geführt.

Absolut sicher fühlen können sich Reisende laut International SOS nur in zehn Ländern: Andorra,

THAILAND

Die schönsten Orte zum Baden und Entspannen

1



FOTO: IMAGO/DEPOSITPHOTOS

Koh Samui

Koh Samui im Golf von Thailand lockt mit einigen traumhaften Strände. Am Chaweng Beach, einem der bekanntesten der Insel, herrscht lebhaftes Treiben. Denn hier gibt es eine Vielzahl von Restaurants, Bars und Unterhaltungsmöglichkeiten. In Kontrast dazu stehen die Strände von Lamai und Bophut, die eine ruhigere Atmosphäre bieten. Lamai Beach ist ideal für entspannte Spaziergänge entlang des Strandes. Bophut begeistert mit seinem charmanten Fischerdorf und den traditionellen Holzhäusern.

2



FOTO: IMAGO/POND5 IMAGES

Koh Tao

Koh Tao ist ein Paradies für alle, die gern tauchen und schnorcheln. Die Insel im Golf von Thailand lockt nicht nur mit Traumstränden, sondern auch mit einer faszinierenden Unterwasserwelt. Sairee Beach (Bild), einer der beliebtesten Strände, beeindruckt mit seinem blendend weißen Sand und dem klaren Wasser. Hier kann man auch die vielfältige Kulinarik der Insel genießen. Der abgelegene Freedom Beach hingegen bietet eine ruhigere Atmosphäre und die Möglichkeit, dem Massentourismus zu entkommen.

3



FOTO: IMAGO/DEPOSITPHOTOS

Koh Lanta

Die Insel Koh Lanta in der Andamanensee ist ein Ort der Entspannung. Klong Dao Beach ist einer der beliebtesten Strände. Hier kann man im Meer schwimmen oder einfach nur in einer Hängematte unter Palmen entspannen. Auch der Long Beach im Norden der Insel (Bild) bietet eine entspannte Umgebung, die perfekt zum Sonnenbaden und einfach nur Sein ist. Von Koh Lanta aus lassen sich gut die umliegenden Inseln erkunden und Ausflüge zu atemberaubenden Tauch- und Schnorchelerlebnissen unternehmen.

MONTAG



KRIEGSFILM 20.15 Uhr, Arte

U 23 – Tödliche Tiefen

1942 nimmt Kommandant „Rich“ Richardson (Clark Gable) mit seinem U-Boot „USS Nerka“ Kurs auf die gefährliche Bungo-Straße vor der japanischen Küste, wo er den japanischen Zerstörer „Akikaze“ und dessen Kapitän zur Strecke bringen will, der einst sein Schiff versenkte. Damit riskiert er sein Boot und das Leben seiner Mannschaft. Jim Bledsoe, der Erste Offizier, ist alarmiert, zudem steigt der Unmut an Bord und eine Meuterei droht. **Regie:** Robert Wise **90 Min.**



ACTIONFILM 20.15 Uhr, Kabel 1

The Dark Knight

Nach ersten Erfolgen gegen die Schurken in der Stadt hofft Batman (Christian Bale), mit Hilfe von Polizeichef Gordon und Staatsanwalt Harvey Dent, dem organisierten Verbrechen endgültig den Garaus zu machen. Der Joker macht ihm jedoch einen Strich durch die Rechnung. Zunächst als Bankräuber in Erscheinung tretend, will der Superschurke mit seinen perfiden, diabolischen Plänen Gotham City ins Chaos stürzen. **Regie:** Christopher Nolan **185 Min.**

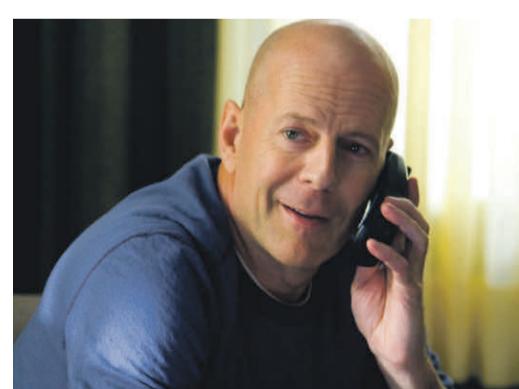
FREITAG



DRAMA 20.15 Uhr, 3sat

Die Kinder von Windermere

300 jüdische Kinder, die den Holocaust in den Konzentrationslagern überlebt haben, werden 1945 an den Lake Windermere in England gebracht werden. Dort wird ihnen Hoffnung auf ein neues Leben gegeben. Der deutsche Psychologe Oscar Friedmann (Thomas Kretschmann) betreut die traumatisierten Kinder dort einen Sommer lang, und sie lernen, mit ihren schlimmen Erfahrungen umzugehen. Für viele wird er zu einer Art Vaterfigur. **Regie:** Michael Samuels **90 Min.**



ACTIONKOMÖDIE 20.15 Uhr, RTL 2

R.E.D. – Älter. Härter. Besser.

Frank Moses (Bruce Willis) war früher ein Geheimagent des CIA. Nun ist er im Ruhestand. Sein neues Leben langweilt Frank jedoch sehr. Allein die Telefonate mit der Call Center-Mitarbeiterin Sarah bieten ihm etwas Abwechslung. Doch das ändert sich schlagartig, als ihn plötzlich ein Killerkommando eliminieren will. Um sein Leben zu retten und herauszufinden, wer ihm nach dem Leben trachtet, sucht er frühere Weggefährten auf. **Regie:** Robert Schwentke **130 Min.**

DIENSTAG



KRIMINALFILM 20.15 Uhr, 3sat

Steirerrausch

Sabine Fuchs ist bei dem professionellen Medium Vera (Adèle Neuhauser) zu einer Séance, als ein Schuss durchs Fenster sie niederstreckt. Kommissar Bergmann und seine neue Kollegin Sulmtaler übernehmen den Fall. Unter Verdacht gerät zunächst Sabines Ehemann, der nicht nur ein erfahrener Schütze ist, sondern auch sein Jagdgewehr vermisst. Als Bergmann und Sulmtaler die Wahrheit herausfinden, kommen sie fast zu spät. **Regie:** Wolfgang Murnberger **90 Min.**



ACTIONFILM 20.15 Uhr, Pro 7

The Last Witch Hunter

Kaulder (Vin Diesel) ist ein versierter Hexenjäger. Im Mittelalter hatte er sogar die Hexenkönigin getötet, dabei allerdings seine Familie verloren. Er wurde unsterblich und widmete sich der Hexenjagd, um die Menschheit zu beschützen. Jetzt taucht die vermeintlich tote, böse Hexe allerdings in New York auf, um sich an ihrem Mörder zu rächen. Kaulder steht bereit, um den Kampf gegen sie erneut aufzunehmen. **Regie:** Breck Eisner **130 Min.**

MITTWOCH



DRAMA 20.15 Uhr, ARD

Die Akte General

Der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (Ulrich Noethen) führt Ende der 50er-Jahre einen einsamen Kampf gegen die Vertuschung nationalsozialistischer Verbrechen und die restaurative Politik Adenauers. Er versucht, den israelischen Geheimdienst Mossad zu einer Ergreifung Adolf Eichmanns zu veranlassen, der in Argentinien vermutet wird. Der junge Staatsanwalt Joachim Hell unterstützt ihn in seinen Bemühungen. **Regie:** Stephan Wagner **90 Min.**



SCI-FI-FILM 20.15 Uhr, Kabel 1

Solo: A Star Wars Story

In der Flugakademie des Imperiums bekommt Draufgänger Han Solo (Alden Ehrenreich) Ärger mit seinen Vorgesetzten und muss die Akademie verlassen. Er lässt sich mit Beckett und dessen Mannschaft auf den Auftrag des Gangsters Dryden Vos ein, wertvollen Treibstoff zu stehlen. Dabei begegnet er seiner alten Bekannten Qi'Ra wieder. Außerdem lernt er Chewbacca kennen, der zu einem seiner treuesten Freunde werden wird. **Regie:** Ron Howard **170 Min.**



BIOGRAFIE 20.15 Uhr, RBB

Trautmann

Er ist eine englische FußballLegende. Als junger deutscher Soldat gerät Bert Trautmann (David Kross) gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in britische Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung bleibt er in England, entwickelt sich dort zu einem der besten Torhüter seiner Zeit und avanciert 1956 beim legendären Cup-Finale zwischen Manchester City und Birmingham, das er trotz Halswirbelbruch zu Ende spielt, zum Nationalhelden. **Regie:** Marcus H. Rosenmüller **110 Min.**



AGENTENFILM 20.15 Uhr, VOX

James Bond 007 – Im Angesicht des Todes

Nach dem Tod eines Agenten gerät ein wichtiger Mikrochip in die Hände des KGB. James Bond (Roger Moore) wird auf den Fall angesetzt und verfolgt die Spur des Franzosen Max Zorin. Bond beginnt seine Ermittlungen als Pferdeliebhaber getarnt auf einer Zuchtschau Zorins und deckt schnell sein perfides System mit Mikrochips auf. Doch kann er Zorin auch daran hindern, seinen Plan, das Silicon Valley komplett zu zerstören, umzusetzen? **Regie:** John Glen **165 Min.**

SAMSTAG



THRILLER 20.15 Uhr, RTL 2

Der Mandant – The Lincoln Lawyer

Mick Haller (Matthew McConaughey) ist Strafverteidiger in Los Angeles, der für Mandanten vorteilhafte Deals aushandelt, indem er das Rechtssystem geschickt ausnutzt. Als sich ihm die Möglichkeit bietet, den Millionärsohn Louis Roulet zu verteidigen, sieht er einen finanziellen Glückfall. Roulet wird Vergewaltigung und versuchter Mord vorgeworfen, doch Haller glaubt an seine Unschuld. Dennoch fördern seine Ermittlungen erschreckende Wahrheiten zutage. **Regie:** Brad Furman **140 Min.**



KOMÖDIE 20.15 Uhr, MDR

Der gezähmte Widerspenstige

Elia Codogno (Adriano Celentano) ist ein reicher Bauer mit Dickschädel und ein eingefleischter Junggeselle. Jedes junge Mädchen, das in eindeutiger Absicht auf seinen Hof geschleust wird, jagt er in die Flucht. Eines Tages steht im strömenden Regen Lisa Silvestri (Ornella Mutti) vor seiner Tür. Mit weiblicher List und Tücke erobert sie Elias dessen Herz. Ihr gelingt es, den ungehobelten Eigenbrötler zu zähmen. **Regie:** Franco Castellano, Giuseppe Moccia **100 Min.**

SONNTAG



DRAMA 20.15 Uhr, Arte

Die Farbe des Geldes

Der einstige Billardprofi Eddie verdient sein Geld inzwischen als Spirituosenhändler und managt nebenbei den Billardspieler Julian. In einer Bar entdeckt er das junge Talent Vincent (Tom Cruise). Auf einem Trip will Eddie Vincent in die Kunst des Zockens einführen. Doch der Hitzkopf missachtet Edies Anweisungen. Dieser nimmt das Queue wieder selbst in die Hand. Es kommt zu einer folgenschweren Auseinandersetzung zwischen den beiden. **Regie:** Martin Scorsese **115 Min.**



ACTIONTHRILLER 20.15 Uhr, Pro 7

Venom: Let There Be Carnage

Nach dem Triumph über Riot haben sich Eddie Brock (Tom Hardy) und sein außerirdischer Parasit auf einige Verhaltensregeln geeinigt. Während Venom am liebsten durchgehend Böswichte verspeisen würde, möchte Eddie nun unbedingt seine Karriere als Journalist wieder in Gang bringen. Da kommt ihm der verurteilte Serienmörder Cletus Kasady, der mit Eddie über seine Opfer sprechen will, gerade recht. **Regie:** Andy Serkis **110 Min.**

VON WEM IST DAS HAAR?

Kommissarin Vicky Kruse ist wütend. Sie wirft die aktuelle Ausgabe des „Kuriers“ auf ihren Schreibtisch. Die Schlagzeile lautet: „Kripo versagt – trotz eindeutiger Beweise noch keine Verhaftung im Fall Scheffler!“ – „Was soll das?“, fragt sie. Sollte Udo Gonschorek, Polizeireporter des „Kurier“, auch nur einen Hauch von Schuldbewusstsein haben – er zeigt es nicht. In der ihm eigenen Macho-Pose, in Jeans und Lederjacke, ist er der ultimativ formulierten Aufforderung gefolgt, mit der ihn die Kommissarin in ihr Büro zitiert hat.

Er fragt: „Warum haben Sie mich denn gerufen?“ Vicky Kruse tippt auf die Zeitung. „Sie behaupten hier, dass Judith Buerger ihren ehemaligen Geschäftspartner Robert Scheffler am vergangenen Montag um 18.30 Uhr in der Tiefgarage des Bürogebäudes, in dem er arbeitete, erostchen hat.“

„Ich behaupte das nicht nur, ich kann es beweisen!“, ruft Gonschorek aus. „Wie Sie wissen, kenne ich alle Indizien, die am Tatort gefunden wurden, und alle Zeugenaussagen aus den Ermittlungsakten.“ – „In die Sie sich wahrscheinlich auf nicht legal Weise Einblick verschafft haben!“, erwidert Vicky. „Wie dem auch sei“, geht Gonschorek lässig darüber hinweg. „Robert Scheffler starb an drei schweren Stichverletzungen, die ihm der Täter mit einem Messer zufügte. Scheffler hat sich gewehrt – das beweisen die Schnittwunden an seinen Händen und ein elf Zentimeter kurzes blondes Haar, das in einer seiner Wunden gefunden wurde. So weit richtig?“

„So weit richtig“, muss Vicky Kruse zugeben. „Als Täter kommen zwei Frauen infrage – Schefflers Frau Veronica, die eifersüchtig auf ihn war, weil er ein Verhältnis mit einer Angestellten hatte. Und Judith Buerger, Schefflers ehemalige Partnerin in seinem Steuerberatungsbüro. Sie fühlte sich von Scheffler übervorteilt und ausgenutzt. Beide Frauen wurden kurz vor der Tat in der Nähe der Tiefgarage gesehen – und beide wussten, dass Scheffler wie jeden Montag erst gegen 18.30 Uhr aus seinem Büro kommen würde.“

„Das ist so weit auch richtig“, sagt Vicky Kruse. „Aber wie kommen Sie in

Ihrem Artikel dazu, Judith Buerger als Mörderin darzustellen?“ – „Weil sie eindeutig die Täterin ist“, sagt Gonschorek. „Sie wurde um 18.15 Uhr in einem Café neben der Tiefgarage gesehen. Vorher war sie von 17 bis 18 Uhr bei ihrem Friseur zwei Straßen weiter. Sie haben die Aussage der Friseurin, dass Judith während der Behandlung über ihr Handy mit Scheffler telefoniert und ihn beschimpft hat.“ Gonschorek deutet auf das Foto einer kurzaarigen Blondine, das seinen Artikel illustriert. „Wie Sie sehen, ist sie blond. Und kräftig genug, um einen Mann mit einem Messer anzugreifen.“

“

Beide Frauen wurden kurz vor der Tat in der Nähe der Tiefgarage gesehen.

„Und was ist mit Veronica?“ fragt Vicky Kruse. Sie deutet auf das Foto einer Blondine mit schulterlangen Locken in Gonschoreks Artikel. „Veronica war von 17 bis 17.30 Uhr im selben Bürogebäude – zwei Stockwerke über dem Büro ihres Mannes – bei einem Privatdetektiv, den sie engagiert hatte. Von ihm erhielt sie bei diesem Termin Beweise für das Verhältnis, das ihr Mann mit seiner Assistentin hatte. So weit, so richtig?“

„Sicher“, sagt Gonschorek. „Aber sehen Sie sich Veronica an! Zierlich gebaut, kaum einen Meter sechzig groß. Wie kann diese Frau einen Mann angreifen und töten, der fünfzehn Zentimeter größer und vierzig Kilo schwerer ist als sie?“

„Eifersucht lässt Menschen über sich hinauswachsen“, sagt Vicky Kruse. „Wie zum Beispiel Veronica. Sie hat uns vorhin den Mord an ihrem Mann gestanden, nachdem wir durch einen DNA-Vergleich nachgewiesen hatten, dass das Haar, das wir bei dem Toten fanden, von ihr stammte.“

„Was sagen Sie da?“ Gonschorek steht der Mund offen. Vicky lächelt. „Sie haben Judith Buerger völlig falsch verdächtigt“, sagt sie. „Dabei hätten Sie zu dem gleichen Ergebnis kommen müssen wie wir, wenn Sie nur alle Fakten, die Sie in Ihrem Artikel genannt haben, richtig interpretiert hätten: Dass nämlich nur Veronica Scheffler als Mörderin infrage kommt.“

Die Frage: Was meint die Kommissarin?

Die Lösung aus der vergangenen Woche

Der vom Detektiv aus gesehen linke Läufer auf der Gegenseite ist der Täter – weil er nach der beschriebenen Grundstellung der Figuren direkt hinter dem angegriffenen Bauern steht.



Wer ist der verhinderte Lehrer?

Eigentlich schade, dass er nicht, wie vorgesehen, sein Kunstpädagogikstudium abschließt und Lehrer wird. Die Schüler hätten garantiert viel Spaß mit ihm. An mangelndem Talent liegt es nicht, dass er schließlich einen ganz anderen Berufsweg einschlägt, denn er malt ganz ausgezeichnet. Der Beweis dafür ist ein von ihm gezeichnetes Tier, das erst nur seine Plattencover schmückt, dann zur Comicfigur mit Familienanhang wird und schließlich zum Protagonisten einer Zeichentrickserie aufsteigt. Doch davon ahnt unser Gesuchter zu Studentenzeiten noch nichts. Er muss sein Leben finanzieren und spielt deshalb abends mit seiner Gitarre in kleinen Clubs, singt, erzählt Witze und Stand-up-Sketche von Woody Allen. Daraus

entwickelt sich seine erste Bühnenshow, mit der er wenige Jahre später in Hallen und bald auch im Fernsehen auftritt. Da hat er längst sein eigenes Programm. Mit unverkennbarer Stimme und zappeliger Körpersprache trägt er albern anmutende Kalauer und Wortspiele vor, die jedoch jede Menge politische Anspielungen und Gesellschaftskritik enthalten. Und er parodiert bekannte Lieder. Doch damit sind die Talente des ehemaligen WG-Kumpels von Udo Lindenberg noch lang nicht ausgeschöpft: Er agiert als Hauptdarsteller mehrerer Kinofilme und führt Regie. Und er ist als Synchronsprecher tätig. Meistens verleiht er seine Stimme an Animationsfiguren.
Wer ist der Gesuchte?

Die Lösung aus der vergangenen Woche

Björk

IMPRESSUM

Herausgeber
RND RedaktionsNetzwerk Deutschland GmbH
August-Madsack-Straße 1
30559 Hannover
Geschäftsführung:
Thomas Düffert, Bernhard Bahners
Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 209608
Umsatzsteuer-ID gemäß §27a Umsatzsteuergesetz: DE 292199623

E-Mail: info@RND.de
Internet: www.RND.de

Chefredaktion

Chefredakteure: Sven Oliver Clausen, Eva Quadbeck
Mitglieder der Chefredaktion:
Manuel Becker, Stefanie Gollasch
Konzeption und Umsetzung
Claus Baldauf, Manuel Becker, Michael Pohl,
Dirk Schmalen, Kristian Teetz
E-Mail: info@RND.de
Internet: www.RND.de

Für alle Inhalte dieses Angebotes ist verantwortlich i. S. v. § 18 Abs. 2 MStV:

Sven Oliver Clausen, Eva Quadbeck
August-Madsack-Str. 1
30559 Hannover

Anzeigen

Patrick Bludau (verantw.)

Quellenhinweis

Die RND RedaktionsNetzwerk Deutschland GmbH nutzt u.a. Bild- und Textmaterial folgender

Agenturen und Nachrichtendienste:
dpa, AP, epd, Getty Images, imago

Rechtliche Hinweise

Seit dem 9. Januar 2016 gilt die Verordnung (EU) Nr. 524/2013 über die Streitigkeiten (kurz: ODR-Verordnung). Sie dient der Stärkung der Verbraucherrechte. Die Europäische Kommission stellt unter <https://webgate.ec.europa.eu/odr/> eine entsprechende Plattform zur außergerichtlichen Onlinestreitbeilegung bereit. Unsere E-Mail-Adresse finden Sie oben im Impressum.

Informationen nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG)

Wir sind zur Teilnahme an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle weder bereit noch verpflichtet.

Alle Rechte vorbehalten

SCHWEDENRÄTSEL

störend, unangenehm			Frauen-name	Honig der Blattlaus	Mühlprodukt	Hand-dreschgerät	Religions-stifter	Gewässer in Mittelasien	japanischer Seiden-gürtel	Fechtwaffe			Fremd-wortteil: drei	flüssiges Fischfett	öster. Schauspieler (Tobias)			dennoch	dünne Pfannkuchen	Filmabschnitt	Niederschlagsart
		3																6			
Schutzzone des Parlaments			jemandem Achtung erweisen	►	9										Stationsleiter (Klinik)					Gefühl v. Furcht und Abscheu	
landwirtsch. Gebäude	►			Bühnen-ausstattungsstück	Kleidungsstück														größte Stadt Nigerias	afrikanische Kuhantilope	
griechischer Buchstabe			Gefäß für Heißgetränke	Bilderrätsel	►															älterer erfahrener Schiffs-mann	
trostlos	►		festlich ge-deckter Tisch			Gehabe		fair, ehrlich	►												
Rassel, Klapper	undeutliches Vorgefühl haben	militärische Wagenkolonne	russische Währung	►			Strom durch Köln	besondere Geistesgröße	►												
bestitz-anzeigendes Fürwort		Atem-organ der Fische	orientalisches Fleischgericht	männliches Rind, Stier	►		eine Tonart	Kleidungsstück	►												
Geburtsstadt von Heinz Rühmann †						Maul des Wildes	irische Grafschaft	►													
kurz für: in das	schädlicher Stoff	Teil des Telefons	►																		
eine Farbe	►						ehem. Minister in islam. Staaten	Häuserkarree	►												
Krankenbetreuer		österr. Koch (Johann)	stabförm. Dreiteil an Maschinen	►	1																
bayer. ugs. für: still	Rednerpult im Karneval	Verkaufshäuschen	►					Zuflucht Suchender		Bienenzüchter	►										
ehe, bis	►		erheiternde Wirkung	Erweiterung eines Hauses	►																
			nieder-deutsch: das	Staatsmann im alten Athen	►																
Heilverfahren; Heiurlaub	König Charles Ex-Frau † (Lady ...)	►						franz., span. Fürwort: du		Ab-schiedsgruß	►										
wertvolle Holzart	►																				
ge-wollte Handlung	►		eine Zierpflanze	►																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12										

SUDOKU

Das Raster ist mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen. In jeder Zeile, jeder Spalte und in jedem 3x3-Quadrat dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen. Viel Spaß bei dieser Zahlenknobelei!

7											2									
	8		3			2	6													
2		3									1									
5				2		1	4													
8		2	4	9	6	5					7									
	7	9		1							6									
	9						8				3									
		8	6		7		2													
3											1									

SCHWEDENRÄTSEL OHNE VOKALE

Anstelle der Definitionen sind in den Fragefeldern die Lösungswörter eingedruckt, aber ohne die darin enthaltenen Vokale. Sie brauchen nur die passenden an den richtigen Stellen einzufügen. Ein Wort haben wir bereits als Starthilfe eingetragen. Viel Spaß beim Raten!

GSS	▼	STSS	▼	▼	BN	BL	RRGN	▼	GD	KRSL	▼	▼	VN	LM	S	▼	▼	▼	▼	▼
GTNB RG	►															RLL	►			
																		STK		
GRN		LT		MXD	►											LLML		SMS	►	
SSSL	►															RDN	►			HLM
																RT	►			
PLS	STL			SLN	►													NGR	HG	
STHL	►															RLL	►			
																SG	►			
																DBKL	►			
LCKG	►							MC	►	SSM	►						G	►		
T		MSN	►	M E S O N						TGB	►					SLRM	►			

SCHÜTTELSCHWEDENRÄTSEL

In dem hier abgebildeten Sortierrätsel fehlen die üblichen Kreuzworträtselfragen. Dafür sind die richtigen Lösungen in alphabetisch geschüttelter Reihenfolge eingetragen, aus denen Sie sinnvolle Begriffe bilden müssen. Ein Wort haben wir bereits als Starthilfe eingetragen. Viel Spaß beim Knobeln!

ADE EGR	GINOR	AMR	EEG LRS			EET	EHIN	ACEK RTT			ACEH		DEE KRT	ELPSU		AEEJ NRW			EINS	IKSTU		AEG	ENRU	AADG LNT			EEFR	
						CEEH KOR							EFGI NNP									ANRTU						
						CEHIL		EEHKT					AABBS		CEEKR							ADEIU		ENU				
EGI OPR		AELLR		EILST						EHINR		AELLS					EINNR		ADENO							AEGI LLL		
ANORS		DEENR					EEMNU		BEEIR						BEELT		DENRU					BBEIL		EIKL NOX				
				CEHOS		ACHMT						BEHNU		ABISS							AEHLS		ABLL					
ACHI LMT	AEKLM	CKRTU		CEKOR					EEKLS		ABDEN				AALRT		EEEG ILS											
						EHNOR		INSSU					EFIKR		AABNU							AETTW		EX				
			EENST		EFNRU						ELMOU		EEHKL					EELLP		EGINW								
AERW		CEEHS					EMORT		EKLNO					EEGKL		ADELPH									INPRZ			
CEEHS						EELSS		EEILM					AELRU		ABEKL						ARSTT		LOP					
		EISTT		EELSS					DELSU		EEIMR					EGIIS		ENRST							EEHK RRV			
KLU	EEINN NRRT	EEHNS				EERTU		DERRU					EIMST		EEILT							EHOST		EEEFG GLLU				
INRU				ALMPS		AMRTU						AEHNN		EEIRS							EEKLU		EEGN					
ANOS SST		EENSZ		EOPRT					EEGI KNT		ADELN				ADEIMRT		AEKR RTZ											
						EIPPR		AEGNU					EINOS		ADEIT							BEGUZ		FK				
AETZ		EEIKL				BELRU					CDIOS		EGIIN					BEIRT		BEHLO							ACIP	
EMNOR						EHS		EILNN					BEE		EORST						RTU		EPR					
		AH		IPRST						ER		BIMNO					SZ		GHIRU							ER		
ERT		EEHHO						CEEH INR					AGLS TUZ									CER						
ACE NN								AEKM NOR					DEEI RTZ									AELS						

KREUZWORT-A 3 MACH 1-KOMBIRÄTSEL

In der Liste stehen jeweils drei Wörter zur Auswahl, von denen nur ein Wort ins Diagramm unter derselben Nummer eingetragen werden kann. Finden Sie heraus, welches das jeweils richtige Wort ist. Ein Wort wurde als Starthilfe eingetragen. Viel Spaß bei dieser Knobelei!

1		2	3		4			5		6																
7						8			9																	
				10																						
	11	E																								
12	D					13		14																		
	G		15																							
16	A									17																
18	R			19		20		21																		
		22																								
23										24																

Waagerecht: 2. TULPE – WEHEN – WITWE, 7. HIER – GIFT – ROHR, 8. TUBE – ANNO – ALGE, 10. BEATMEN – SUEDSEE – NIEMALS, 11. LYRIK – PIANO – ELVIS, 12. ECK – ADE – GEI, 13. HEISS – SOMIT – AESEN, 15. KOMPOST – RENNRAD – GEOGRAF, 16. ZEBRA – RIPPE – RADON, 18. UV – LP – UR, 19. KORKEN – LINEAL – BUNKER, 22. HIMMLISCH – BANKKONTO – HOCHGLANZ, 23. MULL – WAHN – ESEL, 24. TV – AB – ZU.

Senkrecht: 1. UHU – ARA – BOY, 2. WELLE – KEHLE – PINIE, 3. IR – GI – CO, 4. SEXT – WEIS – MEHL, 5. FAX – ALA – LOS, 6. TRI – FES – BOY, 8. AMMER – UNTAT – WEICH, 9. GLIED – GILDE – CHINA, 10. BLOND – NIVEN – MOGUL, 11. TROTZ – EDGAR – GRUND, 13. TRAGE – ANTIK – BISON, 14. TRUCK – HAGER – SAEEN, 15. HYMNE – ROYAL – MANKO, 16. RUHE – RAPS – KAUZ, 17. RISS – CLOU – KORD, 19. LKW – POP – YEN, 20. GIG – NON – ART, 21. SIR – DAX – ATZ, 22. BE – AE – XP.

KREUZWORTRÄTSEL

1	2			3	4	5		6	7		8			9	10											
				11																12						
13																			14							
15								16																		
	17			18															19		20					
21																		22								
	24			25														26		27						
28																	29									
30								31													32		33			
34																		35								

Waagerecht: 1. Segelstange, 3. ugs.: nein, 6. medizinischer Verband, 9. spanisch: ja, 11. fertige Fotografie, 12. russischer Männername, 13. Entschädigung, 14. Bierhersteller, 15. englisch: eingeschaltet, 16. Radau, 17. Tonware, 19. Marinedienstgrad, 21. Bewohner des antiken Italien, 22. in, modern, 23. Verein

Nordwest Zeitung

Unabhängige Zeitung für Oldenburg und Ostfriesland

5. Jahrgang, Nr. 22

Donnerstag, den 26. Januar 1950

Preis 15 Pfennig

Landtag fordert Dammbau auf Norderney

Eigener Bericht Landesdienst Niedersachsen

Hannover Einer der wichtigsten Punkte der gestrigen Sitzung des Niedersächsischen Landtages war die Beurteilung eines von allen Fraktionen unterzeichneten Antrages, durch den die Regierung beauftragt werden soll, das Projekt des Baues des Dammes „K 4“ auf Norderney mit größter Beschleunigung zu fördern.

Der Bau dieses Dammes „K 4“ ist, Ansicht von vielen Fachleuten bewirken, daß große Sandmengen an die Insel herangespült würden und damit ein natürlicher Schutz entstünde. Der Bau des Dammes war bisher nicht ausgeführt worden, weil er 30 bis 40 Millionen DM erfordern sollte. Vor kurzem hatte jedoch eine holländische Firma das Angebot gemacht, den Damm für 13,8 Millionen DM zu bauen. Allerdings würde er an den Seiten mit Sinkstücken und Steinen

und in der Mitte mit Sand ausgestattet sein. Die Holländer wollten den Damm innerhalb eines Jahres bauen. Deutsche Firmen haben daraufhin das Angebot gemacht, den Damm in drei Jahresschritten für insgesamt etwa 14 Millionen DM zu errichten. Der Niedersächsische Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Dr. Dr. Gereke, brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß es gelingen würde, noch in diesem Frühjahr mit dem Bau des Dammes „K 4“ zu beginnen und eine Firma zu finden, die das Projekt innerhalb eines Jahres fertigstellen könnte.

Adenauer antwortet François Poncet

Eigener Bericht

Bonn. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat an den französischen Hohen Kommissar François Poncet einen Brief gerichtet, in dem er Stellung zum Falle Dehler nimmt. Dieses Schreiben ist die Antwort auf den Brief des französischen Hohen Kommissars. Poncet warf Dr. Dehler vor, daß er vor dem Bundestag über die deutschen Kriegsverbrecher, die noch in Frankreich inhaftiert sind, wahrheitswidrige Erklärungen abgegeben habe. Des weiteren wandte er sich gegen die Hamburger Rede Dr. Dehlers und betonte, daß solche Worte aus dem Munde eines Bundesministers einen überraschend schreckenden Charakter tragen. Bisher sei man Außerungen, wie sie Dehler gemacht habe, nur in den extremen nationalistischen und offenkundig antifranzösischen Kreisen begegnet. „Man hielt es für unmöglich, daß sie von dem Mitglied einer Regierung ausgesprochen werden können, die von sich behauptet, sie sei bestrebt, eine Versöhnung des französischen und deutschen Volkes inmitten eines organisierten Westeuropas zu verwirklichen“ schrieb François Poncet.

In seiner Entgegnung rückt der Bundeskanzler von den Äußerungen Dr. Dehlers ab, läßt den Bundesjustizminister aber nicht, wie vielfach erwartet, fallen. Adenauer schreibt: „Minister Dehler hat mir erklärt, daß die Veröffentlichungen

seiner Hamburger Rede in entscheidenden Punkten infolge der Kürzungen durch die Presse zu Mißverständnissen Anlaß geben könne. Er habe vor allem nicht die Absicht gehabt, Angriffe gegen Frankreich zu richten. Er sei vielmehr in seiner Hamburger Rede ausdrücklich für eine Vertiefung der deutsch-französischen Verständigung und für den Ausbau der europäischen Zusammenarbeit eingetreten.“

Der Kanzler bringt in seinem Brief den weiteren sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß gewisse Teile der Hamburger Rede zu Schlüffolgerungen führen können, die, wie Dr. Dehler ihm glaubhaft versichert habe, seiner politischen Grundstellung nicht entsprechen.

Durch die einstimmige Annahme eines FDP-Antrages beauftragte der Landtag die Staatsregierung, für den Landkreis Wesermarsch Hilfsmaßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzuleiten. Außerdem soll die Landesregierung bei der Bundesregierung Schritte unternehmen, „damit diese nichts unversucht läßt, die durch das Petersberger Abkommen angeordnete Demontage der ehemaligen Weser-Flugzeugwerke Einswarden und Lemwerder weitestgehend rückgängig zu machen bzw. geeignete Hilfe für die Wiederinbetriebnahme der beiden Werke zu leisten“ (Weiterer Bericht über die Landtagssitzung auf Seite 2)

Bundestag will Hochseefischerei helfen

Drahtbericht unseres Korrespondenten bei der Bundesregierung

Bonn. Der Bundestag nahm am Mittwoch einen Gesetzentwurf für die deutsche Hochseefischerei an, wonach die Verbilligung der Kohle der Fischerei nur zugute kommen solle, „soweit sie nicht monopologebunden“ sei, wurde abgelehnt. Als letzten Punkt der Tagesordnung behandelte das Plenum einen KPD-Antrag, der die Bundesregierung zu einer Stellungnahme zum Gesetz Nr. 14 der Hohen Kommission, strafbare Handlungen gegen die Besatzungsinteressen betreffend, auftfordert. Sämtliche Sprecher bemängelten die sehr vage Umschreibung der „strafbaren Tatbestände“, die der deutschen Rechtsprechung nicht ent-

spreche. Der Abgeordnete Greve (SPD) kritisierte insbesondere, daß bei dem Gesetz der Hohen Kommission die im Grundgesetz niedergelegte Abschaffung der Todesstrafe unbeachtet blieb. Er erklärte: „Die Hohe Kommission hätte dem neuen deutschen Verfassungsrecht etwas mehr Achtung entgegenbringen können“. Dr. von Merkatz (DP) drückte die Erwartung aus, daß mit der Änderung des Belegschaftsstatuts, die ausdrücklich zusichert sei, auch dieses Gesetz eine Änderung erfahren. Justizminister Dr. Dehler sicherte dem Hause zu, daß die Bundesregierung sich bemühen werde, durch Herbeiführung eindeutiger Auslegungen der sehr dehnbaren Artikel des Gesetzes der Hohen Kommission Fortschritte herbeizuführen.

Abstand von Westerling

Deutsche Presse Agentur

Djakarta. Der niederländische Hohe Kommissar und der Oberbefehlshaber der niederländischen Armee in Indonesien gaben am Mittwoch ein gemeinsames Communiqué heraus, worin sie jede wie auch immer geartete Mitwirkung der Holländer bei den Aktionen des Rebellenführers Westerling bestreiten. Außerdem wird es in dem Communiqué als unrichtig bezeichnet, daß die illegalen Streitkräfte von den unter holländischem Oberbefehl stehenden Kräften nicht zu unterscheiden waren.

Böckler gegen Rationierungsaufhebung

London. Der deutsche Gewerkschaftsvorsitzende Dr. Hans Böckler erklärt gleichfalls, daß die dpa-Meldung jeglicher Grundlage entbehre. Die Pressestelle Grönings hat sich von dem behandelnden Arzt der Verstorbenen, der die ganze Entwicklung in ihren einzelnen Phasen verfolgen konnte, eine Stellungnahme in Form einer „Ärztlichen Bescheinigung“ ausgeben, die folgenden Wortlaut hat:

„Auf Wunsch des Informationsbüros Bruno Grönning bescheinige ich als behandelnder Arzt der Frau Behrend aus Carolinensiell, daß Frau B. nicht an der von Herrn Grönning behandelten chronischen Erkrankung, sondern vielmehr einige Tage nach der Behandlung an einer neu aufgetretenen akuten schweren Erkrankung verstorben ist.“

gez. Dr. Siemens.“

Radikaler Europa-Vorschlag

Deutsche Presse-Agentur

London. Die sofortige Bildung einer europäischen Union mit eigenem Regierungsorgan wurde dem Europarat am Dienstag von der Europäischen Bewegung vorgeschlagen. In der Europäischen Bewegung, die von Winston Churchill geleitet wird, sind die meisten der für den Gedanken der Einheit Europas eintretenden Verbände zusammengefaßt. Das Regierungsorgan der Europäischen Union soll über eine gemeinsame Außen- und Wirtschaftspolitik sowie über den Schutz der Menschenrechte im Gebiet der Union entscheiden. Ferner soll eine Reihe von Gremien geschaffen werden, die unter Aufsicht des Regierungsorgans Fragen der europäischen Währungen, des Handels, des Transports, der Landwirtschaft und der Verteidigung behandeln sollen. Ländern in Übersee soll es freigestellt werden, zur Vertiefung ihrer Bindungen mit Europa an der Arbeit dieser Gremien teilzunehmen.

Die Europäische Bewegung beantwortet mit diesem Plan eine Anfrage des Ausschusses für allgemeine Angelegenheiten der europäischen Versammlungen in Straßburg, welche Maßnahmen zur Schaffung einer Einheit Europas jetzt die zweckmäßigsten seien.

Um das Mitbestimmungsrecht bei der Bundesbahn

Deutsche Presse-Agentur

Bonn. Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich am Dienstag unter dem Vorsitz von Dr. h. c. Böckler mit der Neuordnung der deutschen Wirtschaft beschäftigt. In einer Entscheidung wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund auch bei der Bundesbahn erwartet, daß Verwaltungsrat und Vorstand entsprechend den gewerkschaftlichen Forderungen auf Mitbestimmung zusammengesetzt werden. Als größtes Unternehmen des deutschen Volkes müsse die deutsche Bundesbahn vorrangig ihre endgültige Fassung erhalten. Der Entwurf des Bundespräsidenten Karl Arnold für ein Bundesbahngesetz entspreche in vielen Punkten den wirtschaftspolitischen Grundsätzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Es werde erwartet, daß ein im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen auf Mitbestimmung gehaltenen Gesetzentwurf dem Bundestag zur Beratung und Verabschiedung umgehend zugeleitet wird.

Kürz gemeldet

Die Sowjetzonen-Reichsbahndirektion will auch in Zukunft den in Westberlin wohnenden Eisenbahnherrn lediglich 60 Prozent ihres Lohnes in Westgold auszahlen.

Im Raum von Quedlinburg im Harz soll jetzt mit Uranbohrungen begonnen werden. Auch im Raum von Görlitz und Zittau will man nach Uran forschen.

Das Gnädigesuch, das ehemalige deutsche Offiziere für Feldmarschall von Manstein an das britische Außenministerium gerichtet hatten, ist an den britischen Hohen Kommissar in Deutschland geleitet worden. Diese Entscheidung wird mit dem Hinweis begründet, daß das Urteil bisher noch nicht vom Hohen Kommissar bestätigt worden sei.

Für die Rompiller im Heiligen Jahr wird eine Zeltstadt außerhalb Roms errichtet, die 1000 Pilger beherbergen kann.

Das israelische Außenministerium hat allen israelischen Diplomaten den Gebrauch der deutschen Sprache bei der Ausübung ihres Dienstes untersagt.



Anfang der Woche demonstrierten vor dem Finanzministerium in Paris Veteranen und Invaliden der beiden Weltkriege, um ihrer Forderung auf Erhöhung ihrer Renten Nachdruck zu verleihen. Hier haben sich die Demonstranten auf dem Fahrdamm vor dem Finanzministerium niedergelassen und brachten so den Fahrverkehr zum Stillstand.



In der sowjetischen Zone und dem sowjetischen Sektor von Berlin wurden in letzter Zeit größere Bauvorhaben propagandistisch angekündigt. Wohnungen darin werden allerdings für gewöhnliche Sterbliche schwer zu erlangen sein. An einer Wohnsiedlung in Brandenburg (Havel) (oben) verkündet nämlich eine Bekanntmachung (unten): „Wohnungen in diesem Neubau werden nur an bewährte Aktivisten vermietet. Andere Bewerbungen zwecklos. Die Stadtverwaltung Brandenburg.“

Bild: dpa

T 5372 A

Nordwest Zeitung

Oldenburger Nachrichten



Unabhängig

Telefon: Oldenburg Sa.-Nr. 0441/2391, Anzeigenannahme 0441/239292

Überparteilich

30. Jahrgang, Nr. 21

Sonnabend, den 25. Januar 1975

70 Pfennig

30000 Soldaten kommen in die „Verfügungsbereitschaft“

Neue Wehrstruktur wurde vom Bundestag einstimmig gebilligt

ap, dpa Bonn. Nach kurzer Debatte hat der Bundestag am Freitag mit den Stimmen aller Parteien eine Änderung des Wehrpflichtgesetzes verabschiedet, die als Teil einer umfassenden Reform der Wehrstruktur die Einführung einer „Verfügungsbereitschaft“ von Teilen der wehrpflichtigen Soldaten vorsieht. Nach

dem Gesetz kann die Zahl der präsenten Soldaten von 495 000 auf 465 000 herabgesetzt werden, doch müssen sich die restlichen 30 000 Mann nach der Entlassung für zwölf Monate zur Auffüllung der bestehenden und vollausgerüsteten Einheiten bereit halten. Die Gesamtstärke bleibt unverändert.

In der Debatte wurde weitgehend Einvernehmen zwischen Regierung und Opposition über die Grundsätze der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik deutlich und von dem Sprecher der CDU/CSU, Manfred Wörner, unter Beifall ausdrücklich hervorgehoben. Bundesverteidigungsminister Georg Leber gab als Voraussetzung für die Zustimmung der Opposition bekannt, daß die „Verfügungsbereitschaft“ erst praktiziert werden wird, wenn befriedigende Ergebnisse aus den Verhandlungen über einen ausgewogenen Truppenabbau in Mitteleuropa vorliegen. Mit der Verwirklichung der Strukturreform der Bundeswehr als Voraussetzung für die Verfügungsbereitschaft sei ohnehin erst 1977/78 zu rechnen.

Der Bundesverteidigungsminister appellierte an den War-

schauer Pakt, den Willen zur Wehrstruktur den entscheidenden Schritt ins letzte Drittel des Jahrhunderts. Dabei bleiben die Gesamtstärke der Bundeswehr unverändert, die 15monatige Wehrpflicht Grundlage des Verteidigungsbeitrages.

Leber kündigte bereits für die nächsten Tage die Anweisungen zur Aufstellung der drei neuen Heeresbrigaden zum 1. April an, mit denen das Heer Fortsetzung Seite 2



Bundesverteidigungsminister Leber (Bild rechts) und der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Manfred Wörner, waren gestern die Hauptredner bei der wehrpolitischen Debatte.

Schulabgänger brauchen zusätzliche Lehrstellen

Aktion dreier Zeitungen will helfen

Die Situation der Schulabgänger 1975 ist so ernst, wie nie zuvor. Weil die Zahl der Schulentlassenen in diesem Jahr explosionsartig in die Höhe schnellt, werden viele tausend Jugendliche keinen Ausbildungsort erhalten.

„Das darf nicht passieren“ sagen verantwortungsbewußte Männer der Wirtschaft und der Politik. Denn die Folgen für Staat und Wirtschaft wären unabsehbar.

In dieser Situation stellen sich die Nordwest-Zeitung, die Wilhelmshavener Zeitung und das Jeversche Wochenblatt hinter einen Appell von Politik und Wirtschaft, der alle ausbildungsberechtigten Betriebe auffordert, über die bis-

herigen Lehrstellen hinaus weitere Ausbildungssätze zu schaffen.

Die drei Tageszeitungen bitten alle Unternehmen, Meldungen über zusätzliche Lehrstellen auch an die Redaktionen dieser Zeitungen zu geben.

Die Nordwest-Zeitung, die Wilhelmshavener Zeitung und das Jeversche Wochenblatt werden diese Meldungen und die Namen der Firmen nach dem Beispiel eines Hamburger Blattes veröffentlichen und so über die Bemühungen der Wirtschaft berichten, in einer kritischen Lage unkonventionell zu helfen.

Und noch ein Hinweis: Wer schnell hilft, hilft doppelt.

17. Juni soll Feiertag bleiben

Zwischen Weser und Ems:

70 Patienten in Wehnen isoliert

EK Wehnen. 70 Patienten einer Männerstation des Landeskrankenhauses Wehnen (Kreis Ammerland) wurden vorbeugend isoliert, weil ein 67-jähriger psychisch Kranke als Typhus Bakterien Ausschieder ermittelt worden ist. Der aus Wilhelmshaven stammende Mann wurde bereits auf die Isolationsstation des Landeskrankenhauses Lüneburg verlegt.

dpa Bonn. Der 17. Juni wird voraussichtlich weiterhin als Tag der deutschen Einheit ein gesetzlicher Feiertag bleiben. Wie der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Richard Stücklen, gestern bestätigte, bekräftigte Bundeskanzler Helmut Schmidt und Außenminister Hans-Dietrich Genscher in dem jüngsten Gespräch, daß am 17. Juni nichts ohne Einvernehmen mit der CDU/CSU geändert wird.

Wieder Tempo-Limit?

dpa Bonn. Bundesverkehrsminister Kurt Gscheidle hält es für möglich, daß die Bundesrepublik noch vor 1977 gezwungen werden könnte, sich mit der Einführung einer Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen und vierbahnhigen Straßen zu befassen. Gscheidle sagte gestern, daß ein Zusammenhang zwischen Geschwindigkeit und Unfallhäufigkeit nicht mehr angezweifelt werde und international Höchstgeschwindigkeiten zwischen 110 und 130 Stundenkilometer zu erwarten seien.



Einen Berufsförderungslehrgang für Schulabgänger ohne Ausbildungsort bietet das Arbeitsamt Dortmund an. Auf dem Zechengelände „Zollern“ werden die Jugendlichen in den fünf Arbeitsrichtungen Holz, Metall, Warmbehandlung, Elektrik und Bau ausgebildet. Bild: ap, dpa

Ausbildungsplätze: Regierung appelliert an die Wirtschaft

CDU legt Dringlichkeitsprogramm vor — Bahn und Post wollen Lehrstellen zur Verfügung stellen

dpa Bonn. Bundesregierung und Opposition haben sich gestern zum drängenden Problem der Jugendarbeitslosigkeit und der Lage in der Berufsausbildung geäußert.

Während die Regierung in einer Erklärung auf die eingeleiteten konjunkturbelebenden Maßnahmen hinzuweist und zugleich an die Wirtschaft appelliert, verstärkt Ausbildungsanstrengungen zu unternehmen, billigte der Vorstand der CDU/CSU-Faktion ein Dringlichkeitsprogramm. Die Regierung schätzt die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen bis 20 Jahren auf über 100 000.

Regierungssprecher Armin Grünewald kündigte ein Gespräch von Bundeskanzler Helmut Schmidt mit allen für die Berufsausbildung Verantwortlichen an. Gemeinsam solle bera-

ten werden, was über die bisher beschlossenen Maßnahmen hinaus zur Sicherstellung eines gesteigerten Ausbildungspotenzials „kurzfristig“ getan werden müsse.

Die Regierung erwartet nach Grünewalds Worten, daß die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen „im Zuge des durch die konjunkturbelebenden Maßnahmen eingeleiteten Wirtschaftsaufschwungs“ wieder abgebaut wird. Sie rechne nicht damit, daß sich auf mittlere oder längere Sicht in der Bundesrepublik eine „strukturelle“ Jugendarbeitslosigkeit einstellen wird.

Zu ihren Maßnahmen zählen

die Regierung die Beschäftigungshilfen, wie Lohnkostenzuschüsse und Mobilitätszulagen und ferner die bereitgestellten 150 Millionen DM für die Errichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten. Die Post will 2000 Postjungboten einstellen, außerdem über 3000 nicht genutzte Lehrstellen anderen Ausbildungsträgern zur Verfügung stellen, wenn diese die Kosten übernehmen.

Bei der Bahn werden 600 Ausbildungsplätze im Betriebs- und Werkstattdienst nicht genutzt. Sie sollen ebenfalls an andere Ausbildungsträgern gegen Kostenerstattung zur Verfügung gestellt werden.

Zu den wesentlichsten Forde-

ungen der Regierung sind staatliche Prämien für zusätzliche Lehrstellen in Höhe von jeweils 4000 DM. Die CDU-Abgeordneten Anton Pfeiffer und Georg Göller wiesen darauf hin, daß mit einem weiteren Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit gereckt werden müsse. In den nächsten Jahren würden jährlich mindestens 20 000 zusätzliche Lehrstellen benötigt.

Das Programm fordert, die im Regionalförderungsprogramm des Bundes für die Errichtung von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten vorgesehenen Mittel auf 80 Millionen DM zu verdoppeln und 8000 zusätzliche Lehrplätze in wirtschafts- und strukturschwachen Gebieten zu schaffen. Ferner wird der öffentliche Dienst aufgefordert, das Ausbildungsan-

gebot mindestens entsprechend dem eigenen Bedarf auszubauen. Dazu sollen Sonderprogramme entwickelt werden, um zusätzliche Berufsschullehrer zu gewinnen. Dem Angebot der Wirtschaft, sich an der Finanzierung von 5000 Fachkräften zu beteiligen, kommt besondere Bedeutung zu.

Vor politischen und sozialen Spannungen, die sich aus der gegenwärtigen Jugendarbeitslosigkeit ergeben können, warnte der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden, Rudolf Sperner. Er sagte, um die Gefahren aus dem Entstehen eines „akademischen Proletariats“ zu vermeiden, müsse sich die Ausbildung vor allem an den praktischen Erfordernissen der Zukunft orientieren.

Nordwest Zeitung

OLDENBURGER NACHRICHTEN



55. Jahrgang, Nr. 21

Unabhängig - Überparteilich

4. KW



Mit Freundin geflogen: Finanzminister Heinz Schleußer. Bild: dpa

Schleußer in Flugaffäre immer mehr unter Druck

dpa/ap Düsseldorf. Nordrhein-Westfalens Finanzminister Heinz Schleußer hat nach langem Leugnen gestern in Düsseldorf zugegeben, 1990 und 1991 bei zwei Flügen mit von der WestLB gecharterten Jets an die damals jugoslawische Adria seine Freundin mitgenommen zu haben. Die Flugkosten für die Frau werde er erstatten. Die oppositionelle NRW-CDU fordert Schleußers Entlassung. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) lehnt dies ab.

► Seite 2

Kommentar

Rasteder kauft Goldmine

kj Rastede. Die Investmentholding Daun & Cie des Rasteders Claas E. Daun hat die älteste Goldmine Südafrikas gekauft und wird 1500 Ex-Mitarbeitern der in Konkurs gegangenen Mine wieder zu einem Arbeitsplatz verhelfen. Mit gut 20 000 Beschäftigten ist Daun der größte ausländische Arbeitgeber am Kap.

► Wirtschaft

USA kommen doch zur Expo

dpa Hannover. Nach monatelangem Tauziehen werden die USA nun doch an der Weltausstellung in Hannover teilnehmen. Ministerpräsident Gabriel und Hannovers Oberbürgermeister Schmalz begrüßten das Votum.

► Niedersachsen

CDU/FDP lehnen in Hessen Neuwahl ab

Bundes-CDU erwartet Überweisung von 19 Millionen DM

Die Opposition in Wiesbaden hatte einen radikalen Neubeginn gefordert. Die Koalition lehnte die Landtagsauflösung mit knapper Mehrheit ab.

dpa/ap Wiesbaden/Berlin. CDU und FDP haben gestern in Wiesbaden mit ihrer knappen Mehrheit von 56 zu 54 Stimmen die von SPD und Grünen geforderte Auflösung des hessischen Landtags und Neuwahlen abgelehnt.

Die Opposition hatte wegen der Finanzaffären der hessischen CDU einen radikalen Neubeginn gefordert, um das Vertrauen in die Demokratie zurückzugewinnen. Ministerpräsident und CDU-Vorsitz-

der Roland Koch erklärte demgegenüber, die Landtagswahl sei 1999 nicht wegen der schwarzen Kassen der CDU gewonnen worden. Seine Regierung sei voll handlungsfähig. FDP-Fraktionsvorsitzender Jörg-Uwe Hahn sagte, die gegenwärtige Koalition sei wegen der falschen Politik von Rot/Grün gewählt worden.

Die Bundes-CDU erwartet ungeteilt der sachlichen Fehler in ihrem Rechenschaftsbericht für 1998 pünktlich am 15. Februar von dem dafür zuständigen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (SPD) die Überweisung von 19 Millionen DM als erste Rate der staatlichen Parteienfinanzierung, die für das gesamte Jahr 76 Millionen beträgt. Gegen überzogene Strafgeld-Forderungen will sich die Partei zur Wehr setzen. Das teilte Bundesgeschäftsführer Willi Hausmann gestern in Berlin mit. Derzeit werde die CDU allein Rückzahlungen in Höhe von zwei Millionen DM akzeptieren.

Thierse sagte gestern in Berlin, seine Entscheidung über mögliche Millionen-Rückforderungen an die CDU werde wahrscheinlich in jedem Fall parteipolitischen Streit auslösen. Es gebe keine salomonische Lösung.

Der SPD-Vorsitzende, Bundeskanzler Gerhard Schröder, äußerte gestern die Sorge, dass die CDU-Finanzaffäre im Ausland als Staatskrise wahrgenommen werde.

► Seite 2
► Hintergrund, Kommentar

Beutekunst wieder in Bremer Kunsthalle



Zwei wertvolle Zeichnungen hat gestern Bundeskanzler Gerhard Schröder an die Bremer Kunsthalle übergeben. Sie waren nach dem Zweiten Welt-

krieg von sowjetischen Soldaten verschleppt worden. Das Bild zeigt (von links): Bremens Bürgermeister Henning Scherf, Schröder, den Direktor

der Bremer Kunsthalle, Wulf Herzogenrath, und Dieter Bergner vom Bremer Kunstverein.

► Kultur

Aufwind für Befürworter des Transrapid

Positives Echo auf Gabriel-Vorstoß zur Magnetschwebebahn – Nur die Grünen murren

hs Oldenburg/Groningen. Der Vorschlag des niedersächsischen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel, bei einem Scheitern der Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin zusammen mit den Niederländern eine Magnetschwebebahn auf der Strecke Amster-

dam-Groningen-Oldenburg-Bremen-Hamburg zu bauen, hat in Niedersachsen und Holland viel Zustimmung ausgelöst. Nur die Grünen forderten ein „Ende des Transrapid-Theaters“.

Nach Ansicht der Handelskammern in Oldenburg und Groningen wäre eine Magnetschwebebahn Groningen-Hamburg über Leer, Oldenburg und Bremen eine sinnvolle Ergänzung einer möglichen Strecke Amsterdam-Gronin-

gen und eine wichtige strukturpolitische Maßnahme für Nordwest-Niedersachsen und die nördlichen Niederlande. Auch Regierungspräsident Bernd Theilen meint, ein Transrapid könne „die Region einen großen Schritt nach vorn bringen“. Ex-Landtagspräsident Horst Milde setzt sich u. a. mit dem Argument, dass eine Transrapid-Strecke „nirgendwo schneller zu realisieren wäre als hier“, für eine Umleitung der eingeplanten

Baukosten ein. Der EVP-Fraktionschef im EU-Parlament, Hans-Gert Pöttering (Bad Iburg), signalisierte Unterstützung, glaubt aber nicht, dass die von Gabriel mit „bis zu 25 Prozent der Gesamtkosten“ angesetzten EU-Fördermittel eine realistische Größenordnung sind. Auch solle eine Strecke im Nordwesten nicht statt, sondern ergänzend zur Trasse Berlin geplant werden, meint Pöttering.

► Region

Heute mit dem farbigen Journal

Kleinanzeigen
0441/99884444
Zustellservice
0441/99883333
Zentrale
0441/998801
Postfach 25 25
26105 Oldenburg

Einzelpreis 1,80



MITTWOCH

26. Januar 2000

Lokales

Oldenburg. Aktuelle Trends der Brautmode werden am Wochenende in der Weser-Ems-Halle gezeigt. Mehr als 40 Aussteller beteiligen sich an der „Hochzeitsmesse“. Die Veranstalter erwarten rund 7000 Besucher.

Oldenburg. Zugestimmt hat der Rat gestern Abend mit großer Mehrheit dem „megalangen“ Sonnabend am 29.

April. Zum Ostermarkt dürfen die Geschäfte in der Innenstadt an diesem Sonnabend bis 21 Uhr öffnen.

Oldenburg. Schüler und Praktiker holen die Rotary Clubs in den nächsten Wochen an einen Tisch. Bei den Berufsinformationsveranstaltungen erhalten Schüler wichtige Tipps für die Suche nach dem richtigen Ausbildungsplatz.

Heute im Sport

Appell an Fußball-Fans

Egidius Braun hat sechs Monate vor dem Start der Fußball-EM in Belgien und den Niederlanden einen Appell an die deutschen Fußball-Fans gerichtet. Einen zweiten Fall Nivel darf es nie wieder geben, sagte der Präsident des Deut-

schen Fußball-Bundes (DFB, im Bild das Emblem). Die deutsche Delegation nahm gestern das EM-Trainingsquartier Kasteel Vaalsbroek in der niederländischen Gemeinde Vaals in Augenschein. Der DFB feiert am Freitag sein 100-jähriges Bestehen.

Urteil

Zweitwohnung-Steuer rechtswidrig

Lüneburg. Die vor allem in Großstädten erhobene Zweitwohnung-Steuer, die oftmals Berufspendler und Studierende trifft, ist nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg rechtswidrig, teilte der Bund der Steuerzahler in Niedersachsen und Bremen mit (Az.: 13 L 5282/98).

Auch das noch

Unter Kindermangel leiden die Krankenhäuser in Jerusalem offenbar nicht: 60 Frauen brachten hier im Jahre 1999 ihr jeweils 17. Baby zur Welt. Bei den Vielgebärenden handelt es sich vorwiegend um ultra-orthodoxe Jüdinnen und arabische Frauen, schrieb die israelische Zeitung „Maariv“.

„Wer in der Politik nicht kritisiert wird, ist auf dem Friedhof oder gänzlich unwichtig.“

Bodo Hombach, umstrittener Balkan-Koordinator der EU.

Nordwest-Zeitung im Internet: <http://www.nwz-online.de>

Bahn will bis zum Jahr 2003 Milliarden-Erlös

Schröder lehnt Gebühren für Studium ab

dpa Berlin. Die Deutsche Bahn hält an ihren ehrgeizigen Gewinnplänen fest. Der Konzern strebt bis zum Jahr 2003 einen Anstieg des Umsatzes auf 35 Milliarden DM an. Der Erlös soll dann bei rund 2,5 Milliarden DM liegen. Unterdessen kritisierte der Fahrgastverband Pro Bahn die Pläne von Bahnhof Hartmut Mehdorn, schlecht ausgelastete Zugverbindungen durch Busse zu ersetzen. Ein Bus bietet „nicht einmal ansatzweise“ den Komfort der Bahn, sagte Verbandspräsident Holger Janzen im nwz-Interview.

► Zur Sache
► Wirtschaft

dpa Bonn. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat Studiengebühren für das erste Studium in Deutschland abgelehnt. „Es wird die Arbeit der Bundesregierung sein, dafür zu sorgen, dass dies die politische Wirklichkeit bleibt“, sagte Schröder gestern auf einem Bildungskongress der SPD in Bonn. Das gebührenfreie Studium sei auch Anreiz für viele junge Menschen aus Entwicklungsländern, in Deutschland zu studieren. Das Abitur solle neben den 13-jährigen Bildungsgängen auch nach zwölf Schuljahren abgelegt werden können.

► Seite 3



4 390537 201800